

KB **Unser Weg**

KOMMUNISTISCHER BUND

DM 2.-

2. erweiterte Auflage

CHILE:

**Vom
'friedlichen
Übergang'
zum
Bürgerkrieg**

REVISIONISMUS KRITIK 5

Uypham Christoff / Okt. '73

INHALT

Vorwort des Kommunistischen Bundes	Seite 1
Chile : „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus?	3
Das Konzept der „Volksregierung“	
Zusammenstoß in Concepcion	
Verstaatlichung und Sozialismus	
Der „legale Weg“	
„Freiheit der Presse“	
Erhaltung der bürgerlichen Bürokratie	
Illusionen über das chilenische Militär	
Die Unidad Popular und die „Linksradikalen“	
Aus der Geschichte lernen!	
Absage an alle Abenteuer	
Chile nach den Wahlen: Konterrevolution rüstet weiter (aus AK 27)	22
Chile: „Friedlicher Übergang“ auf dem Sterbebett (aus AK 32)	26
Militärputsch in Chile (aus AK 33)	33
Woher kam das wirtschaftliche Chaos? (aus AK 33)	38
Besserwisser und Schlechterwisser (aus Ak 33).	40
Lenin zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates (aus AK 33)	40
Im Hintergrund immer der US-Imperialismus (aus AK 33)	41
Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes (aus AK 33)	43
Zitat – Nachweis	45

Vorwort

Am 11. September stürzten die chilenischen Streitkräfte die Regierung der Unidad Popular und liquidierten damit den dreijährigen Versuch eines "friedlichen Übergangs" zum Sozialismus. Die Militärjunta errichtete sofort eine Diktatur des grausamen faschistischen Terrors: Tausende von Menschen wurden ermordet, eingekerkert und auf Kriegsschiffe und KZ-Inseln deportiert; darunter vor allem Vertreter der Unidad Popular, revolutionärer Organisationen außerhalb dieses ehemaligen Regierungsbündnisses und Genossen der Arbeiter-, Bauern- und Studentenräte, die sich gegen den Militärputsch zur Wehr setzten. Bereits fünf Tage nach dem Staatsstreich sprechen einige Quellen von 10 000 Toten. Das wirkliche Ausmaß des faschistischen Terrors des Militärs ist gegenwärtig kaum festzustellen, zumal das neue Regime eine völlige Nachrichtensperre über das Land verhängt hat.

Dieser Militärputsch war lange Zeit unter dem Namen "Djakarta-Plan" vorbereitet worden. Daß die Militärs gerade diese Bezeichnung wählten, läßt darauf schließen, daß sie von vornherein mit einem heftigen Widerstand des Volkes rechneten und den nun praktizierten Massenmord von Anfang an beabsichtigten: Djakarta ist die Hauptstadt Indonesiens, wo das Militär 1965 die Macht übernahm und in der Folgezeit Hunderttausende von Menschen abschlachtete. Schätzungen sprechen von 500 000 Opfern des faschistischen Terrors unter der Bevölkerung, die mit über 120 Millionen Menschen fast zwölfmal so stark ist wie die chilenische.

Regisseur und Profiteur des Militärputsches in Chile ist die chilenische Bourgeoisie, die Kapitalisten und alten Großgrundbesitzer, sowie der weltweite Imperialismus und Militarismus. Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten, die auch auf eine direkte Beteiligung des USA-Imperialismus an der Errichtung der Militärdiktatur hinweisen, wie 1967 in Griechenland, 1970 in Kambodscha, 1971 in Bolivien - um nur einige andere gleichartige Beispiele zu nennen. In Chile selbst haben der US-Konzern ITT und das US-Außenministerium schon 1970 Pläne zur Verhinderung eines Regierungsantritts der Unidad Popular verfolgt.

Die internationalen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der dreijährigen Regierung der Unidad Popular in Chile selbst haben von vornherein die U n a u s w e i c h l i c h k e i t einer gewaltsamen Offensive der Konterrevolution, und damit die Notwendigkeit des b e w a f f n e t e n K a m p f e s gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bezeugt. Die Unidad Popular hat dies hingegen immer bestritten und an ihrem illusorischen Konzept eines "friedlichen Übergangs" festgehalten, was in der Praxis zu immer offenerer Kapitulation vor der Konterrevolution führte. Die reformistische Politik der Unidad Popular trägt die Schuld daran, wenn der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur heute nicht über die nötige Organisiertheit und über die nötigen Waffen verfügt, um die Bourgeoisie und deren Junta zu besiegen. Der Preis, den das chilenische Volk heute mit seinem Blut bezahlen muß, ist durch das opportunistische Zurückweichen der Unidad Popular und durch die mangelhafte Vorbereitung auf diese Situation in die Höhe getrieben worden. Der Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft wird überall, in allen Ländern, Opfer auf Seiten des Volkes kosten. D a r a n werden die Völker den Imperialismus nicht hindern können. Aber die Revolutionäre haben vor der Arbeiterklasse und vor dem Volk die Verantwortung zu tragen, durch die Wahl der Kampfmittel die Opfer m ö g l i c h s t g e r i n g zu halten, und vor allem: daß diese Opfer den Weg des S i e g e s und nicht den der Niederlage bereiten. Die gegenwärtigen tausende von Opfern in Chile sind aber Ergebnis der Niederlage einer Illusion: Der Illusion vom "friedlichen Übergang" zum Sozialismus.

Dennoch wird dies die Revisionisten und Reformisten kaum daran hindern, weiterhin in die Sackgasse ihrer eigenen Träumereien zu rennen; schlimmer noch: die Arbeiter in diese Sackgasse zu locken. Nachdem sie in den zurückliegenden drei Jahren die Arbeiter in den verschiedenen Ländern zur Nachahmung des "chilenischen Weges" aufgefordert haben, versuchen sie ihr Konzept jetzt damit zu retten, daß sie sagen: "Frankreich ist nicht Chile" oder "Die Bundesrepublik ist nicht Chile" usw. Wenn die Revisionisten selbst nicht aus den Erfahrungen lernen wollen, so steht doch eines fest: daß die A r b e i t e r aus diesen Erfahrungen lernen m ü s s e n, wenn sie ihren Kampf schließlich zum Sieg führen wollen. Soviel, wie die grausame Füsillierung des "chilenischen Experiments" unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes (und mit a l l e n Opfern der Militärdiktatur) fordert, soviel müssen wir anhand dieses "Experiments" die richtigen Lehren für einen erfolgreichen Kampf zum Sturz des Imperialismus in unserem eigenen Land ziehen.



Um die Diskussion über die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung anhand der Erfahrungen in Chile voranzubringen, haben wir unsere bereits im November letzten Jahres veröffentlichte Broschüre CHILE - "FRIEDLICHER ÜBERGANG" ZUM SOZIALISMUS ? neu aufgelegt und durch weitere Artikel aus dem ARBEITERKAMPF ergänzt. Es handelt sich dabei um die Artikel zu Chile in den Ausgaben 27 und 32 des AK, sowie um einen Artikel, der unmittelbar nach dem Militärputsch vom 11. September geschrieben wurde und der in wenigen Tagen auch im AK 33 abgedruckt wird. Außerdem haben wir hier noch einen kurzen Text zu den Ursachen der wirtschaftlichen Krise in Chile unter der Unidad Popular beigelegt, der bereits vor einiger Zeit als Teil eines längeren Artikels geschrieben wurde, aber auch erst im nächsten AK (Nr. 33) erscheint.

16. September 1973

CHILE: 'Friedlicher Übergang' zum Sozialismus?

Das Konzept der „Volksregierung“

Ende Juni 72 bildete der chilenische Präsident Allende sein Regierungskabinett um. Wichtigste Änderung ist die Ablösung des bisherigen Wirtschaftsministers Pedro Vuskovic durch Carlos Matus. Das Ausscheiden Vuskovics, der einen "harten Kurs" bei der Kapitalisten-Entelgnung verfolgte, war eine Konzession der Regierung an die in- und ausländischen Konzerne und wurde von den oppositionellen Christdemokraten Chiles zustimmend beklatscht. Die Regierungsbildung vom Juni ist kennzeichnend für die gegenwärtige Situation der Unidad Popular: Der "chilenische Weg zum Sozialismus" befindet sich in einer tiefgehenden Krise. Nur ist die Ursache dafür nicht ein "Scheitern der sozialistischen Wirtschaftspolitik", wie die bürgerliche Presse auf der ganzen Welt lauthals triumphiert. Die Ursache dieser Krise liegt im Gegenteil darin, daß die in- und ausländische Konterrevolution eine sozialistische

Entwicklung mit allen verfügbaren Mitteln zu sabotieren versucht - und die "Regierung der Volkseinheit" andererseits nicht bereit ist, die Manöver der Konterrevolution mit der nötigen Härte niederzuschlagen und die Herrschaft tatsächlich in die Hände der Arbeiter zu geben.

Lange Zeit hat die "Regierung der Volkseinheit" die Gefahren, die dem chilenischen Volk von der Konterrevolution drohen, leichtfertig heruntergespielt. In einer Rede vom Januar dieses Jahres meinte der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes bereits "gründlich umgekrempelt" sei. (1) Volodia Teitelboim, Politbüro-Mitglied der KP Chiles, sagte schon ein knappes dreiviertel Jahr nach Amtsantritt der Allende-Regierung, daß "Veränderungen verwirklicht" seien, "die nicht wieder ausradiert werden können". (2)

Die Führung der Unidad Popular erweckte den Eindruck, daß die Konterrevolution in Chile keine Chance zur "Rückeroberung der Macht" mehr hätte - wo sie die Macht noch gar nicht ganz verloren hat und der Staatsapparat beileibe noch nicht in der festen Hand der Arbeiter ist. Es wurde sogar behauptet, die Reaktion hätte "verstanden", daß "sich die Zeiten geändert haben". (3) Hinweise darauf, daß die Konterrevolution noch lange nicht geschlagen ist, sondern im Gegenteil immer fieberhafter gegen das chilenische Volk rüstet, wurden einfach als Übertreibungen und Hirngespinnste "ultralinker Abenteurer" abgetan.

Mittlerweile scheinen die Führer der Unidad Popular sich aber einen realistischeren Einschätzung der Gefahren nicht mehr ganz entziehen zu können. Im März dieses Jahres beschloß die erweiterte Plenartagung des Zentralkomitees der KP Chiles einen "Appell an das Volk", in dem auf die Verschwörung der Reaktionäre und Imperialisten aufmerksam gemacht wird. Es heißt darin: "Die reaktionären Manöver sind Teil der erbitterten Offensive der Rechten und des Imperialismus, mit dem Ziel, den revolutionären Prozeß zu lähmen und letzten Endes die Volksregierung des Präsidenten Allende zu stürzen ... Die Lage ist sehr ernst." (4)

Diese realistischer Einschätzung der drohenden Gefahr hat die Allende-Regierung bislang aber nicht dazu geführt, der sich rüstenden Konterrevolution energischer entgegenzutreten. Sie hat im Gegenteil zu größerer "Konzessionsbereitschaft", zum Zurückweichen vor der Bourgeoisie geführt, wovon die Regierungsumbildung nur ein Ausdruck ist. Die Unidad Popular klammert sich weiterhin an ihr Konzept vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" und erklärt immer wieder, daß sie die "Konfrontation vermeiden" will. Die Politik der "Vermeidung der Konfrontation" hat die internationale Arbeiterbewegung bislang nur in Niederlagen geführt. Trotz dieser jahrzehntealten Erfahrung war sie aber von vornherein im Programm der Unidad Popular angelegt.

Die Unidad Popular hat im Dezember 1969 ihr Programm vorgelegt, das ab der Regierungsbildung im November 70 in Angriff genommen wurde. Darin wird Chile als ein kapitalistisches Land beschrieben, "vom Imperialismus abhängig, beherrscht von Teilen der Bourgeoisie, die strukturell mit dem ausländischen Kapital verbunden sind und die Grundprobleme des Landes nicht zu lösen vermögen ... Als Folge der Entwicklung des Weltkapitalismus ergibt sich die nationale Monopolbourgeoisie immer mehr dem Imperialismus ... In Chile sind die reformistischen 'Entwicklungs'-Rezepte, welche die 'Allianz für den Fortschritt' propagiert und die Regierung Frei zu den ihren gemacht hat, gescheitert und haben nichts Wichtiges geändert ... Die einzige Alternative, welche tatsächlich dem Volk entspricht, und daher die Grundaufgabe, welche eine Volksregierung vor sich hat, besteht darin, mit der Herrschaft der Imperialisten, der Monopole, der Großgrundbesitzer-Oligarchie Schluß zu machen und den Aufbau

des Sozialismus zu beginnen ... Die revolutionären Veränderungen, die das Land braucht, werden sich nur verwirklichen lassen, wenn das chilenische Volk die Macht in seine Hände nimmt und sie tatsächlich und effektiv ausübt." (5)

Die "Volksregierung", die im Programm der Unidad Popular gefordert wurde und heute seit zwei Jahren existiert, ist eine Mehrparteien-Regierung: "Sie wird sich aus allen revolutionären Parteien, Bewegungen und Strömungen zusammensetzen. Es wird sich also um eine wahrhaft demokratische, repräsentative und zusammenhängende Exekutive handeln." - heißt es dazu im Programm. (6)

"Alle revolutionären Parteien, Bewegungen und Strömungen": Dazu werden nicht nur die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei und die MAPU ("Bewegung der einheitlichen Volksaktion") gezählt, deren größte Anhängerschaft unter den Industriearbeitern und unter den armen und landlosen Bauern zu finden ist, die also von ihren objektiven Interessen her tatsächlich revolutionäre Klassen und Schichten "repräsentieren". Als "revolutionäre Partei" im Sinne des Programms der Unidad Popular gilt z. B. auch die Radikale Partei, die ihre Basis vor allem im selbständigen Mittelstand (Kleinunternehmer, Kleinhandel, Handwerk) sowie in der Beamtenschaft und unter den mittleren und höheren Angestellten hat. Diese Partei hat noch zwischen 1958 und 1964 die rechtsgerichtete Regierung unter Jorge Alessandri (Nationale Partei) unterstützt - eine Regierung, die dem chilenischen Volk mehr noch als die nachfolgende christdemokratische Frei-Regierung jegliche politische und soziale Reform verweigerte. Hier handelt es sich nicht darum, daß die Radikale Partei sich nur 5 Jahre (!) später von einer Partei der Bourgeoisie zu einer "revolutionären" Partei gewandelt hätte. Hier handelt es sich darum, daß die Unidad Popular das Prädikat "revolutionär" recht "freizügig" auslegt, um die unterschiedlichen Interessen, die von den Parteien des Bündnisses repräsentiert werden, unter einen Hut zu bringen. Die aus der Radikalen Partei abgespaltene "Radikale Linkspartei", die noch eine zeitlang die "Regierung der Volkseinheit" unterstützte, hat sich inzwischen auch wieder offen ins Lager der Rechten geschlagen. Die kleine Sozialdemokratische Partei, die ebenfalls Bündnispartner in der Unidad Popular ist, hat sich mit der Radikalen Partei vereinigt.

Wenn ein breites Volksbündnis zum Kampf gegen den Imperialismus geschlossen wird, so hängt der Sieg davon ab, ob die konsequentesten antiimperialistischen Interessen, nämlich die Interessen der Arbeiterklasse, die führende Rolle in diesem Bündnis einnehmen. Die Interessen der Arbeiter dürfen weder an die Interessen der am Bündnis beteiligten Kleinbourgeoisie ausgeliefert, noch mit ihnen verwischt werden. Das würde letztlich zum Scheitern des Kampfes führen.

Diese Sorgfalt lassen die "Arbeiterparteien" in der Unidad Popular vermissen. Grundlage für die Bündnispolitik der KP Chiles ist eine Resolution, die der XIV. Parteitag der

KP Chiles 1969 (gut ein Jahr vor Bildung der Allende-Regierung) verabschiedete. Darin heißt es: "Wir streben die Schaffung eines dauerhaften Bündnisses an ... Wir treten dafür ein, daß jede linke Partei und Gruppierung ihren Beitrag zu den gemeinsamen und einheitlichen Anstrengungen leisten soll, von ihren eigenen Positionen ausgehend, daß sie dabei ihr eigenes Gesicht wahren und mit ihren Ideen und eigenen Ansichten nutzbringend mitwirken ... Die Einheit, die wir erstreben, erfordert die gegenseitige Loyalität, ständiges Streben zu Aktionseinheit, gemeinsames Wirken auf der Basis des Meinungsaustausches, der Annahme kollektiver Beschlüsse, der Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit ... Wir hoffen, daß die Meinungsverschiedenheiten, die uns trennen, niemals (!) unsere gemeinsamen Beziehungen in Gefahr bringen und wir uns als fähig erweisen, das Schwergewicht auf das zu legen, was uns eint, und nicht auf die Konfliktaspekte, wie dies unglücklicherweise (!) mehrmals geschehen ist ... Wir Kommunisten meinen, daß alle Kräfte, die ihren Beitrag zum Kampf gegen Imperialismus und Oligarchie zu leisten imstande sind, ihren Platz im Rahmen der Volkseinheit einnehmen müssen. Nur so können wir eine Front schaffen, die imstande ist, die wahre (?) Revolution zu verwirklichen. Im Rahmen einer solchen Front verschmelzen (!) sich somit alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte ..." (7)

Von einer Durchsetzung der Arbeiterinteressen innerhalb dieses Bündnisses ist in der Resolution der KP Chiles nicht mehr die Rede. Stattdessen liefert sie von vornherein eine Verzichtserklärung auf den Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Auffassungen und Interessen innerhalb der Unidad Popular.

Wenn die KP Chiles die "Ablehnung von Fraktionen innerhalb der Volkseinheit" propagiert und das Austragen von "Konfliktaspekten" bedauert, soll das heißen, daß die Arbeiter auf die Durchsetzung ihrer Klasseninteressen verzichten sollen ?!

Wenn die KP Chiles den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elementen zubilligt, "ihr eigenes Gesicht (zu) wahren", soll das heißen, daß die bürgerliche Politik in der Unidad Popular ausschlaggebend sein soll ?!

Wenn die KP Chiles ein "dauerhaftes Bündnis" mit den Kleinproduzenten und Kleinhändlern anstrebt, soll das heißen, daß die Arbeiter die Wurzel kapitalistischer Produktion und Ausbeutung mit in den Sozialismus hineinschleppen sollen ?!

Wenn die KP Chiles die "Verschmelzung aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte" in der Unidad Popular beabsichtigt, soll das heißen, daß sie die Arbeiter zu einem neuen Arrangement mit der Bourgeoisie führen will ?!

Die KP Chiles und die Sozialistische Partei sind sehr stolz darauf, daß in der Unidad Popular nicht nur die Arbeiter und die unteren und mittleren Bauernschichten zusammengeschlossen sind, sondern daß sie auch von einem großen Teil der Kleinbourgeoisie gestützt wird, daß sie auch Zu-

stimmung bei "den objektiv gegen den Imperialismus oder gegen die Monopole stehenden Gruppen der kleinen und mittleren Industriellen und Gewerbetreibenden" (8) gefunden hat. Aber die Führer der Unidad Popular täuschen darüber hinweg, daß sich diese Kräfte aus völlig unterschiedlichen Interessen und mit sehr verschiedenen Absichten an der Unidad Popular beteiligen. Die Teile der chilenischen Bourgeoisie, die sich mit der Allende-Regierung einverstanden erklärten, wollen sich nur von der Übermacht der ausländischen Monopole befreien, um selbst freiere Hand bei der Ausbeutung des Volkes zu haben, um die Profite, die von den ausländischen Monopolen abgezogen werden in die eigene Tasche zu wirtschaften. Den Arbeitern und den armen und landlosen Bauern geht es hingegen um die Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung.

Lenin vertrat die Auffassung, daß ein Bündnis der Arbeiter und Bauern mit den Teilen der einheimischen Bourgeoisie und der Kleinproduzenten im Kampf gegen den Imperialismus ausländischer Konzerne und Staaten und gegen die Überreste der alten Feudaleigentümer zeitweise nützlich sein kann - aber eben nur zeitweise. Denn die Interessen in diesem Bündnis laufen nur in diesem einen Punkt zusammen - und da müssen die Arbeiter schon aufpassen, daß "ihre" Bourgeoisie ihnen nicht schon bei diesem Kampf in den Rücken fällt. Lenin schrieb 1905, als die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland heranreifte:

Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie auch noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen ... Daraus folgt, daß unser "vereint schlagen" mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, "auf den Verbündeten wie auf den Feind" scharf aufzupassen usw.

Diese Lehre wird von der KP Chiles nicht beherzigt. Mit einer Selbstverständlichkeit, als seien es schon seit eh und je die Prinzipien kommunistischer Bündnispolitik, erklärte Volodia Teitelboim, Politbüro-Mitglied der KP Chiles: "Natürlich kämpfen augenblicklich die Kommunisten nicht für ihr eigenes Programm noch für ihre eigenen Ziele. Das gemeinsame Programm verpflichtet uns, und es ist recht breit." (9)

Also hat sich die KP Chiles auf ein Bündnis und auf ein Programm eingelassen, das sie daran hindert, ja das es ihnen verbieht, für den endgültigen Sturz der alten Ausbeuterherrschaft zu kämpfen ?! Oder von welchen "eigenen Zielen" sollte Teitelboim sonst sprechen, wenn er nicht das Klassenziel der Arbeiter meint ?!

Kommunisten können ihre Politik nirgends völlig "geradlinig" durchführen. Sie sind oft zu Kompromissen, zum Lavieren und zu taktischen Rückzügen gezwungen. Oberste Richtschnur ihrer Politik muß aber stets und überall das Interesse der Arbeiterklasse sein. Was die KP Chiles je-

doch in dieser Hinsicht praktiziert, schlägt den Interessen der Arbeiter voll ins Gesicht. Das hat nichts mehr mit Kompromissen zu tun, die durch das Kräfteverhältnis aufgezwungen sind, sondern das ist bereits die freiwillige und von blankem Opportunismus durchtränkte Prostitution gegenüber dem Klassenfeind. Die KP Chiles ist dabei offenbar sogar noch bemüht, sich gegenüber der Sozialistischen Partei als die "Versöhnler erster Klasse" zu profilieren.

Als die Christdemokraten beispielsweise im April 1971 unter dem Eindruck der von der Unidad Popular mit großer Mehrheit gewonnenen Gemeindewahlen mit einem demagogischen Trickversuchten, der Unidad Popular eine Zusammenarbeit in der Gesetzgebung anzubieten, hatte die KP Chiles nichts Eiligeres zu tun, als diesen "positiven Ansatz" zu begrüßen. Die Sozialistische Partei erkannte demgegenüber klarer, mit welcher hinterhältigen Methoden die Christdemokraten hier die Politik der Unidad Popular weiter fesseln wollten, und lehnten dies als einen "rein opportunistischen Schritt" ab. Mittlerweile ist die KP Chiles sogar schon soweit gegangen, Allende (der als Regierungspräsident der Sozialistischen Partei angehört) aufzufordern, sich um gemeinsame Vereinbarungen mit den Christdemokraten zur Ausschaltung der "Rechts- und Linksextremisten" zu bemühen. Die demagogische Gleichsetzung von "Rechts- und Linksextremisten" blieb bislang den Reaktionären und den sozialdemokratischen Führern vorbehalten, die damit schon allzu oft Verwirrung in die Reihen der Arbeiter getragen haben, sie an der klaren Erkenntnis ihrer tatsächlichen Feinde zu hindern versuchten und damit ihren Kampf schwächten. Auch die Politik von der "Vermeidung der Konfrontation" ist bekanntlich eine Ausgeburt des Sozialdemokratismus. In Deutschland hat die Sozialdemokratie mit dieser "Begründung" seinerzeit die notwendige Aktionseinheit mit der KPD gegen den Faschismus abgelehnt. Unter der Parole "Vermeidung der Konfrontation" sabotierte die Sozialdemokratie beispielsweise 1927 die Massendemonstration der Berliner Arbeiter gegen den faschistischen Stahlhelm-Aufmarsch - und unter dieser Parole ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin zwei Jahre später die Mai-Demonstration auseinander-schießen.

Es hat sich gezeigt, daß mit der "Vermeidung der Konfrontation" immer wieder die Arbeiterbewegung gehenkt wurde. Umso schlimmer, wenn sich jetzt in Chile ähnliches anbahnt, und noch dazu unter Mitarbeit der KP Chiles. Den schändlichen Beweis dafür trat sie vor einigen Monaten an.

Zusammenstoß in Concepcion

Anfang Mai planten rechtsradikale Gruppen in der zweitgrößten Industriestadt Chiles, Concepcion, einen Auf-

marsch zugunsten der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Im letzten Dezember hatten im Verlauf einer ähnlichen rechtsgerichteten Demonstration in Santiago faschistische Schlägerbanden das Haus des Gesundheitsministers gestürmt und mehrere Parteilokale der Linken zerstört. Es war demnach von vornherein klar, daß die Rechten hier erneut die Provokation suchten. Dennoch weigerte sich der Bürgermeister von Concepcion (Mitglied der KP Chiles) den Aufmarsch der Rechten zu verbieten.

Die örtlichen Sektionen der Parteien der Unidad Popular, mit Ausnahme der KP, meldeten daraufhin gemeinsam mit der außerparlamentarischen MIR eine Gegendemonstration an (MIR = "Bewegung der revolutionären Linken"; sie wird von den Führern der Unidad Popular als "ultralinke Abenteuer" heftig beföhdet). Jedoch: diese von den Interessen der Arbeiter getragene Gegendemonstration verbot der "kommunistische" Bürgermeister - um der "Vermeidung der Konfrontation" willen.

Mehrere der linken Gruppen hielten an der Gegendemonstration fest. Ja, aus Protest gegen die unerhörte Entscheidung des Bürgermeisters unterstützten jetzt noch weitere Organisationen den Aufruf zur Gegendemonstration: u. a. die regionale Sektion des Gewerkschaftsverbandes CUT, der regionale Bauernrat und fortschrittliche Schüler- und Studentenverbände. Also beileibe keine Aktion nur der "Ultralinken", sondern die Kampfbereitschaft des werktätigen Volkes gegen die Feinde des Volkes!

Angesichts dieser Entwicklung gab der "kommunistische" Bürgermeister sich "klassenneutral" und verbot beide Demonstrationen. Die Rechten hielten sich aber natürlich nicht daran und traten zu ihrem reaktionären Aufmarsch an. Als Arbeiter, Bauern und Studenten auf einer Massenversammlung davon erfuhren, zogen sie spontan zu einer Protestdemonstration durch die Straßen von Concepcion. Völlig in seiner revisionistischen Strategie von der "Vermeidung der Konfrontation" verfangen, ließ der Bürgermeister die Grupo Móvil (paramilitärische Polizei) ausrücken ... und gegen die Demonstration der revolutionären Arbeiter, Bauern und Studenten vorgehen! Der 17-jährige Genosse E. Caamano Soberzo von der MIR wurde durch Polizeischüsse ermordet. Ungefähr 40 Demonstranten wurden (zum Teil schwer) verletzt und zahlreiche verhaftet.

Dies war nicht die Einzelaktion eines wahnsinnigen Bürgermeisters: Die Führer der Unidad Popular erklärten sich mit der Polizeiaktion völlig einverstanden. Die KP Chiles machte die "ultralinken Abenteuer" dafür verantwortlich und die Zentrale der Sozialistischen Partei distanzierte sich von ihrer Sektion in Concepcion, die sich auf die Seite der revolutionären Arbeiter, Bauern und Studenten gestellt hatte. Nicht nur, daß die Führer der Unidad Popular selbst nicht bereit sind, gegen die Konterrevolution im notwendigen Maß vorzugehen. Sie scheuen sich auch nicht einmal mehr, den Polizeiknüppel des bürgerlichen Staates einzusetzen, um das Volk

vom konsequenten Kampf gegen die Konterrevolution abzuhalten. Kommunisten? Sozialisten? Nein, das sind sozialdemokratische Führer!

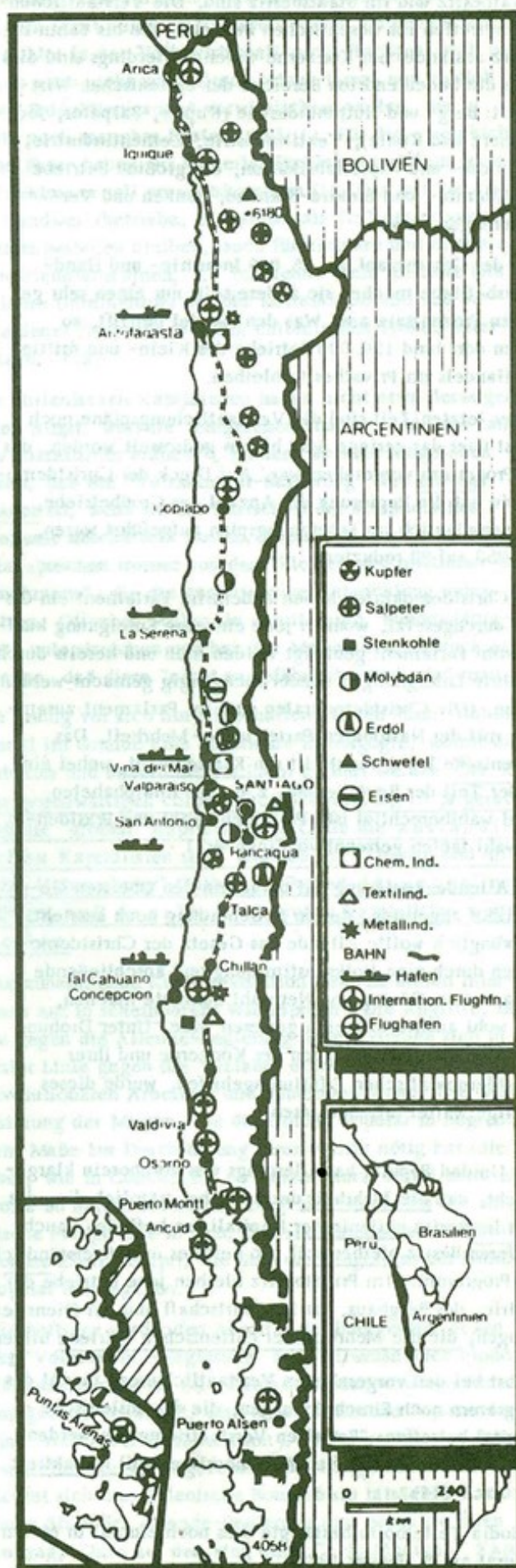
Verstaatlichung und Sozialismus

Die Unidad Popular betrachtet die Agrarreform zur Beseitigung des Latifundiensystems (Großgrundbesitzertum) und die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung durch die Nationalisierung der größten Bergbau- und Industriebetriebe als den wichtigsten Schritt zum Aufbau des Sozialismus in Chile. In der Resolution des XIV. Parteitages der KP Chiles heißt es dazu: "In Chile gibt es heute keine revolutionäre Aufgabe als den Kampf gegen den Imperialismus und die Beseitigung der Macht der monopolistischen und gutherrlichen Oligarchie, denn ohne die Lösung dieser Aufgaben hat der Sozialismus keine Perspektive." (10)

Und im Programm der Unidad Popular: "Die Hauptaufgabe in der Ersetzung der bestehenden Wirtschaftsstruktur besteht in der Liquidierung der Übermacht des inländischen und ausländischen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzertums, um den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen." (11)

Die Durchführung der Agrarreform und der Nationalisierung soll noch nicht unmittelbar eine sozialistische Wirtschaft schaffen, sondern eine "Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus". Der Leiter der nationalen Planungsbehörde, Gonzalo Martner, gibt diese "präsozialistische Etappe" mit dem "Zeitraum zwischen 1971 und 1976" an (was der verfassungsmäßigen fünfjährigen Amtszeit von Allende entspricht). (12) Daraus ist zu schließen, daß der Sozialismus sich nach Auffassung der Unidad Popular dann irgendwie "einfindet", wenn die "Liquidierung der Übermacht des inländischen und ausländischen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes" Schritt für Schritt "genügend durchgeführt" ist. Diese Auffassung eines dergestalt allmählich und automatisch ablaufenden Prozesses findet sich nicht nur im Programm der Unidad Popular, sie findet sich im Prinzip auch in den Programmen sämtlicher revisionistischer Parteien der imperialistischen Staaten, obwohl die gesellschaftlichen Verhältnisse dort ganz andere sind. So etwa, wenn die DKP in ihrer Essener Grundsatzerklärung von der "Einschränkung der Macht des Monopolkapitals und ihre schließliche Überwindung" spricht und auf diesem Wege offenbar den Sozialismus in die westdeutsche Landschaft "einführen" will.

Untersuchen wir näher, was es mit der "Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus" in Chile auf sich hat. Diese soll aus drei Sektoren bestehen, ein Sektor des verstaatlichten Eigentums, ein Sektor des Privateigentums und ein "gemischter" Sektor, d. h. Betriebe, die anteilig im



Privatbesitz und im Staatsbesitz sind. Die Verstaatlichungen betreffen im wesentlichen Betriebe, die bis dahin im Besitz ausländischer Konzerne waren. Allerdings sind dies auch die bedeutendsten Bereiche der chilenischen Wirtschaft: Berg- und Hüttenindustrie (Kupfer, Salpeter, Jod, Eisenerz und Kohle), Textilindustrie, Zementindustrie, Zellulose- und Papierfabrikation, die größten Betriebe der Chemie- und Elektro-Branche, Banken und Versicherungen, usw.

Von der Gesamtzahl der 35.000 Industrie- und Handwerksbetriebe machen sie andererseits nur einen sehr geringen Prozentsatz aus. Was den Handel betrifft, so sollen dort rund 120.000 Betriebe des Klein- und mittleren Handels im Privatbesitz bleiben.

In der letzten Zeit sind die Verstaatlichungspläne noch selbst über das geringe Maß hinaus gedrosselt worden, das im Programm vorgesehen war. Auf Druck der Christdemokraten hat die Regierung die Anzahl der Großbetriebe, die ursprünglich im Enteignungsplan aufgeführt waren, von 253 auf 93 reduziert.

Die Christdemokraten haben zudem im Parlament ein Gesetz durchgesetzt, wonach jede einzelne Enteignung künftig vom Parlament gebilligt werden muß und bereits durchgeführte Enteignungen wieder rückgängig gemacht werden sollen. (Die Christdemokraten sind im Parlament zusammen mit der Nationalen Partei in der Mehrheit. Das chilenische Wahlrecht ist ein Klassenrecht, wobei ein großer Teil der Bevölkerung, z.B. die Analphabeten, nicht wahlberechtigt ist. Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl laufen getrennt voneinander.)

Die Allende-Regierung hat daraufhin den Obersten Gerichtshof angerufen, dessen Entscheidung noch aussteht. Ursprünglich wollte Allende das Gesetz der Christdemokraten durch eine Volksabstimmung und anschließende Parlamentsauflösung und Neuwahl zunichte machen, was wohl auch erfolgreich gewesen wäre. Unter Drohung und wüsten Hetzkampagnen der Konzerne und ihrer christdemokratischen Erfüllungsgehilfen, wurde dieses richtige Mittel fallengelassen.

Die Unidad Popular hat allerdings von vornherein klargemacht, daß die Mehrheit der Betriebe, nämlich die, die sich im Besitz chilenischer Kapitalisten befinden, auch in deren Besitz bleiben soll. So heißt es unmißverständlich im Programm: "Im Privatbesitz bleiben jene Betriebe der Industrie, des Bergbaus, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen, die die Mehrheit der chilenischen Betriebe bilden." (13)

Selbst bei den vorgesehenen Verstaatlichungen macht das Programm noch Einschränkungen, die das chilenische Kapital betreffen: "Bei allen Verstaatlichungen werden die Interessen der kleinen Aktienbesitzer voll respektiert werden." (14)

Volodia Teitelboim bestätigte dies noch einmal in einem Referat am 2. Januar 1972:

"Nur wenige Unternehmen monopolistischen Cha-

rakters, die die Interessen des Landes schädigen, werden noch in gesellschaftliches Eigentum übergeführt werden. Der überwältigenden Mehrheit der Unternehmer, Industriellen, mittleren und kleinen Händler werden ihre Tätigkeit und ihre Rechte voll und ganz garantiert." (15)

Tatsächlich hat die "Volkseinheit-Regierung" auch bei ihren Verstaatlichungsplänen der in ausländischem Besitz befindlichen Betriebe auf deren Druck hin noch einige Rückzieher gemacht und erklärt, daß sie gegenüber einer "Beteiligung ausländischen Kapitals" an der chilenischen Industrie "keinesfalls verschlossen" sei. Auf Eingreifen der westdeutschen Botschaft wurde beispielsweise auf die Verstaatlichung des Farbwerks Ceresita "verzichtet", das sich mehrheitlich im Besitz westdeutscher Kapitalisten befindet.

Die Verstaatlichungsmaßnahmen der Allende-Regierung sind eindeutig nicht gegen die chilenische Industrie- und Finanzbourgeoisie gerichtet. Sie zielen im Gegenteil auf eine Stärkung der chilenischen Bourgeoisie ab, indem sie dieser helfen, sich von der Herrschaft und von der Konkurrenz des ausländischen Kapitals zu befreien. Infolge der imperialistischen Ausbeutung konnte sich bislang in Chile eine nationale Industrie kaum entfalten. Die ausländischen Konzerne haben enorme Profite aus dem chilenischen Volk herausgepreßt, diese Profite aber nicht in die Entwicklung der chilenischen Wirtschaft gesteckt, sondern aus dem Land abgezogen.

Die ausländischen Kapitalisten haben an Investitionen, die dem chilenischen Volk nützen, noch weniger Interesse als die chilenischen Kapitalisten. Sie profitieren gerade davon, daß sie das von ihnen ausgebeutete Land unterentwickelt halten. So können sie einerseits billig Rohstoffe aus dem Land rausholen (die Kupferminen, Chiles größter Reichtum, standen bis zur Allende-Regierung zu 85 % unter US-Kontrolle; Kupfer stellt rund 80 % der chilenischen Exporte) und andererseits ihre Fertigwaren zu hohen Preisen in das Land exportieren, da ihm die Industrie fehlt, diese Waren selbst zu produzieren. Die zurückbleibende Industrialisierung des Landes erzeugt zudem ein ungeheures Arbeitslosenheer (1970 betrug die Arbeitslosenquote in Groß-Santiago 8,3 %), wodurch die Löhne ständig auf einen niedrigen Stand gedrückt werden können. Diese "Vorteile" beuten die ausländischen Konzerne dann wieder dadurch aus, daß sie Teile ihrer Produktion direkt in das von ihnen abhängige Land verlegen (Kapitalexport). Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Fertigwaren-Produktion oder sogar nur um Teilfertigungen, so daß damit eine tatsächliche Industrialisierung des Landes noch nicht bewirkt wird. Dazu wäre vor allem die Entwicklung der Schwerindustrie nötig, die Produktionsmittel produziert, und die der Grundstock für jede industrielle Entwicklung ist.

Die Allende-Regierung will nun erreichen, daß die bisher von den ausländischen Konzernen abgezogenen Profite mittels Verstaatlichung in die Entwicklung einer nationalen Industrie gesteckt werden. Es geht um die Akkumulation

chilenischen Kapitals. Gonzalo Martner, der Leiter der Nationalen Planungsbehörde, drückt dies folgendermaßen aus:

"Wir werden die Mobilisierung des Überschusses dadurch erreichen, daß wir einen Teil dessen, was wir die 'Grundproduktion' nennen, auf den Staat übertragen. Das wird der Sektor des gesellschaftlichen Eigentums sein. Er wird der dynamische Sektor unserer Wirtschaft und für die Beschleunigung des Entwicklungsprozesses verantwortlich sein." (16)

Das ist natürlich eine fortschrittliche Entwicklung, aber deswegen ist es noch lange keine sozialistische Entwicklung. Sie macht gerade, wie wir gesehen haben, halt vor der Enteignung der chilenischen Bourgeoisie.

Der vielgepriesene "chilenische Weg zum Sozialismus", der sich die Liquidierung der Übermacht der ausländischen Konzerne zum Ziel gesetzt hat und der die "Tätigkeit und Rechte" der chilenischen Kapitalisten "voll und ganz garantiert", ist in Wirklichkeit der Weg, einen "nationalen" Kapitalismus in Chile überhaupt erst zu entfalten. Mit Sozialismus hat das nicht das geringste zu tun. Zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es keine weitere Entwicklungsstufe. Was in Chile als die "präsozialistische Etappe" oder als "Wirtschaft des Übergangs zum Sozialismus" bezeichnet wird, ist nichts anderes als der Kapitalismus selbst.

Ebenso ist die Agrarreform durchaus im Sinne eines sich entwickelnden chilenischen Kapitalismus. Das alte Latifundiensystem, das es den Großgrundbesitzern freistellt, was und wie angebaut wird (und ob überhaupt), ist ein objektives Hemmnis für die Industrialisierung der landwirtschaftlichen und der Viehzuchtproduktion.

Es ist eben nicht so einfach, wie wir eingangs aus dem Programm der Unidad Popular zitierten, daß "die nationale Monopolbourgeoisie sich immer mehr dem Imperialismus ergibt" (17), was meinen soll, daß sie sich in immer größere Abhängigkeit von den großen ausländischen Konzernen begibt. Die nationale Bourgeoisie Chiles (von Monopolbourgeoisie ist noch nicht viel da) versucht gerade, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien ... um selbst zu einer imperialistischen Bourgeoisie aufsteigen zu können.

Das wird sehr deutlich, wenn Martner die "Perspektive" der gegenwärtigen Entwicklung angibt:

"Das endgültige Gesicht der chilenischen Wirtschaft wird gegen Ende des Jahrhunderts so aussehen, daß man sagen kann: Chile ist eines der wenigen Länder, welche die Stagnation zugunsten der Expansion überwunden haben. Wir werden dann eine reife Industriegesellschaft sein. Die Vorbedingungen für eine Industriegesellschaft sind schon geschaffen, Wir stehen davor, uns unter den Industrienationen einzureihen." (18)

Bei dieser "Perspektive" brauchen Chiles Kapitalisten eigentlich keine Angst vor der Unidad Popular zu haben. Und tatsächlich gibt Martner auch das zu:

"Wir haben den Eindruck, daß es Unternehmer gibt, die vor dem Staat keine Angst haben, einen vergesellschafteten Sektor in der Volkswirtschaft nicht fürchten, sich politisch auch nicht unter Druck setzen lassen und ehrlich einen Produktionsprozeß verwirklichen wollen, der in Chile noch manches leisten muß (!). Für diese geschichtliche Phase haben wir keinerlei Probleme mit dem privaten Sektor: er soll vorwärtskommen (!). Das gilt vor allem für Handwerksbetriebe, die weiter als Teil des privaten Sektors bestehen bleiben, auch für kleinere und mittlere Industrieunternehmen. ... Ich kenne viele mittlere und kleinere Unternehmer aus der Mittelklasse und von bescheidener Herkunft, die den chilenischen Prozeß unterstützen." (19)

Die chilenischen Kapitalisten haben nicht etwa deswegen keine Angst, weil sie "eingesehen" haben, daß "das Land den Sozialismus braucht", sondern weil sie eingesehen haben, daß die "Volkseinheit-Regierung" ihre einzige Chance ist, wenn sie die Herrschaft der ausländischen Konzerne abschütteln wollen. Die Führer der Unidad Popular sprechen immer von den "kleinen und mittleren Unternehmern", die die gegenwärtige Entwicklung unterstützen. Offenbar wollen sie damit deren "Bündnisfähigkeit" unterstreichen und bei den Massen den Eindruck erwecken, daß diese "nicht so gefährlich" sind, daß man

sie "ruhig vor sich hin wirtschaften" lassen kann. Dahinter steckt im Grunde eine ungeheure Demagogie, womit die Arbeiter und Bauern hinters Licht geführt werden: Der Kern der gegenwärtigen chilenischen Entwicklung ist ja gerade, daß die "großen" Kapitalisten in Chile die ausländischen Kapitalisten sind, und daß die "kleinen und mittleren Unternehmer" Chiles den Prozeß deswegen unterstützen, weil sie selbst zu großen Kapitalisten werden wollen.

Die zunehmende Konterrevolution steht zu diesen Interessen nur in scheinbarem Widerspruch. Die Angriffe, die sie gegen die Allende-Regierung reitet, richten sich in erster Linie gegen die "Gefahr" einer sich entfaltenden revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung. Die Mobilisierung der Massen, die die Unidad Popular in begrenztem Maße zur Durchführung ihrer Politik nötig hat (die sie aber, wie in Concepcion bewiesen, auch brutal unter Kontrolle zu halten bereit ist), birgt die Gefahr für die chilenische Bourgeoisie in sich, daß sie zunehmend für revolutionäre Ziele kämpft, die über das Programm der Unidad Popular hinausgehen.

Die heftiger werdenden Angriffe der Bourgeoisie gegen die "Volkseinheit-Regierung" sind teilweise auch bloßes Täuschungsmanöver (die Unidad Popular wird von der Bourgeoisie bekämpft, also muß die Unidad Popular doch eine "richtige" Politik machen). Andererseits, und das ist zweifellos der wichtigere und ausschlaggebende Punkt, richtet sich die chilenische Bourgeoisie tatsächlich auf einen Sturz der Allende-Regierung ein, wenn sie ihren Auftrag, Chile auf den Weg eines "selbständigen" Kapi-

talismus zu bringen, in ausreichendem Maße erfüllt hat. Es muß dann damit gerechnet werden, daß die meisten der verstaatlichten Betriebe wieder "reprivatisiert" werden - in den Besitz chilenischer Kapitalisten. Das kann noch eine gewisse Zeit dauern. Zudem darf aber auch die Gefahr nicht übersehen werden, daß die chilenische Bourgeoisie "auf halbem Wege die Nerven verliert", daß die Mobilisierung der Massen ihr zu gefährlich wird und sie die Allende-Regierung auf kaltem Wege abserviert, bevor diese ihren Auftrag erfüllt hat. Sie könnte in diesem Fall ein engeres Bündnis mit der alten Großgrundbesitzerklasse und den imperialistischen Staaten wieder dem "zweischneidigen Schwert" der Unidad Popular vorziehen. Das ist auch sehr im Interesse der ausländischen Konzerne und der Latifundisten, denn diese sind im Gegensatz zur chilenischen Industrie- und Finanzbourgeoisie die Verlierer des gegenwärtigen Prozesses. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele, daß diese Kreise die Konterrevolution und den Sturz der Allende-Regierung am intensivsten schüren: Von den mißglückten Putschplänen des US-Konzerns ITT bis zur Belieferung der "weißen Garden" der Großgrundbesitzer mit Waffen aus Argentinien. Die reaktionäre Militärregierung Argentiniens gehört auf lateinamerikanischem Boden zu den ärgsten Feinden der Unidad Popular.

Die Unidad Popular wird gegen diese sich formierende Konterrevolution selbst nichts ausrichten können, wenn sie sich weiterhin der Sanierung des chilenischen Kapitalismus widmet, und demgemäß eine tatsächlich revolutionäre Entwicklung des Landes nicht nur nicht vorantreibt, sondern sogar noch aktiv unterbindet. Sie wird weder die Arbeiter und Bauern Chiles vor den Schlägen der Reaktion schützen können, noch wird sie sich selbst vor der Abservierung retten können.

Bei den ehrlichen Parteigängern der Unidad Popular hat sich die revisionistische Theorie in der Weise breit gemacht, daß sie glauben, die Konterrevolution durch eine "Produktionsschlacht" besiegen zu können. Das "Wachstum von Produktion und Arbeitsproduktivität" und der "Kampf gegen Sabotage und für Produktionserfolge" ist sicher wichtig für die Befreiung Chiles vom Imperialismus. Aber wenn dies an die oberste Stelle gesetzt wird, dann läßt man sich schon auf das Spiel der chilenischen Bourgeoisie ein. Ebenso scheint sich die absurde These breit gemacht zu haben (und sie wird, wie vorhin zitiert, von den Führern der Unidad Popular mit Nachdruck unterschlagen), daß Verstaatlichung und Vergesellschaftung ein und dasselbe seien. Das ist aber völlig unsinnig. Verstaatlichung der ausländischen Konzerne heißt beileibe noch nicht, daß diese Betriebe dann in der Hand der Arbeiter und Bauern sind, sondern zunächst einmal in der Hand des Staates. Und die entscheidende Frage dabei ist, in wessen Händen sich der Staat befindet. Wir wollen uns dieser Frage zuwenden.

In einem 1960 in der DDR herausgegebenen Lehrbuch "Grundlagen des Marxismus-Leninismus" heißt es sehr richtig:

"Solange sich die Macht in den Händen der Bourgeoisie befindet, können weder die Verstaatlichung einzelner Unternehmen noch andere Maßnahmen staatskapitalistischer Art die Verhältnisse der kapitalistischen Ausbeutung selbst in solchen Ländern aufheben, in denen diese Maßnahmen heute einen fortschrittlichen Charakter tragen (zum Beispiel in Indien und Indonesien). Im Schoße des Kapitalismus können keine sozialistischen Produktionsverhältnisse entstehen; es können lediglich die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen werden. Mit dem Aufbau des Sozialismus kann jedoch auf Grund dieser Voraussetzungen nicht begonnen werden, solange sich der Staat in den Händen der Kapitalisten befindet, das heißt, solange die Macht nicht in die Hände der Werktätigen übergeht." (20)

Der „legale Weg“

Im Programm der Unidad Popular wird erklärt, daß das Volk die Macht in seine Hände nehmen und sie "tatsächlich und effektiv" ausüben soll. Genauer wird dazu noch ausgeführt:



Luis Corvalán, Generalsekretär der KP Chiles:
mehr Biedermann als Brandstifter

"Die Volks- und revolutionären Kräfte haben sich nicht zusammengetan, um einen Präsidenten der Republik durch einen anderen zu ersetzen oder um eine Regierungspartei aus dem Amt zu jagen und andere in der Macht zu installieren. Sie haben sich zusammengetan, um die grundlegenden Wandlungen, welche die nationale Lage fordert, durchzuführen. Das geht nur auf der Basis der Übertragung der Macht von den alten herrschenden Gruppen auf die Arbeiter, die Bauern und die fortschrittlichen Teile der Mittelschichten aus Stadt und Land..."

Im Hinblick auf die politische Struktur hat die Volksregierung eine doppelte Aufgabe:

- die demokratischen Rechte und die Eroberungen der Arbeiter zu bewahren, effektiver zu machen und zu vertiefen, sowie
- die gegenwärtigen Institutionen zu verändern, um einen Staat zu etablieren, in welchem die Arbeiter tatsächlich die Macht ausüben. "(21)

Es sollen also "grundlegende Wandlungen" durchgeführt werden und die Arbeiter sollen die Macht übernehmen. Richtig! Nach allen bisherigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung ist dazu notwendig, den bürgerlichen Staat zu zerbrechen und einen neuen, den proletarischen Staat aufzubauen. Man könnte meinen, daß dies auch von der Unidad Popular beabsichtigt wird, wenn sie davon spricht, daß das chilenische Volk die Macht "tatsächlich und effektiv" ausüben soll. Die "Volksregierung" will dazu "den Weg ebnen".

Nun ist es eine weitere Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung, daß die herrschenden Klassen (Kapital und Großgrundbesitzertum) ihre Herrschaft nicht freiwillig an das Volk abtreten, daß sie sich mit Einsatz aller Mittel (ökonomisch, politisch und militärisch) dagegen wehren und den Arbeitern und ihren Verbündeten noch immer den gewaltsamen Weg zum Sturz der alten Ausbeuterherrschaft aufgezwungen haben. Der Befreiungskampf der indochinesischen Völker ist das lebendigste Beispiel unserer Epoche, welche Anstrengungen notwendig sind, um den hochgerüsteten und mit wütender Verbissenheit sich wehrenden Feind aus seiner Herrschaft zu vertreiben.

Die Unidad Popular meint allerdings, daß dies in Chile nicht notwendig sei, daß die Arbeiter dort auf "friedlichem" Weg ihre Herrschaft errichten können; andersherum gesagt: daß die herrschenden Klassen in Chile freiwillig von der Bühne abtreten. So ist auch der Eindruck falsch, den man zunächst beim Lesen ihres Programms gewinnen könnte, wenn man nur die Forderung nach "grundlegenden Wandlungen" usw. betrachtet. Im Programm ist in diesem Zusammenhang nicht von der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine die Rede, sondern von der "Übertragung der Macht", was eben ganz der Vorstellung folgt, als handle es sich dabei um eine bloße Ämterübergabe, die nach der Regel gegenseitiger freier Vereinbarung abläuft, und wo beide Seiten sozusagen durch Vertragstext gebunden sind.

Als Beweis dient der Unidad Popular ihr eigener Wahlsieg. Die chilenische "Volksregierung" ist "legal" an die Macht gekommen, mit Hilfe der bürgerlichen Verfassung. Bei den Präsidentenwahlen im September 1970 erhielt die Unidad Popular mit 36,3 % relativ die meisten Stimmen gegenüber den Kandidaten der extrem rechts stehenden Nationalen Partei (34,9 %) und der Christdemokraten (27,8 %). Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit errungen hatte, oblag die letztendliche Entscheidung dem Parlament, das von den beiden Rechtsparteien mehrheitlich beherrscht wird. Das Parlament wählte Allende; mit den Stimmen der Christdemokraten. Also, triumphiert

die Unidad Popular, der von den Christdemokraten vertretene Teil der herrschenden Klasse hat das Votum des Volkes akzeptiert, er stellt sich nicht der Bewegung entgegen und hat "eingesehen", daß das Land den Sozialismus braucht. Der "friedliche Weg" hat Erfolg und wird auch weiter Erfolg haben.

Was ist denn tatsächlich geschehen? Hat die chilenische Bourgeoisie ihrer eigenen Entmachtung zugestimmt? Keineswegs! Die Christdemokraten sind weder "einsichtig" geworden, und schon gar nicht zu einer "revolutionären" Partei, wie es die Unidad Popular der Radikalen Partei schmeichelnd zugesteht. Die Christdemokraten haben nur deswegen die Allende-Regierung in den Sattel gehoben, weil diese von vornherein zusicherte, sie wolle die chilenische Verfassung und die chilenischen Gesetze, also die Herrschaft der Bourgeoisie, respektieren. Die Christdemokraten haben die Allende-Regierung deswegen in den Sattel gehoben, weil sie sich davon etwas für die Interessen der nationalen Industrie- und Finanz-Bourgeoisie versprechen. Es ist eine grobe Fälschung, wenn der Wahlsieg der Unidad Popular als Beweis für den "friedlichen Übergang zum Sozialismus" hingestellt wird.

Es ist doch wohl absurd, vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu sprechen, wenn der bürgerliche Staat, das Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie bestehen bleibt, wenn die Führer der Unidad Popular versprechen, daran auch nicht rütteln zu wollen. So der KP-Generalsekretär Corvalan: "Das Geschwätz der Reaktionäre, die versuchen, innerhalb und außerhalb des Landes die Sache so darzustellen, als ob die Parteien der Volkseinheit den Rahmen der Konstitution (Verfassung) sprengen wollen, entbehrt daher jeglicher Grundlage."

Weder die Regierung der Volkseinheit noch die in ihr vertretenen Parteien versuchen, über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinauszugehen." (22)

Allenfalls wird noch gesagt, daß man "der chilenischen Tradition der Achtung vor den Gesetzen zwar folgen, jedoch die Suche nach Änderung derselben Gesetze nicht ausschließen" (23) wolle. Welch "Fortschrittsgeist" hat sich doch bei den Führern der Unidad Popular Bahn gebrochen! Man will die "Suche nach Änderung" der bürgerlichen Gesetze "nicht aufgeben"! Aber in Grenzen! Corvalan schreibt anlässlich des 50-jährigen Bestehens der KP Chiles am 2. Januar 72 in der Moskauer "Prawda" über die "Umwandlungen unter Allende":

"Ihre am meisten charakteristische Besonderheit besteht darin, daß sie in Übereinstimmung mit der Konstitution und auf der Basis jener Prinzipien der Rechtsordnung durchgeführt werden, welche sich im Laufe der ganzen Geschichte Chiles herausgebildet haben (die die Geschichte der bürgerlichen Herrschaft ist! - d. Verf.). Die Praxis hat gezeigt, daß dies in Chile unter den konkreten Bedingungen möglich war und bleibt." (24)

Die Praxis hat allerdings gezeigt, daß der Unidad Popular in Chile bislang nur solche "Umwandlungen" möglich waren, die die alten Ausbeuterklassen zuließen. Nach wie

vor besteht das bürgerliche Parlament, in dem die Rechtsparteien als offene Vertreter der Kapitalisten und Großgrundbesitzer eine ausreichende Mehrheit haben, um die Politik der Allende-Regierung im gewünschten Maß zu torpedieren. Die Rückkurbelung der vorgesehenen Enteignungen, wovon wir bereits berichteten, ist ein aussagekräftiges Beispiel für das, was der Allende-Regierung "unter den konkreten Bedingungen möglich war und bleibt".

Die politischen Machtorgane der herrschenden Klassen wurden bislang kaum angetastet. Militär, Polizei, Justiz, Verwaltungsapparat, Presse und Rundfunk bilden immer noch die wesentlichen Stützen ihrer Herrschaft. Die paramilitärische Polizei (Grupo Móvil), die unter der christdemokratischen Frei-Regierung zum Kampf gegen die Arbeiter und Bauern aufgestellt wurde, ist beispielsweise immer noch nicht aufgelöst worden, obwohl dies im Programm der Unidad Popular als Sofortmaßnahme angekündigt wurde. Es handelt sich dabei um die Polizeitruppen, die im Mai gegen die Demonstration revolutionärer Arbeiter, Bauern und Studenten in Concepcion eingesetzt wurden.

„Freiheit der Presse“

Die "Regierung der Volkseinheit" überläßt die politisch-ideologische Erziehung der Massen weitgehend der Reaktion. Die reaktionäre Presse und der Rundfunk des Landes dürfen ungeschoren Lügen und Hetze gegen die Unidad Popular verbreiten. Demgegenüber steht nur eine vergleichsweise kleinere Zahl sozialistischer und anderer fortschrittlicher Zeitungen. Im Programm der Unidad Popular heißt es dazu:

"Die Volksregierung wird die Rechte der Opposition respektieren, wenn diese sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegt." (25)

Es ist doch klar, daß die bürgerliche Presse sich mit ihrer reaktionären Hetze im Rahmen der bürgerlichen Gesetze bewegt! Auch die arbeiterfeindliche Hetze von Springers "Bild" steht doch nicht im Widerspruch zum Grundgesetz, sondern wird durch dieses abgesichert.

Uns ist bislang nur ein Fall bekannt, wo die Allende-Regierung gegen reaktionäre Massenmedien eingeschritten ist: Als reaktionäre Gruppen im Dezember letzten Jahres einen "Protestmarsch" und Tage anhaltende Unruhen inszenierten, die von wüsten antikommunistischen Angriffen der bürgerlichen Presse und des Rundfunks begleitet waren, verbot die Allende-Regierung das Erscheinen einer Zeitung und schloß zwei Radiosender der Reaktion. Nach wenigen Tagen wurde diese richtige Maßnahme jedoch wieder aufgehoben.

Es ist klar, daß die Reaktion ihren Einfluß auf die Massen leicht zurückgewinnen kann, wenn ihre Hetzpropaganda nicht hart und wirksam unterbunden wird. Dies

ist schon an den letzten Gewerkschaftswahlen deutlich geworden. Soweit bislang bekannt wurde (das genaue Ergebnis liegt uns leider noch nicht vor), haben die chilenischen Christdemokraten ca. 30 % der abgegebenen Stimmen erhalten. Wenngleich die Kommunistische und die Sozialistische Partei immer noch die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftssekretäre stellen, zeigt das Ergebnis der Christdemokraten immerhin einen ganz erheblichen Einfluß unter den Arbeitern. Im Gegensatz zur CDU/CSU in unserem Land verstehen es die chilenischen Christdemokraten weit besser, ihre reaktionäre Politik mit sozialer Demagogie zu tarnen.

Erhaltung der bürgerlichen Bürokratie

Der alte bürgerliche Verwaltungsapparat beschäftigt in Chile bei einer Bevölkerung von ca. 9 Millionen rund 400.000 Menschen. Sie verrichten ihren Dienst im Geist und zum Nutzen der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft. Sie sind keine Machtorgane des Volkes, sondern sie sind dem Volk entgegengestellt. Der Unidad Popular ist dies durchaus bewußt. Volodia Teitelboim erklärte dazu:

"Die Volkseinheit erbt also eine Bürokratie, die zu 90 oder 95 Prozent nicht die ihre ist, sondern von vorhergehenden Regierungen ernannt wurde. ... Unter den 90 Prozent gibt es einen großen Anteil von Beamten, die korrekt arbeiten, einige wenige mit revolutionärer Leidenschaft, andere mit diesem typisch bürokratischen Geist, der bloß keine Verantwortung übernehmen will und dem die Menschen gleichgültig sind. Einige sabotieren direkt. Sie stellen eine Art Trojanisches Pferd des Feindes innerhalb der öffentlichen Verwaltung dar und geben alle Daten und Informationen an die Parlamentarische Opposition und an die gegnerische Presse weiter. ... Erstens ist die unsere eine ineffiziente Verwaltung. Zweitens kann man ihr größtenteils nicht trauen. Drittens gibt es in ihr kaum Leute aus der Volkseinheit, höchstens in den leitenden Posten." (26)

Dieser Darstellung ist im Kern kaum etwas hinzuzufügen; wenngleich auch hier schon das Bemühen auffällt, die Dinge "nicht allzu drastisch" darzustellen. Wir wollen uns aber gleich der wichtigsten Frage zuwenden: Welche Konsequenzen zieht die "Regierung der Volkseinheit" daraus? Teitelboim antwortet:

"Wir können ... nicht einfach alle Leute auswechseln. Dagegen steht das Verwaltungsstatut, wendet sich der Rechnungshof der Republik, steht der Mangel an Geld." (27) Ansonsten hört man nur noch die reichlich unverbindliche Forderung, daß das Volk "innerhalb der Verwaltung mitbestimmen" muß. Die Probleme und Gefahren werden gesehen, aber dennoch: Kapitulation vor der bürgerlichen Gesetzesordnung. "Verwaltungsstatut", "Rechnungshof", "Mangel an Geld" - das sind die einzigen "Argumente",

die das KP-Politbüromitglied Teitelboim der mangelnden Entschlußkraft der Allende-Regierung vorzuschützen vermag.

Sicher, es gibt auch andere Stimmen aus den Reihen der Unidad Popular. Bezeichnenderweise kommen diese jedoch nicht von den führenden Leuten der KP Chiles. Diese Stimmen kommen von der MAPU ("Bewegung der einheitlichen Volksaktion"), deren Mitglieds- und Wählerbasis in erster Linie im Landproletariat liegt, und dort vor allem bei den Mapuche-Indianern. Der stellvertretende Generalsekretär der MAPU, Enrique Correa, faßt die Haltung der MAPU zur Frage der noch bestehenden bürgerlichen Administration in Chile folgendermaßen zusammen:

"Nach unserer Meinung gibt es so viele öffentliche Funktionen, weil die industrielle Entwicklung des Landes unzureichend ist. Das kann nur mit der Abhängigkeit, mit der deformierten Entwicklung, mit der vom Imperialismus intervenierten Entwicklung erklärt werden. Eine sozialistische Revolution muß dieses Problem lösen, weil sie Produktionsenergie freisetzt, welche der Imperialismus niedergehalten hatte. ... Wir meinen, daß in dem Maße, in dem wir Fortschritte machen, der Staatsapparat vereinfacht und immer mehr Kraft auf die produktive Arbeit verwandt werden kann. ... Unsere Hauptaufgabe besteht nicht darin, uns des bürgerlichen Staates zu bedienen, sondern darin, ihn zu zerstören. Wir werden uns nicht des Staates bedienen, wie sich die Bourgeoisie immer des Staatsapparates bedient hat, auch wenn wir im Rahmen der bürgerlichen Legalität an die Regierung gekommen sind." (28)

Die MAPU hat auch bislang nicht die übertriebene Beateuerung der "Legalität" und der "Einhaltung der Gesetze" mitgemacht, die von den Führungen der anderen Parteien in der Unidad Popular zu hören sind. Stattdessen hat sie betont, daß man keinem Legalismus verfallen darf, daß die "bürgerliche Legalität" nur die verschleierte Diktatur der herrschenden Klassen ist, und daß es darauf ankomme, eine "neue Legalität" zu schaffen, die Legalität des Volkes. Gleichfalls hat die MAPU gefordert, daß die drei die Arbeiterklasse vertretenden Parteien (KP, Sozialisten, MAPU) auf die Schaffung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse hinarbeiten müßten. Sowohl die Kommunistische als auch die Sozialistische Partei lehnen dies ab. Von Seiten der KP Chiles war sogar zu hören, daß sie das Mehrparteiensystem einschließlich der organisatorischen Zersplitterung der Arbeiterklasse auch im Sozialismus aufrechterhalten wolle. Das sind zumindest recht neuartige Träumereien über die sozialistische Gesellschaft.

Die MAPU ist allerdings sehr klein und hat mit ihren fortschrittlicheren Auffassungen gegenüber ihren Bündnispartnern recht wenig Einfluß. Im Zusammenhang mit der verschärften Offensive der Konterrevolution sind natürlich auch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Unidad Popular krasser hervorgebrochen. In der Sozialistischen Partei hat sich ein linker Flügel gebildet, der in gewisser Opposition zur Regierungspolitik steht. Aber gegenwärtig

ist es so, daß die Linie des Zurückweichens vor der Konterrevolution, die vor allem von der KP Chiles, der Radikalen Partei und den einflußreichsten Führern der Sozialistischen Partei vertreten wird, die Oberhand hat.

Illusionen über das chilenische Militär

Die Einstellung der Führer der Unidad Popular zu den Machtinstrumenten der herrschenden Klassen ist mit Gutgläubigkeit allein schon nicht mehr zu erklären. Das wird besonders deutlich an ihrer Haltung gegenüber dem chilenischen Militär. Da heißt es in der Resolution des XIV. Parteitages der KP Chiles vom November 1969:

"Wir Kommunisten sind nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee. Die Armee ist eine staatliche Einrichtung. Es ist ganz klar, daß diese Einrichtung nicht die bewaffnete Hand des Volkes ist. Die Armee muß aber auch nicht unbedingt ein Anhängsel des Imperialismus und ein willfähriger Diener der Reaktion sein. Obwohl wir Kommunisten jegliche militärische Lösung ablehnen, richten wir doch keine unüberwindliche Wand zwischen der Zivilbevölkerung und der Armee im Kampf für die Lösung der Probleme des Volkes auf" (29)

Volodia Teitelboim meint, daß der "Rechtstitel" der Allende-Regierung, d. h. ihr Wahlsieg nach den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus, "auch die Streitkräfte zur Verteidigung der konstitutionellen Regierung verpflichtet." (30) Und Luis Corvalan führte unmittelbar nach dem Wahlsieg der Unidad Popular zur Frage der Armee aus:

"Freilich dürfen die Bedingungen, unter denen sich die Streitkräfte formierten, und besonders die Tatsache, daß ihre militärische Ausbildung in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluß des Pentagon (US-Kriegsministerium) stand, nicht außer acht gelassen werden. Doch das heißt keineswegs, daß man sie für treue Diener des Imperialismus und der herrschenden Klassen halten kann. Die Armee und die Marine wurden im Unabhängigkeitskampf geboren. Die Soldaten und Unteroffiziere aller drei Waffengattungen stammen aus armen sozialen Schichten, fast alle Offiziere kommen aus dem Mittelstand. Vertreter der Oligarchie und der wohlhabendsten Bourgeoisie wählen für ihre Söhne schon lange nicht mehr die Militärlaufbahn. Zu berücksichtigen ist ferner, daß heute nicht eine einzige öffentliche Institution den sozialen Stürmen in der Welt, dem Schicksal der Millionen und aber Millionen in grauenhaftem Elend lebenden Menschen gegenüber teilnahmslos bleibt. Die Position der Streitkräfte der Dominikanischen Republik während der USA-Invasion und der fortschrittliche Charakter der Militärregierung in Peru zeigen, daß man an die Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehen darf. Allerdings tun Umgestaltun-

gen auch in den militärischen Institutionen not, doch man kann sie nicht aufzwingen. Sie müssen von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen. Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen." (31) Zunächst ist hier wohl eine Korrektur angebracht. Corvalar spekuliert offenbar auf die Unkenntnis einiger Leute, wenn er die "Position der Streitkräfte der Dominikanischen Republik während der USA-Invasion" als Beweis dafür anführt, "daß man an die Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehen darf." Wir wollen deswegen kurz die tatsächliche Rolle der dominikanischen Armee in Erinnerung rufen:

Seit 1930 hatte in der Dominikanischen Republik ein grausames Militärregime geherrscht, an dessen Spitze der Füh-

der herrschenden Klassen der Dominikanischen Republik und des US-Imperialismus ein. Schon im September 1963, nur zehn Monate nach seiner Wahl zum Präsidenten, wurde er durch einen Militärputsch gestürzt, an dessen Organisation auch die US-Militärmission in Santo Domingo (der Hauptstadt des Landes) mit beteiligt war. Bosch mußte emigrieren und in der Dominikanischen Republik wurde erneut eine Militärjunta installiert, die die brutale Tradition Trujillos fortsetzte. Aber im dominikanischen Volk war während der kurzen Zeit der Bosch-Regierung ein Freiheitswille erwacht, der nicht mehr so leicht niederzuknüppeln und niederzuschießen war. Das Volk wollte Bosch an die Regierung zurückrufen. Auch Teile der Armee schlossen sich der Bewegung des Volkes an. Im April 1965



Elendsquartier in Chile

rer der von den USA ausgebildeten dominikanischen Nationalgarde, Trujillo, stand. Durch die Ermordung Trujillos 1961 eröffnete sich dem dominikanischen Volk die Möglichkeit, sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. 1962 konnte das dominikanische Volk erstmals in seiner Geschichte seinen Präsidenten frei wählen. Mit großer Mehrheit bestimmte es dazu Juan Bosch, den Führer der "Revolutionären Partei". Bosch versprach eine Reihe von Reformen durchzuführen. Unter anderem kündigte er eine neue Verfassung und eine Agrarreform an. Des weiteren erlaubte er die freie politische Betätigung kommunistischer Gruppen, die unter Trujillo wie Freiwild gejagt und zur Strecke gebracht worden waren. Mit diesen Reformen handelte er sich allerdings sehr schnell die Feindschaft

war diese Bewegung so stark geworden, daß sich die Militärjunta alleine nicht mehr halten konnte. Sie mußte zurücktreten. Doch ehe das Volk seine Freiheit zurückkämpfen konnte, startete der US-Imperialismus seine Invasion. In kürzester Zeit wurden zehntausende Mann US-Truppen in die Dominikanische Republik eingeschifft, um die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen. Der US-Imperialismus fürchtete ein "zweites Cuba". Unzählige Menschen wurden von US-Truppen und von dominikanischen Streitkräften bestialisch niedergemetzelt. Juan Bosch schrieb später nieder, daß allein im Mai 1965 im nördlichen Teil der dominikanischen Hauptstadt 2000 Menschen ermordet wurden. Weiter: "Diese Massaker wurden "Säuberungsaktionen" genannt und allem Anschein nach mit Billigung

der OAS von dominikanischen Truppen unter nordamerikanischer Leitung durchgeführt." (32)

Ein Teil der Armee hatte sich auf die Seite des Volkes gestellt. Aber es waren dominikanische Truppen, die mit Hilfe von Invasionsstreitkräften der USA diese Bewegung niedermetzten. Wenn Corvalan diese Tatsachen verschweigt und "großzügig" darüber hinwegsieht, daß dominikanische Truppen jahrzehntelang im Auftrag der herrschenden Klassen der Garant grausamer Militärdiktaturen waren - wenn er stattdessen "die Position der Streitkräfte der Dominikanischen Republik während der USA-Invasion" als Beweis für seine angeblich "undogmatische", in Wahrheit aber opportunistische Einstellung zum chilenischen Militär anführt, so treibt er ein widerwärtiges Täuschungsmanöver und Lügengeschäft.

Doch sehen wir weiter. In jeder Armee eines bürgerlichen Staates ist das Offizierskorps mit dem Geist zur Verteidigung dieses Staates durchsetzt, mit dem Geist zur Aufrechterhaltung der bestehenden Unrechtsverhältnisse. Bei den Soldaten wird ein solcher Geist systematisch heranzuziehen versucht. In Chile ist das nicht anders. Das gesteht Corvalan selbst auch ein, wenn er davon spricht, daß in der chilenischen Armee die "militärische Ausbildung in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluß des Pentagon stand." Corvalan will doch wohl nicht Glauben machen, daß das US-Kriegsministerium in der chilenischen Armee einen sozialistischen Geist verbreitet oder auch nur geduldet hätte?! In fast allen Ländern Lateinamerikas übt das Pentagon diesen Einfluß aus, bildet es in Komplizenschaft mit dem US-Geheimdienst CIA spezielle Anti-Guerilla-Truppen aus Einheiten der nationalen Armeen aus, um noch wirkksamere Instrumente gegen revolutionäre Bewegungen der Völker heranzuziehen. Offiziere fast aller lateinamerikanischen Armeen werden auf Kriegsschulen in die USA geschickt, um ihr volksfeindliches Handwerk in aller Vollkommenheit zu beherrschen, um die Methoden in die Armeen ihrer Länder einzuführen, die das US-Kriegsministerium in Vietnam, Laos, Kambodscha, Korea usw. erprobt hat. Will man da ernsthaft bezweifeln, daß hier "treue Diener des Imperialismus und der herrschenden Klassen" herangebildet werden?!

Was die einfachen Soldaten angeht, die Söhne des Volkes, die in die bürgerlichen Armeen rekrutiert werden, so ist deren Situation sicher "nicht einseitig" zu beurteilen. In allen bürgerlichen Armeen entwickelt sich bei den einfachen Soldaten im Laufe der Zeit auch ein Geist der Auflehnung gegen die Unterdrückung in der Armee, gegen den blinden Gehorsam, den sie dem bürgerlichen Offizierskorps und dem kapitalistischen Staat schulden sollen. Aber dieser Geist, der sich mit der Bewegung der Volksmassen tatsächlich verbinden kann und die bürgerliche Armee langsam von innen zersetzt, entwickelt sich nach aller Erfahrung zumeist erst dann zu einer bedeutenden Kraft, wenn die Soldaten in Kriegs- oder Bürgerkriegszeiten bei der Ausübung grausamer Ungerechtigkeiten gegen das Volk und bei der Erfahrung des eigenen Elends

verstanden haben, in wessen Diensten sie stehen, und wenn sie zu verstehen beginnen, daß sie sich gegen das bürgerliche Kommando auflehnen müssen. So kann aus bürgerlichen Armeen eine revolutionäre Strömung herauswachsen; aber das ist in "ruhigen Zeiten" nicht so leicht möglich.

Wir haben zahlreiche Beispiele aus der Geschichte dafür vor Augen. Im ersten Weltkrieg haben nach drei Jahren Mord und Elend zahlreiche Soldaten der russischen und der deutschen Armee den imperialistischen Charakter dieses Krieges erkannt. Viele widersetzen sich dem bürgerlichen Kommando und ein Teil richtete die Waffen gegen die "eigene" Bourgeoisie. So halfen sie den imperialistischen Krieg beenden. In Rußland und Deutschland entstanden Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). In Rußland entwickelt sich die Rote Armee, die im Dienst der revolutionären Arbeiterbewegung stand, und viele Arbeiter, die ehemals als Soldaten in der zaristischen Armee und unter der bürgerlichen Kerenski-Regierung gekämpft hatten, traten in diese Armee des Volkes ein.

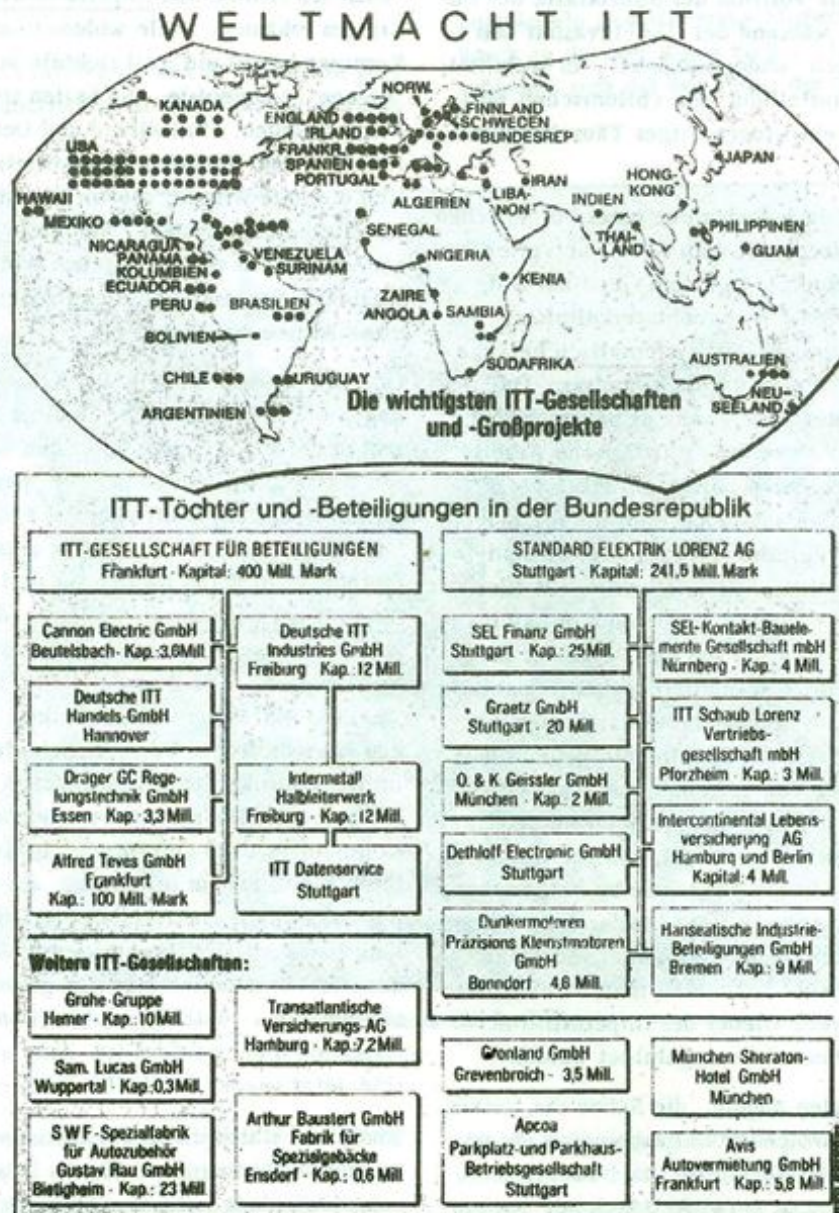
Oder wenn wir uns heute den Krieg des US-Imperialismus gegen die indochinesischen Völker anschauen: Nach langen Jahren entwickelte sich unter den nach Indochina geschickten US-Soldaten ein Geist der "passiven Auflehnung." Sie sahen immer deutlicher das Elend, das ihre Kriegshandlungen verbreitete. Viele erkannten, daß die "Freiheit", in deren Namen sie dort kämpften, die Freiheit der herrschenden Klassen der USA und Indochinas ist, daß sie keinen Krieg für das Volk, sondern gegen das Volk führten. Die Zersetzung der US-Truppen und die "passive Auflehnung" fanden ihren Ausdruck im steigenden Rauschgiftgenuß der US-Soldaten, der die Truppe immer mehr kampfunfähig machte. Es kam auch in einigen Fällen zur aktiven Auflehnung, wo Soldaten den Kommandos ihrer Offiziere nicht mehr folgten und lieber ihren Kommandeur erledigten, als weiter die Waffe gegen die indochinesischen Völker zu richten. Diese Entwicklung innerhalb der US-Armee hat dazu beigetragen, daß der USA-Präsident Nixon den größten Teil der Bodentruppen aus Indochina abziehen mußte (womit freilich die US-Agression nicht beendet ist, denn umso brutaler führen die USA jetzt wieder den Luft- und Seekrieg).

Zurück zu Chile. Was die chilenische Armee betrifft, so sind die Bedingungen für das Entstehen einer revolutionären Bewegung unter den chilenischen Soldaten gar nicht so günstig, wie Corvalan vorspiegelt. Corvalan hat nämlich einen entscheidenden Punkt bei seiner "undogmatischen Einschätzung" unerwähnt gelassen: Die chilenische Armee besteht nicht aus Wehrpflichtigen, sondern ist ein Berufsheer. (33) Da spielt die "soziale Zusammensetzung", auf die der KP-Generalsekretär so nachdrücklich hinweist, eine viel geringere Rolle als in einem Wehrpflichtigenheer. Denn in das Berufsheer eines bürgerlichen Staates treten nur solche Männer ein, die sich freiwillig für die Verteidigung dieses Staates hergeben. Diejenigen, die dem bürgerlichen Staat kritisch gegenüberstehen oder gar

für dessen Beseitigung eintreten, werden sicher nicht freiwillig ihren Arm für seine Aufrechterhaltung mißbrauchen lassen.

Bei alledem die Auffassung zu vertreten, daß man "Umgestaltungen in den militärischen Institutionen nicht aufzwingen" darf, sondern daß diese "von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung (die eben eine bürgerliche Überzeugung ist!) entspringen" muß, ist blanke Kapitulation vor den Machtinstrumenten der herrschenden

tatsächlich taugen? Denken wir an Concepcion, wo die paramilitärische Polizei eine Demonstration revolutionärer Arbeiter und Studenten auseinandertrieb und dabei sogar einen Genossen tötete! Erinnern wir uns ferner an die von der Unidad Popular aufgedeckten Putschpläne. Der US-Konzern ITT wollte mit Unterstützung des US-Außenministeriums die Regierungsübernahme durch die Unidad Popular verhindern. Vorbild dafür war die US-Invasion in der Dominikanischen Republik 1965. Dabei wollte sich



(Graphische Darstellung aus „Der Spiegel“ vom 3.4.1972)

Klassen. "Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen" - wenn man die Dinge derart zynisch ihrem eigenen Lauf überläßt, dann wird man sicher alles andere erreichen, nur nicht die Beseitigung der Herrschaft von Kapital und Großgrundbesitzertum.

Sind nicht in Chile selbst schon Beispiele dafür erbracht worden, was der "eigenen Überzeugung der Militärs" entspringt und wozu die alten bürgerlichen Machtinstrumente

ITT natürlich auch auf die chilenischen Streitkräfte stützen. Der chilenische General Roberto Viaux, der inzwischen im Santiagoer Gefängnis sitzt, war zur Übernahme der Regierungsgewalt bestimmt. Das ist gescheitert, aber das chilenische Militär hat mit Sicherheit nicht nur einen Viaux hervorgebracht, der sich den schmutzigen Plänen des Imperialismus zum Sturz der "Regierung der Volkseinheit" verdingt. Und Viaux ist doch auch bislang

nicht der einzige, von dem derartige Absichten bekannt wurden. Ende März dieses Jahres wurde der chilenische Armeegeneral Greene Baquedano im Zusammenhang mit Putschplänen festgenommen. Baquedano wurde allerdings nach knapp einer Woche wieder auf freien Fuß gesetzt. Von einem Militärrichter der chilenischen Streitkräfte!

Nein, die chilenische Armee kann kein Garant für die Macht der Arbeiter und Bauern sein. Wer das behauptet, verbreitet gefährliche Illusionen und hindert die Arbeiter und Bauern an der Errichtung ihrer tatsächlichen Herrschaft. Im März 1917, als in Rußland die Frage der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht immer drängender an die Spitze der Tagesordnung rückte, schrieb Lenin in einem Brief über die proletarische Miliz:

Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden, wie Polizei, Armee und die Bürokratie (Beamtentum). Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine lediglich vervollkommen, lediglich einer Partei genommen und einer anderen übergeben.

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution behaupten und weitergehen will, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erringen will, diese "fertige" Staatsmaschine, um Marx' Worte zu gebrauchen, "zerbrechen" und sie durch eine neue ersetzen, bei der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk zu einer Einheit verschmolzen sind. Wie die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 zeigen, muß das Proletariat alle armen, ausgebeuteten Teile der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie die Organe der Staatsmacht selbst und unmittelbar in ihre Hände nehmen, damit sie selbst die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.

(Alle Hervorhebungen von Lenin). (34)

Und zwei Monate später schrieb Lenin in einem Brief an die Delegierten des gesamtrussischen Kongresses der Bauerndeputierten:

Wir wollen eine Republik, in der es keine das Volk verhöhrende Polizei gibt, in der alle Beamten, von unten bis oben, ausnahmslos gewählt werden müssen und jederzeit auf Verlangen des Volkes abgesetzt werden können, in der das Gehalt dieser Beamten den Lohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt, in der ebenso in der Armee alle Vorgesetzten gewählt werden müssen und in der das vom Volk isolierte stehende Heer, das der Befehlsgewalt volksfremder Klassen untersteht, ersetzt wird durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Volksmiliz.

Wir wollen eine Republik, in der die ganze Macht im Staate von unten bis oben ausschließlich und restlos den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten gehört. (35)

Erst wenn die Arbeiter und Bauern selbst alle Waffen in der Hand haben, ist die Gewähr gegeben, daß diese Waffen nicht mehr gegen das Volk mißbraucht werden. Dieser Weg hat in Rußland zum Erfolg geführt und in China. Und dieser Weg führt gegenwärtig in Vietnam, Laos und Kambodscha zum Erfolg.

Die Unidad Popular und die „Linksradikalen“

Gleichzeitig mit dem zunehmenden Zurückweichen der "Regierung der Volkseinheit" vor der Offensive der Konterrevolution steigert sie ihren Kampf gegen die "ultralinken Abenteurer". Wir berichteten bereits, daß die Führer der KP Chiles Allende drängen wollten, mit den Christdemokraten Vereinbarungen über den Kampf gegen die "Rechts- und Linksextremisten" zu treffen. Dies ist gescheitert, weil die Vorstellungen der Allende-Regierung den Christdemokraten noch nicht weit genug gingen. Es ist aber typisch für die jüngste Entwicklung in Chile, daß die Führer der Unidad Popular sich immer häufiger der demagogischen Gleichsetzung von "linksradikal" und rechtsradikal bedienen. Das geht soweit, daß sie alle linken Kritiker der Allende-Regierung beschuldigen, mit der Reaktion gemeinsame Sache zu machen.

Es ist richtig, daß es in Chile "linke" Gruppen gibt, die in Wirklichkeit Tarnorganisationen der Konterrevolution sind und den Auftrag haben, Provokationen anzuzetteln und Verwirrung unter den Arbeitern und Bauern zu stiften. Ein Beispiel dafür ist die "Vanguardia Organizada del Pueblo" (VOP - "Avantgardeorganisation des Volkes"), die mit pseudo-linkem Geschwätz auftritt und für die Ermordung des ehemaligen christdemokratischen Innenministers Edmundo Perez Zujovic verantwortlich ist. Die VOP ist - wie inzwischen aufgedeckt wurde - mit Rechtsradikalen und CIA-Agenten durchsetzt.

Dies diente der Allende-Regierung seitdem, alle von ihr so benannten "linksradikalen" Gruppen zu diffamieren. Das war nicht immer so. Zu Beginn der Unidad Popular hat die KP Chiles noch oft ausgeführt, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken der wirkliche Feind nicht aus den Augen gelassen werden dürfte und daß der "ideologische Kampf mit den Ultralinken brüderlich ausgetragen" (36) werden müsse. Erst seitdem die Konterrevolution ihre Angriffe ungeheuer verstärkte, nahmen auch die Diffamierungen der "ultralinken Abenteurer" von Seiten der Führer der Unidad Popular zu. Man muß dies wohl als eine Art Pilatus-Gericht verstehen: nachdem die Unidad Popular lange Zeit die von der Konterrevolution

drohenden Gefahren heruntergespielt hat, wäscht sie jetzt ihre Hände in Unschuld und schiebt den Schwarzen Peter in bekannter sozialdemokratischer Manier den "Rechts- und Linksradikalen" zu, die diese Gefahren angeblich erst provoziert hätten.

Die am heftigsten von den Führern der Unidad Popular befehdelte Gruppe auf der linken Seite ist die "Movimiento de Izquierda Revolucionario" (MIR - "Bewegung der revolutionären Linken"). Die MIR ist auch die bedeutendste der links von der Unidad Popular stehenden Gruppen. Sie hat unter dem armen Landproletariat einen gewissen Einfluß und auch unter einem Teil der Industriearbeiterschaft. Die MIR hat eine Reihe von Landbesetzungsaktionen, Hausbesetzungen und Fabrikübernahmen unterstützt und organisiert. Die Landbesetzungsaktionen können nur noch bewaffnet durchgeführt werden, da die Großgrundbesitzer militärische Privattruppen aufgestellt haben, die zum "Schutz des Privateigentums" bereits zahlreiche revolutionäre Bauern erschlagen und erschossen haben. Bei den Fabrikübernahmen verbindet die MIR die von ihr unterstützten und organisierten Aktionen zumeist mit der Forderung nach entschädigungsloser Enteignung. Die Verstaatlichungen, die von der Allende-Regierung durchgeführt werden, laufen hingegen zumeist auf eine recht "großzügige" Entschädigung der Kapitalisten aus den Steuergeldern des Volkes hinaus. Nur in Einzelfällen, wie z. B. bei den US-Kupferkonzernen Kennecott und Anaconda, hat die Allende-Regierung durch eine "Gegenrechnung" versucht, um diese Entschädigungszahlung herumzukommen. Wie die linksstehende chilenische Zeitung "Punto Final" allerdings vor drei Monaten meldete, sollen die US-Konzerne inzwischen "wieder neue Hoffnung gefaßt" haben, doch noch Gelder von der Regierung zu erhalten. Ein ehemaliger Minister der Allende-Regierung bemühte sich in Gesprächen mit dem US-Botschafter um eine "harmonische Lösung" dieser Frage. (37)

Besonders die mit Hilfe der MIR durchgeführten Landbesetzungsaktionen wurden von den herrschenden Klassen und den Rechtsparteien zum Anlaß genommen, die "Regierung der Volkseinheit" unter Druck zu setzen. Sie machten die Allende-Regierung für diese Aktionen verantwortlich und forderten ein Eingreifen der Regierung gegen die "linksradikalen Gruppen". Die Allende-Regierung ließ sich dadurch einschüchtern, anstatt sich auf die Seite des Rechts der armen Klassen zu stellen. Propagandistisch versucht die Unidad Popular die Bedeutung dieser Aktionen herabzumindern und zu verurteilen. So erklärte Pedro Fuentes in der "Weltbühne" vom 7. März 72: "Kaum 0,1 Prozent des angebauten Landes sind von diesen wilden Besetzungen betroffen." (38) Und Jorge Texier, Politbüromitglied der KP Chiles, verurteilte diese Landbesetzungsaktionen jüngst in einem Aufsatz über den "kleinbürgerlichen Revolutionarismus in Chile" als einen "durch nichts gerechtfertigten Angriff auf die kleinen (!) und mittleren Grundbesitzer", der die "politisch ungeschulten Bauern" desorientieren würde. (39) Andererseits hat die Regierung mittlerweile auch schon verschiedentlich ihre Polizei gegen die landbesetzenden

Bauern und zum Schutz der Grundbesitzer eingreifen lassen.

Ursprünglich hat die MIR eine unentschlossene und tatsächlich mit einigen "linksradikalen" Fehlern behaftete Haltung gegenüber der Unidad Popular eingenommen. Einige Monate vor den Präsidentenwahlen vom September 1970 beschloß sie, "keine Wahlkampfaktivität im eigentlichen Sinne" zu entfalten. Sie zweifelte, daß die Unidad Popular einen Wahlsieg erringen könnte, und sollte das doch der Fall sein, so rechnete sie mit einem sofortigen Putsch der Rechten und des Imperialismus. Da sie generelle Einwände gegen das Programm der Unidad Popular und eine Kritik an diesem Bündnis wegen seines "rein parlamentarischen Charakters" hatte, wollte sich die MIR darauf konzentrieren, "die Mobilisierung der Massen mit revolutionären Methoden voranzutreiben und direkte Aktionen zu entfachen, die mit dieser Mobilisierung verbunden sind". (40) Darunter wurde z. B. verstanden, Geldenteignungen bei größeren Konzernen und Banken durchzuführen. Das Geld wurde dann in den proletarischen Slums an den Stadträndern von Santiago, Concepcion usw. verteilt. Dort leben Tausende von Menschen, die arbeitslos sind, und die, auch wenn sie mal einen Job haben, dennoch kaum davon ihr täglich Brot kaufen können. In diesen Stadtrand-Slums begann die MIR auch, eine Selbstverwaltung der dort lebenden Menschen und nachbarschaftliche Hilfe zu organisieren.

Noch während des Wahlkampfes begann die MIR dann, ihre "linksradikalen" Fehler zu korrigieren. Das führte im späteren auch zum Ausschluß einer kleinen Gruppe, die ihre super"linken" Aufstands-Theorien nicht aufgeben wollte. Die MIR verwarf ihre ursprüngliche Auffassung, die Massen zum Wahlboykott aufzurufen und rief stattdessen dazu auf, nicht für die Kandidaten der Christdemokraten (Tomic) und der Nationalen Partei (Alessandri) zu stimmen. Bei den Gemeindewahlen im April 1971 rief sie die Massen dann konkret dazu auf, durch Stimmabgabe für die KP Chiles und für die Sozialistische Partei die Unidad Popular gegen die Angriffe der Rechten zu verteidigen.

Die MIR hat mit der Korrektur dieser Fehler natürlich nicht ihre grundsätzliche Haltung zum Programm der Unidad Popular aufgegeben, von dem sie nicht die Verwirklichung des Sozialismus in Chile erwartet. Sie hat den Wahlsieg der Unidad Popular deutlich als einen Schritt vorwärts bezeichnet, der gegen die Reaktion verteidigt werden muß. Sie hat andererseits ihre Auffassung klargestellt, wonach im Programm der Unidad Popular zu einem großen Teil die Interessen der chilenischen Bourgeoisie vertreten werden, die sich mit dieser Hilfe aus ihrer Abhängigkeit von den ausländischen Monopolen lösen will und die Beseitigung feudaler Produktionsstrukturen fordert, um "ihre" Industrie schneller aufbauen zu können.

Die MIR ist auch stets den Illusionen entgegengetreten, die von den Führern der Unidad Popular hinsichtlich eines Bündnisses mit Teilen der Bourgeoisie und hinsichtlich der Gefahr eines Putsches durch die ausländischen und einheimischen Konzerne verbreitet werden. In einer Erklä-

rung, die das Generalsekretariat der MIR noch zwischen dem Wahlsieg der Unidad Popular im September 1970 und der Regierungsübernahme im November 1970 veröffentlichte, heißt es:

"Man kann nicht hoffen, daß wichtige Teile der Bourgeoisie sich mit der UP verbinden könnten, um eine antiimperialistische Politik zu entwickeln ... Unserer Meinung nach bestehen die herrschenden Klassen aus den Nordamerikanern und der einheimischen Industrie-, Finanz- und Agrarbourgeoisie. Wir anerkennen nicht eine Existenz von guten oder schlechten Unternehmern." (41)

In aller Klarheit warnte das Generalsekretariat der MIR schon damals vor übertriebener Zuversicht in die "völlige Niederlage" der Konterrevolution:

"Man muß deutlich den enormen Unterschied herausstellen, der zwischen dem momentanen politischen Rückzug der herrschenden Klassen (damit ist der Wahlsieg der Unidad Popular gemeint; d. Verf.) und einer strategischen Niederlage von ihnen besteht, die sehr weit davon entfernt ist, bereits vollzogen zu sein." (42)

Weiter wird erklärt:

"Ferner glauben wir, daß eine Verzögerung des Programms eine Gegenoffensive des Imperialismus und der Bourgeoisie provozieren wird, was zusammen mit den Energien und Wünschen, die auf Massenebene freigesetzt werden, eine schnelle Durchführung der Maßnahmen zwingend notwendig macht. Deshalb unterstützen wir aktiv die Maßnahmen, die das Programm der UP vorsieht, obwohl es nicht mit dem unseren identisch ist." (43)

Die Voraussagen des Generalsekretariats der MIR, wonach die Konterrevolution umso frecher vorgehen wird, wenn die "Regierung der Volkseinheit" in der Durchführung der angekündigten Maßnahmen zögert und zurückweicht, scheinen sich gegenwärtig zu bestätigen. In der Erklärung des Generalsekretariats der MIR heißt es weiter:

"Gemäß den heute in Chile bestehenden Bedingungen stellt die Inbesitznahme der Regierung das Recht dar, die öffentlichen Ämter des Präsidenten, der Minister etc. zu besetzen durch Mitglieder der UP. Da aber der Staatsapparat, seine bürokratischen und militärischen Strukturen unverändert bleiben, kann man über sie nicht hinweggehen; sie bleiben weiterhin ein Herrschaftsinstrument und behalten ihre Klassenfunktion bei. Nach Lenin sind diejenigen, die tatsächlich regieren, die große Zahl mittlerer Funktionäre, der Technokraten, Bürokraten und Militärs in den Ministerien, Untersekretäre und Körperschaften etc., welche nur durch eine Revolution beseitigt werden können.

Ob man von einer 'Linksregierung' ausgehend zu vorgerückten Positionen auf dem Wege zum Sozialismus vorschreiten kann, hängt davon ab, ob man den kapitalistischen Staatsapparat zerstört oder ihn bestehen läßt; es hängt ferner ab von der effektiven Teilnahme der Massen, von der revolutionären Zusammensetzung der politischen Kräfte, die jenen Prozeß vorantreiben und von den Mit-

teilmachern, die sie anwenden im Kampf gegen den Imperialismus und gegen das Finanz-, Industrie- und Agrarkapital. All das sichert die revolutionäre Ausrichtung dieses Prozesses und schließt mit Sicherheit eine bewaffnete Konfrontation zwischen den herrschenden Klassen und den Arbeitern ein." (44)

Die MIR hält an der Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung fest, wonach ein bewaffneter Kampf notwendig ist, um die herrschenden Klassen zu vertreiben. Freiwillig werden sie nicht gehen. Deshalb kommt es darauf an, die Arbeiter und Bauern darauf vorzubereiten, ideologisch und praktisch. Das erfordert die ständige Aufklärung (und kein Herunterspielen!) der aggressiven Absichten der Reaktion, die Mobilisierung und Organisation der Arbeiter und Bauern gegen die Pläne der herrschenden Klassen, die Aufstellung politischer Machtorgane, die direkt in den Händen der Arbeiter und Bauern liegen, und die Unterweisung der Arbeiter und Bauern im bewaffneten Kampf. Die MIR versucht diese Aufgaben unter immer heftigeren Anschlägen der Reaktion und unter zunehmenden Repressionen seitens der Allende-Regierung wahrzunehmen.

Besondere Bedeutung kommt dabei gegenwärtig den Landbesetzungen zu. Durch die "weißen Gärten" der Großgrundbesitzer wurde die MIR gezwungen, dort bereits mit dem bewaffneten Kampf zu beginnen.

Die "weißen Gärten" sind besonders zahlreich im Gebiet zwischen Osorno und Temuco, ein Gebiet, das den Mapuche-Indianern gehörte und dann vor allem von "deutschstämmigen" Großgrundbesitzern "kultiviert", d. h. unter sich aufgeteilt wurde.

Nach Angaben der MIR kontrollieren die aus den armen Bauern zusammengestellten bewaffneten Einheiten heute bereits das ganze Grenzgebiet zwischen Temuco und Talca. Im Küstengebiet und im zentralen Tal ist ihr Einfluß noch nicht so groß.

In einem Interview, das "Le Monde" Anfang Juni wiedergab, berichtete ein Genosse der MIR, daß der Erfolg ihrer Arbeit in diesem Gebiet recht gut sei und man sich nun den ernstesten Problemen der Organisation zuwenden müsse. In der Tat besteht bei der völlig revisionistischen und in letzter Konsequenz bürgerlichen Politik, die die Parteien der Unidad Popular betreiben, die unbedingte Notwendigkeit, daß die chilenischen Arbeiter und Bauern sich in ihren Kämpfen eine Organisation schaffen, die ihren Kampf auf revolutionäre Weise anzuleiten versteht. Die MIR kann diese Aufgabe insgesamt noch nicht wahrnehmen. Ihr Einfluß bleibt gegenwärtig noch auf relativ kleine Gebiete begrenzt und die chilenischen Arbeiter und Bauern können ihr auch noch nicht volles Vertrauen entgegenbringen, weil sie einerseits noch lange keine ausreichenden Erfahrungen mit der zum Scheitern verurteilten Politik der Unidad Popular gemacht haben und andererseits die MIR erst eine sehr junge Organisation ist, die sich erst durch beharrliches Ringen das Vertrauen der chilenischen Arbeiter und Bauern erkämpfen und verdienen muß.

Wie schwach der Einfluß der MIR trotz begrenzter Erfolge insgesamt noch ist, zeigen die Gewerkschaftswahlen. Die Zahlen, die bislang bis zu uns durchgedrungen sind, besagen, daß die MIR nur rund 2% der Stimmen erringen konnte.

Aus der Geschichte lernen!

Es gab schon einmal eine Volksfront-Regierung in Chile und man tut gut daran, sich die damaligen Erfahrungen in Erinnerung zu rufen.

Das erste Bündnis wurde auf Initiative der Kommunistischen Partei im März 1936 geschlossen. Neben der KP gehörten die Sozialisten, Sozialdemokraten, die Radikale Partei und die Gewerkschaften dazu. Nach einem gescheiterten Putschversuch der chilenischen Nazis im September 1938 errang das Volksfront-Bündnis einen eindeutigen Wahlsieg. Regierungspräsident wurde Pedro Aguirre Cerda, der dem rechten Flügel der Radikalen Partei angehörte. Die KP war zwar am Bündnis beteiligt und unterstützte die Regierung, stellte selbst aber keine Minister.

Diese erste Volksfront zerbröckelte schnell wieder. Zuerst, 1940, trat der Gewerkschaftsverband aus. 1943 zogen die Sozialisten sich aus der Regierung zurück und richteten fortan heftige Angriffe gegen die KP. Dies geschah, nachdem sich in der Sozialistischen Partei eine neue Führungsgruppe durchgesetzt hatte, an deren Spitze Salvador Allende Gossens stand - der heutige Präsident einer neuen Volksfront-Regierung.

1946 wurde die Volksfront wiederbelebt. Es wurde eine neue Regierung unter Gabriel Gonzalez Videla gebildet, die von der KP, der Radikalen Partei und den Liberalen unterstützt wurde. Gonzalez gehörte wie Aguirre den Radikalen an. Die KP erhielt erstmalig auch drei Ministerposten - allerdings nicht lange. 1948 warf der "Bündnispartner" Gonzalez sie aus der Regierung raus und ließ die KP verbieten. Dieses Verbot wurde erst 1958 nach zehnjähriger Illegalität wieder aufgehoben. Der Rest der "Volksfront" (ohne Kommunisten) regierte bis 1952 weiter. Danach folgten 12 Jahre offen reaktionäre Regimes, eine Zeit brutaler Unterdrückung des chilenischen Volkes. Diese Periode wurde 1964 durch die christdemokratische Frei-Regierung abgelöst, die mit ihrem demagogischen Konzept der "Revolution in Freiheit" einen Kurs der Scheinreformen und kleinen Zugeständnisse steuerte, der allerdings den Arbeitern und Bauern mehr Täuschung als Brot brachte.

Die Jahre von 1938 bis 1952, in der es zwei Versuche von "Volksfront"-Regierungen gab, führten zur Sanierung der alten Ausbeutungsverhältnisse. In dieser Zeit wurde die Wirtschaft zugunsten der herrschenden Klassen stabilisiert und die Industrialisierung gestärkt. Diese Jahre brachten aber noch nicht eine Loslösung von den imperialistischen Mächten des Auslands. Mit der gegenwärtigen Neuauflage der "Volksfront"-Regierung hofft die chilenische

Bourgeoisie das gleiche Ziel zu erreichen, wobei wieder sehr ungewiß ist, ob es dieses Mal gelingt.

Ähnliche Erfahrungen wurden auch in anderen Ländern gemacht. Weder die Volksfront-Regierung in Spanien, die im Februar 1936 aufgrund eines überlegenen Wahlsiegs gebildet wurde, noch das Volksfront-Bündnis in Frankreich, das ein dreiviertel Jahr später siegte, brachten die Arbeiter in ihrem Kampf für den Sozialismus voran. Beide wurden, wie sämtliche (auch die gegenwärtige) Volksfront-Regierungen in Chile, in einer aktuellen Krise der herrschenden Klassen gebildet und führten zu nichts anderem, als zur Sanierung dieser Krise im Sinne der herrschenden Klassen.

Die spanische Volksfront-Regierung ließ sogar die ärgsten Feinde der Arbeiterbewegung, die Faschisten, ungeschoren, was dem spanischen Volk zum Verhängnis wurde. Im Juli 1936 begann in Spanien der Putsch faschistischer Truppen, der im März 1939 mit dem Einmarsch der Franco-Truppen in Madrid sein Ende fand. Der spanische Faschismus hat bis heute sein grausames Regiment über das spanische Volk aufrechterhalten können. Ebenso weigerte sich die französische Volksfront-Regierung unter dem Sozialdemokraten Léon Blum, dem spanischen Volk eine Unterstützung im Kampf gegen den Faschismus zu geben. Die Hilfe durch die Internationalen Brigaden, an denen sich proletarische Revolutionäre aus vielen kapitalistischen Ländern beteiligten, reichte nicht aus, um die Franco-Truppen und den mit ihnen verbündeten Hitler-Faschismus niederzuschlagen.

Die internationale Arbeiterbewegung hat bislang keinen einzigen längerdauernden Erfolg mithilfe von "Volksfront"-Regierungen hervorgebracht. Das liegt nicht daran, daß Volksfront-Bündnisse an sich schon schädlich wären. Sie können natürlich eine Unterstützung im Kampf für den Sozialismus bedeuten. Der Kern des Übels liegt in der Politik, die bis heute von jeder "Volksfront" betrieben wurde. Nicht die Verbesserung der Positionen im Kampf für den Sozialismus war ihr Ziel, sondern die Versöhnung mit den herrschenden Klassen, die "Stabilisierung" des bürgerlichen Parlamentarismus. Alle "Volksfront"-Regierungen scheiterten daran, daß sie das Konzept des "legalen Weges" über die bürgerlichen Parlamente verfolgten, daß sie die Arbeiterklasse gegen ihre Feinde politisch und militärisch ungerüstet ließen, daß sie den Grundpfeiler der kapitalistischen Herrschaft, die bürgerliche Staatsmaschine, nicht antasteten.

Die gegenwärtige "Regierung der Volkseinheit" in Chile geht den gleichen Weg und wird ebenso scheitern, wenn nicht eine entschiedene Kursänderung herbeigeführt wird. Die Möglichkeiten dafür sind allerdings äußerst gering, da die bürgerliche Linie in der Unidad Popular eine eindeutig beherrschende Stellung einnimmt. Die chilenischen Arbeiter und Bauern werden die Freiheiten, die ihnen unter der Allende-Regierung gegeben sind, ausnutzen und die Unidad Popular gegen die Offensive der Konterrevolution verteidigen müssen. Aber ein endgültiger Sieg über

die herrschenden Klassen ist mit der Unidad Popular nicht zu erwarten.

Absage an alle Abenteuer

Der Wahlsieg der Unidad Popular im Herbst 1970 und die ersten von der Allende-Regierung durchgeführten Maßnahmen dienten den Revisionisten aller Länder dazu, ihre falsche Theorie zum "friedlichen Übergang" zum Sozialismus zu "untermauern". In Frankreich hat sich im Juni dieses Jahres nach chilenischem Muster ein "Volksfront"-Bündnis gebildet, dem mittlerweile die französische Kommunistische Partei (PCF), die Sozialistische Partei und der "linke" Flügel der Radikalen Partei angehören. Dieses Bündnis richtet seine gesamte Politik auf einen Sieg bei den kommenden Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 aus. Wie in Chile werden dabei die französischen Arbeiter an parlamentarische Illusionen gebunden.

Die DKP hat in der Bundesrepublik ebenfalls den "chilenischen Weg" hochgejubelt und für ihr Konzept der "demokratischen Erneuerung" auszuschlachten versucht. Seitdem das Scheitern des "legalen Weges" in Chile immer offenkundiger wird, tritt die Propaganda der DKP über die Entwicklung in Chile zunehmend in den Hintergrund und macht einer Glorifizierung des französischen "Volksfront"-Bündnisses Platz. Die DKP-Führung hat die westdeutschen Arbeiter und ihre eigenen Genossen über die tatsächlichen Schwierigkeiten der Unidad Popular und über die von der Konterrevolution drohende Gefahr getäuscht. Seit einiger Zeit übt die DKP-Zeitung UZ sich zunehmend im Verschweigen der Gefahren, denen sich das chilenische Volk gegenüber sieht. Erscheint aber doch noch einmal ein kurzer Artikel zur Entwicklung in Chile in der UZ, dann wird übel heruntergespielt, wie etwa in der Ausgabe 36 vom 1. September 72. Der Artikel trug die Überschrift: "Chile braucht die feste Volkseinheit - Die Werktätigen stehen zur Unidad Popular". Darin heißt es zur gegenwärtigen Situation:

"Richtig ist, daß die Unidad Popular und das werktätige Volk Chiles in der Tat mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Schwierigkeiten, die aus der jüngsten Vergangenheit herrühren, als US-Monopole im Verbund mit den chilenischen Großgrundbesitzern Land

und Leute bis aufs Blut aussaugten. Darum, daß diese Schwierigkeiten nicht abreißen, bemühen sich heute die internationale und die einheimische Reaktion ... Als Handlanger der Reaktion erweisen sich verstärkt abenteuerliche ultralinke Gruppen um die MIR (linke revolutionäre Bewegung), die, obwohl an der Zahl unbedeutend, mit provokatorischen Landbesetzungen bei kleinen und mittleren Eigentümern sowie durch Aufrufe zum bewaffneten Kampf die Volkseinheit schwächen wollen.

Die Werktätigen Chiles geben auf all das ihre eigene Antwort: Sie leisten hervorragendes in der Produktion (!!)."

Galanter kann man kaum noch um die tatsächlichen Gefahren in Chile und um die falsche Linie der Unidad Popular herumreden. Die Gefahren und "Schwierigkeiten" sind eben keine der "jüngsten Vergangenheit", was den Eindruck erwecken soll, sie seien "schon so gut wie überwunden" und würden "von Tag zu Tag kleiner". In Nachbeterei des opportunistischen Kurses der Unidad Popular werden Landbesetzungen als "provokatorisch" bezeichnet (das sagt auch die Konterrevolution) und die Vorbereitung auf die bewaffnete Abwehr der Konterrevolution als "Schwächung der Volkseinheit" und "Handlangerdienste der Reaktion" verteufelt. Der Gipfel der Demagogie liegt in der Behauptung (die wohl mehr den Charakter einer zynischen "Empfehlung" hat), daß die Werktätigen Chiles die Gefahren durch "hervorragende Leistungen in der Produktion" abwehren. Wann werden die DKP-Führer wohl dazu übergehen, auch dem vietnamesischen Volk zu empfehlen, die USA-Aggressoren mit einer "Produktionsschlacht" abzuwehren?! Bei einer "politischen Lösung am Verhandlungstisch" sind sie ja schon angelangt, wobei sie nie begreifen wollten, daß die vietnamesischen Genossen ihre Pariser Friedensverhandlungen auf die Erfolge des revolutionären Volkskriegs aufbauen, und daß die "Lösung" im bewaffneten Kampf in Vietnam errungen wird und eines Tages nur ihre Anerkennung durch Verhandlungsabschluß findet.

Die Arbeiterklasse wird nicht gewinnen, sondern verlieren, wenn sie den parlamentarischen Illusionen folgt. Das lehrt die gegenwärtige Entwicklung in Chile. Diese Illusionen trotz aller Erfahrung zu nähren, wie es die Konzepte der Revisionisten von "demokratischer Erneuerung" und vom "legalen Weg" tun, bedeutet, die Arbeiter in lebensgefährliche Abenteuer zu schicken.



Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 27 April 73

Chile nach den Wahlen:

Konterrevolution rüstet weiter

Die chilenischen Parlamentswahlen am 4. März haben das bisherige Kräfteverhältnis im Kongreß und Senat geringfügig zugunsten der Unidad Popular („Volksfront“) verändert. Das bürgerliche Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei hat es nicht geschafft, eine Zweidrittel Mehrheit im Kongreß zu erringen, mit der sie Allende noch vor Ablauf seiner Amtszeit 1976 auf „legalem“ Wege hätte stürzen können. Andererseits verfügen die beiden Rechtsparteien nach wie vor über eine Mehrheit im Parlament, mit der sie gesetzgeberische Maßnahmen der Allende-Regierung weiterhin in ihrem Sinne bremsen und sabotieren können.

Ganz offensichtlich hatte die chilenische Reaktion gehofft, mithilfe der Wahlen den „Auftrag“ von der Bevölkerung zu erhalten, der Regierung der Unidad Popular ein vorzeitiges Ende vor der Präsidenten-Neuwahl 1976 zu setzen. Das hat sich nicht erfüllt, da die chilenische Verfassung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament vorsieht, um den amtierenden Präsidenten und damit die amtierende Regierung zu stürzen. Immerhin haben aber 54,7% der wahlberechtigten Bevölkerung für das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei gestimmt, während die Unidad Popular des Präsidenten Allende 43,4% erhielt. Bei den Präsidentschaftswahlen 1970 hatte Allende mit 36,3% weniger Stimmen als in diesem März erhalten, aber dennoch relativ die meisten gegenüber dem Kandidaten der Nationalen Partei mit 34,9% und dem der Christdemokraten mit 27,8%. (Christdemokraten und Nationale Partei hatten bei der Präsidentschaftswahl 1970 getrennt kandidiert, während sie bei der diesjährigen Parlamentswahl in einem gemeinsamen Bündnis gegen die Unidad Popular auftraten.) Sowohl die Unidad Popular als auch die „Demokratische Konföderation“ (CoDe, wie sich das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei nennt) erklärten nun, daß sie die Wahl gewonnen hätten: die Unidad Popular, weil ihr Stimmenanteil eine Stärkung gegenüber 1970 bedeutet und

ein „legaler“ Regierungssturz damit vorerst verhindert ist – die CoDe, weil sie immerhin mehr als die Hälfte aller Stimmen verbuchen konnte.

Tatsächlich ergibt sich diese „Doppeldeutigkeit“ des Wahlergebnisses aus der gegenwärtigen Situation in Chile, aus dem realen Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Die Unidad Popular hat in knapp zweiinhalb Jahren ihrer bisherigen Regierungszeit eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die die Lage der Bevölkerung spürbar verbessern. Dazu gehören vor allem die Nationalisierung einiger großer Unternehmen, die sich im Besitz ausländischer Kapitalisten befanden, und die Beseitigung des Latifundiensystems (feudaler Großgrundbesitz), die im August 1972 bis zu einer Größe von 80 ha bewässertem Land abgeschlossen wurde. Dazu gehören aber auch beträchtliche Lohnerhöhungen, verstärkter Wohnungsbau, Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und andere soziale Reformen. Dadurch hat die Unidad Popular ihre Sympathien in der Arbeiter- und Bauernschaft stärken können.

Andererseits hat die Unidad Popular es bislang nicht geschafft, den Einfluß der bürgerlich-reaktionären Parteien in größerem Umfang zurückzuschlagen. Sie hat ihnen im Gegenteil weiten Spielraum gelassen, ihre Hetze und Demagogie gegen die Durchführung

sozialer Reformen in der Bevölkerung zu verbreiten, ständig neue reaktionäre Unruhen anzustiften und pausenlos Schwierigkeiten heraufzubeschwören, die die Verwirklichung des Programms der Unidad Popular sabotieren sollen. Danach ist es kein Wunder, wenn der bürgerlich-reaktionäre Parteienblock einen derartig hohen Stimmenanteil behaupten konnte.

Die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten...

Die Reaktion hat sich vor allem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chiles zunutze gemacht, um sie der Unidad Popular anzulasten und darauf ihr Süppchen zum Sturz der Allende-Regierung zu kochen. In der Tat bestehen diese Schwierigkeiten, darunter die ungeheuer angewachsene Inflation im letzten Jahr, wenngleich dies namentlich von der ausländischen bürgerlichen Presse noch erheblich übertrieben wird. So tischte die „Frankfurter Allgemeine“ beispielsweise kürzlich das „Gerücht“ auf, wonach in Chile Hunde- und Menschenfleisch angeboten würde, weil es anderes kaum noch gäbe.

Aber woher rühren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten? Es handelt sich zum einen (und überwiegend) um direkte Sabotage der chilenischen Bourgeoisie, deren politische Statthalter gerade die eifrig „anklagenden“ Christdemokraten und die Nationale Partei sind. Auch das internationale Kapital trägt dazu bei, Chiles Wirtschaft in weitere Schwierigkeiten zu verstricken.

Vor allem versuchen Kapitalisten und Großhändler systematisch eine Lebensmittelknappheit zu erzeugen, um erstens die Unidad Popular der Unfähigkeit in der wirtschaftlichen Führung des Landes zu bezichtigen („der Sozialismus führt ins wirtschaft-

liche Chaos“), und um zweitens dann ihre gehorteten Waren auf den Schwarzmarkten zu Wucherpreisen zu verkaufen. Unzählige Warenlager, in denen kapitalistische Händler Lebensmittel gehortet und damit der Bevölkerung vorenthalten haben, wurden bereits von der Allende-Regierung und von Arbeiter- und Bauern-Komitees aufgespürt und beschlagnahmt. Die zurückgehaltene Lebensmittel wurden jeweils sofort an die Bevölkerung freigegeben.

Im Oktober letzten Jahres nahm der Versuch der Reaktion, im ganzen Land eine ernste wirtschaftliche Krise heraufzubeschwören und womöglich das Land an den Rand eines Bürgerkriegs zu treiben, einen Höhepunkt: „Die Transportunternehmer“ versuchten durch einen mehrwöchigen „Streik“ das gesamte Versorgungsnetz Chiles lahmzulegen. In ihrem Gefolge verweigerten auch große Teile der gutbezahlten Mittelschichten ihre Berufsausübung: Ärzte, Anwälte, Lehrer, Ingenieure usw. Dies war einer der seltenen Fälle, wo auch die reaktionäre Presse unseres Landes einmal einen „Streik“ bejubelte, richtete er sich doch gegen den „Sozialismus“. Dabei operierten einige Blätter sogar noch mit der Lüge, nicht die chilenischen Transportunternehmer, sondern die Transportarbeiter würden gegen die Politik der Allende-Regierung Front machen.

Die chilenischen Transportarbeiter hatten jedoch die reaktionäre Zielsetzung dieses „Streiks“ der Kapitalisten durchschaut und taten ihr Möglichstes, die Versorgung des Landes aufrechtzuerhalten. In vielen Betrieben bildeten sich Arbeiterräte, die die Führung des Betriebes übernahmen. So gelang es, die Versorgung der Bevölkerung weitgehend sicherzustellen, wenngleich der plötzliche „Streik“ fast der gesamten Transportunternehmer doch erhebliche Schäden anrichtete, die heute noch nicht ganz wieder aufgeholt sind. Wie weitreichend die Bourgeoisie noch die staatlichen Institutionen unter ihrer Kontrolle hat, zeigte sich dann, als die Transportunternehmer nach ihrem „Streik“ wieder in die Geschäftsetagen zurückkehrten. Durch Gerichtsbeschluss wurden die von den Arbeitern übernommenen Betriebe wieder unter die Aufsicht der Privateigner gestellt. In einigen Betrieben konnten die Arbeiter sich dem jedoch widersetzen und ihre Rätekomitees erfolgreich gegen Justiz und Kapital verteidigen.

Die vielfältigen Sabotageakte der Bourgeoisie haben die Wirtschaft Chiles national wie international angeschlagen. Durch die systematisch geschürte Lebensmittelverknappung wurde die Allende-Regierung beispielsweise gezwungen, größere Mengen Lebensmittel zu importieren, was die Auslandsschuld

Chiles weiter vergrößerte. Bei Amtsantritt 1970 hatte die Unidad Popular bereits 4 Mrd. Dollar Auslandsschuld aus christdemokratischer Regierungszeit übernommen – eine Tatsache, die heute natürlich auch von der bürgerlichen Reaktion wohlweislich verschwiegen wird. Die Möglichkeit zum Importieren ist zudem dadurch weiter eingeschränkt, weil von Seiten der imperialistischen Staaten (in erster Linie der USA) harte Boykottmaßnahmen gegenüber der Allende-Regierung durchgeführt werden. So ist z.B. der Weltmarktpreis für Kupfer, das das hauptsächlichste Exportgut Chiles darstellt, enorm gesenkt worden; gegen andere chilenische Waren wurde zum Teil ein Embargo verhängt und Kredite wurden eingefroren oder reduziert. Die dadurch beschleunigte Schwächung der chileni-

Wirtschaft wird sich in Chile aber nur dann aufbauen lassen, wenn die Arbeiter und Bauern vollständig die Produktion in ihre eigene Regie genommen haben und somit auch nach ihren eigenen Bedürfnissen ausrichten können. Hier liegt die andere Ursache für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chiles, bzw. dafür, daß diese sich nicht bessern, sondern weiter verschlechtern. Die bürgerliche Reaktion schreit, daß es die „sozialistische Politik“ sei, die für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich ist. Aber es ist im Gegenteil so, daß die von der Bourgeoisie und ihren politischen Fußtruppen angezettelte Wirtschaftssabotage deswegen das Land in derartige Schwierigkeiten stößt, weil die Allende-Regierung viel zu zaghaft gegen die Saboteure zu Felde zieht, weil sie



Faschisten in Chile

Wirtschaft konnte bisher nur teilweise gemindert werden. Zwar sind u.a. die VR China und die Sowjetunion eingesprungen und haben mit der Allende-Regierung hilfreiche Handelsabkommen abgeschlossen und Kredite zugesichert, die teilweise zinslos sind. Aber hauptsächlich können die Schwächen der chilenischen Wirtschaft nur dadurch überwunden werden, indem diese zur selbständigen und unabhängigen Versorgung des Landes fähig gemacht wird. Daß die Boykottmaßnahmen der imperialistischen Mächte Chile überhaupt derart hart treffen können, hängt mit der bisherigen Abhängigkeit der chilenischen Wirtschaft von den imperialistischen Weltmarktinteressen zusammen.

Eine unabhängige und selbständige

zu wenig „sozialistische Politik“ macht.

Was ist denn in Chile bislang an „sozialistischer Umgestaltung“ des Landes erfolgt? Es wurde das Latifundiensystem abgeschafft, es wurden einige größere Betriebe verstaatlicht (vorwiegend solche, die in ausländischem Besitz waren) und es wurden verschiedene soziale Reformen durchgeführt. Zweifellos alles wichtige Fortschritte, weswegen die chilenischen Arbeiter und Bauern weitgehend ja auch die Unidad Popular gegen die Reaktion verteidigen. Aber Fortschritt innerhalb eines weiterhin bestehenden kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystems. Davon zeugt nicht nur der vorhin zitierte Gerichtsbeschluss im Falle des „Streiks“ der Transportunternehmer; aber dieser ist bezeichnend

dafür, wie wenig die Bourgeoisie bisher von ihrer politischen und ökonomischen Macht eingebüßt hat. Was die Wirtschaft selbst betrifft, so befinden sich immer noch 60% der Industrieproduktion und 75% des Handels im Privatbesitz der Kapitalisten. In Militär, Polizei, Justiz, Administration und in Presse und Rundfunk unterhält die Bourgeoisie weiterhin starke Bataillone zur Verteidigung des bürgerlichen Staates und damit zur Verteidigung ihrer Herrschaft.

... liegt in der Frage der Macht im Staat

Die tatsächlich bestehende und von der Bourgeoisie hervorgerufene wirtschaftliche Krise in Chile ist demzufolge ein politisches Problem, das Problem der politischen Macht im Staat. Es handelt sich keineswegs um ein Problem, wo es hauptsächlich um die „Steigerung der Produktion“ ginge, wie die Unidad Popular immer wieder in ihren „Appellen an das Volk“ hervorhebt. Wie aus verschiedenen Erklärungen der Unidad Popular hervorgeht, schätzt sie die Situation selbst so ein, daß die Reaktion das Land in einen Bürgerkrieg zu treiben versucht, weil sie hier ihre Stärke weiß, mit der sie die Allende-Regierung stürzen könnte. Die Strategie der Unidad Popular besteht nun darin, eine solche Situation zu vermeiden – und sicherlich ist es so, daß die werktätige Bevölkerung auch nicht das geringste Interesse an einem Bürgerkrieg hat. Aber das Problem besteht nicht in dieser Frage, sondern darin, daß die Reaktion sich einen Dreck um die Interessen des Volkes kümmert und die Frage der Anzettelung eines Bürgerkrieges ausschließlich danach entscheidet, ob ihr dies zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaft günstig erscheint. Wenn die Unidad Popular jetzt einen offenen Zusammenstoß mit der Reaktion aus Furcht vor einer Niederlage vermeiden will, dann tut sie das durch fortwährende Zugeständnisse und Rückzieher, in der sie ligen Hoffnung, die Bourgeoisie und ihre Bataillone werden „Einsicht“ zeigen und selbst das „Spiel mit dem Feuer“ lassen. Auf diese Weise liquidiert die Unidad Popular langsam ihr eigenes Programm und überläßt der Reaktion schließlich freiwillig das Feld. Allein die durch ständige Hetze, Sabotage und einzelne Terroraktionen wachgehaltene Drohung mit dem Bürgerkrieg genügt bereits, um beispielsweise die Verstaatlichungspläne der Unidad Popular von ursprünglich 253 Betriebe auf 93 zu reduzieren.

Die werktätige Bevölkerung hat, wie gesagt, kein Interesse an einem Bürgerkrieg. Aber gerade weil die Bourgeoisie

ein Interesse daran hat, kommt es darauf an, die Arbeiter und Bauern politisch und militärisch vorzubereiten, daß sie eine solche offene Konfrontation gegebenenfalls zu ihren Gunsten entscheiden könnten. Hier aber liegt der wesentlichste Fehler der Unidad Popular. Hier macht sie lieber Rückzieher, als daß sie die notwendigen Maßnahmen zur Mobilisierung des Volkes ergreifen würde.

Wie weit die Strategie der „Vermeidung der Konfrontation“ aber wirklich zur Verhinderung des reaktionären Terrors taugt, dafür gibt es bereits eine Reihe lehrreicher Beispiele, angefangen mit der Ermordung des chilenischen Generals Schneider, mit der die Konterrevolution bereits kurz nach der Wahl Allendes im September 1970 ein Fanal zum Bürgerkrieg setzen wollte. Die bürgerliche Presse in unserem Land meldete nun, daß die gerade beendete „Wahlschlacht 6 Tote und 23 Schwerverletzte gefordert“ hat. Sie verzichtete ganz darauf, irgendjemanden deswegen anzuklagen, sondern beließ es dabei, daß die Wahlschlacht diese Opfer eben „gefordert“ hätte. Sie hätte es sich bestimmt nicht entgehen lassen, die Unidad Popular mit „größter Empörung“ anzugreifen, wenn es irgendwelche Anzeichen für ihre Verantwortung dabei gäbe. Ohne daß wir gegenwärtig bereits originale Quellen darüber vorliegen hätten, können wir daher schon mit Sicherheit annehmen, daß es sich hierbei um eine Fortsetzung des weißen Terrors der Konterrevolution handelt – trotz der Strategie der Unidad Popular, die Konfrontation zu „vermeiden“. Immer häufiger lassen die alten Grundbesitzer durch angeheuerte faschistische Banden Landarbeiter ermorden, um die neuen Besitzer von Grund und Boden in Angst und Schrecken zu versetzen, um sie „freiwillig“ zur Aufgabe ihrer neu erhaltenen Äcker und Wiesen zu zwingen und das Land wieder einzukassieren. Immer häufiger auch werden Brand- und Sprengstoffanschläge auf Büros der Unidad Popular verübt, auf Einrichtungen der Gewerkschaft und anderer Arbeiterorganisationen, auf Produktionsanlagen, die die Arbeiter unter ihre Verwaltung genommen haben usw. Im Juli letzten Jahres verbrannten bei einem Sprengstoffanschlag auf das Parteibüro der KP Chiles in Puerto Montt 3 Jugendliche. Im März 72 wurde eine Verschwörung aufgedeckt, die die Ermordung von Allende plante. Beteiligt an diesem Plan war die Nationale Partei (die jetzt das Bündnis mit den Christdemokraten geschlossen hat), ferner die faschistische Organisation „Patria y Libertad“ und rechte Ex-Militärs. Dies ist aber nur einer von mehreren inzwischen bekannt-

gewordenen Plänen zur Beseitigung der Allende-Regierung. Wie sollen die Arbeiter und Bauern sich dagegen rüsten? Durch eine „Steigerung der Produktion“?

Die Wahlen haben keine Lösung gebracht.

Nachdem der Versuch eines „legalen“ Umsturzes vorerst gescheitert ist, bleiben zwei Schlußfolgerungen für die Reaktion, mit denen die chilenischen Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Erstens eine Fortführung der Sabotage und Obstruktion, um die Unidad Popular zu weiteren Rückzügen zu zwingen. Die Allende-Regierung würde so immer weniger die Schwierigkeiten des Landes lösen können und schließlich ihr Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Nicht nur die chilenische, sondern darüberhinaus die internationale Reaktion hätte dann ihren „endgültigen Beweis, daß der Sozialismus ins Chaos führt“. Zweitens eine weitere Anheizung der Spannung und des Terrors im Land, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen, und die Unidad Popular gewaltsam zu stürzen. Die Tatsache, daß das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei vorerst auf „legalem“ Weg sein Ziel nicht erreichen konnte, verringert nicht, sondern erhöht diese Gefahr eines mili-



Einzel- und Großhändler hamstern Lebensmittel ... (Entdeckte Hamsterware in Santiago)

tärischen Umsturzes.

Mit beiden Schlußfolgerungen ist zu rechnen, und es ist wahrscheinlich, daß die Reaktion in einem Spiel mit verteilten Rollen von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen wird. Nach der Devise „Getrennt marschieren, vereint



... um die Bevölkerung durch Knappheit und Hunger gegen die Unidad Popular aufzuhetzen (Käuferschlangen in Santiago)

schlagen“ werden die bürgerlich-reaktionären Parteien bis hin zu den faschistischen Organisationen sich in ihrem unterschiedlichen Vorgehen ergänzen – wie es schon immer der Fall war, wenn die Bourgeoisie der Arbeiterbewegung eine entscheidende Niederlage bereiten wollte.

Eine wichtige Funktion in diesem Manöver haben die kleinbürgerlichen Mittelschichten, die in Chile zahlenmäßig noch stärker sind als in einer Reihe anderer Länder. Die Reaktion wird sie weiter mobilisieren wollen, um daraus eine Massenbewegung gegen das

chilenische Proletariat zu schmieden. Bereits im Oktober letzten Jahres, beim „Streik“ der Transportunternehmer, zeigten sich die Erfolge dieser Absicht. Die Frage, welche Politik dem entgegenzusetzen ist, hat daher große Bedeutung in der Auseinandersetzung innerhalb der Unidad Popular. Die vorherrschende Auffassung der Unidad Popular dazu ist, die Mittelschichten durch weitreichende Zugeständnisse gegenüber ihren kleinbürgerlichen Interessen und demzufolge durch Abstriche bei den Forderungen der Arbeiter zu gewinnen. Demgegenüber hat der linke Flügel der Unidad Popular auf die

internationale und auch in Chile bestätigte Erfahrung hingewiesen, daß die Mittelschichten sich aufgrund ihrer kleinbürgerlichen Klassenlage immer nach den stärkeren Bataillonen ausrichten werden, und daß demzufolge die Machtpositionen der Arbeiterklasse energischer gestärkt werden müssen, wenn man bedeutende Teile des Kleinbürgertums dem Einfluß und der Manövrierfähigkeit durch die Bourgeoisie „entreißen“ will.

Die Auseinandersetzung darüber, auf welchem Weg die Reaktion geschlagen und tatsächlich der Sozialismus in Chile aufgebaut werden kann, hat bereits zu einer gewissen Polarisierung innerhalb der Unidad Popular geführt. Dabei hat der linke Flügel, der den bisherigen Kurs der Zugeständnisse und Rückzieher teilweise scharf kritisiert, allerdings kaum einen Einfluß auf die Politik der Regierung. Zudem ist bereits ein Teil dieses Flügels aus der MAPU (einer der Parteien der Unidad Popular) ausgeschlossen worden. Die chilenischen Arbeiter und Bauern mußten sich daher bereits bei einigen Kämpfen auf Gruppen außerhalb der Unidad Popular stützen, weil die Unidad Popular im Sinne ihrer „Rücksichten gegenüber dem Kleinbürgertum“ und der „Vermeidung der Konfrontation“ die Unterstützung verweigerte, ja sogar gegen einige Kämpfe der Arbeiter und Bauern auftrat. ■

**Im Arbeiterbuch sind alle Zeitungen
des Kommunistischen Bundes erhältlich**

**Arbeiterkampf, Unser Weg,
Metallarbeiter,
Chemiearbeiter, Druckarbeiter,
Hafenarbeiter, Flugblätter**

Außerdem führen wir ein großes Angebot an Schriften zur Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, marx. Klassiker, Internationalismus, Schriften aus der VR China, Albanien, Nord-Korea, Literatur über Ausbildungswesen, Soziologie, Pädagogik, Psychologie.



arbeiterbuch

Bremerhaven
Burger 198

Hamburg 13
Grindelhof 45



Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 32 / 3. Sept. 73

CHILE:

«FRIEDLICHER ÜBERGANG» AUF DEM STERBEBETT



Salvador Allende

Die gegenwärtige Situation in Chile erscheint äußerst verworren. Präsident Allende hat erklärt, daß das Land „am Rande des Bürgerkriegs“ steht. Die bürgerliche Presse berichtet in der letzten Zeit fast täglich von der sich zuspitzenden Krise, wofür sie natürlich die „sozialistische Politik“ der Unidad Popular verantwortlich macht. Tatsächlich verhält es sich aber so, daß diese Krise von den reaktionären Kräften betrieben wird, die sich zum Sturz der Allende-Regierung um die chilenische Bourgeoisie geschart haben und dabei von den ausländischen Imperialisten und Militaristen unterstützt werden. Der Terror der Konterrevolution hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, wo eigentlich schon nicht mehr die Frage steht, wie die chilenischen Arbeiter und Bauern den Bürgerkrieg verhindern können, sondern: wie sie ihn gewinnen können.

Was die Allende-Regierung selbst betrifft, so flüchtet sie sich immer mehr in eine offene Kapitulationspolitik. Ihr reformistisches Konzept vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ erweist damit immer deutlicher seine völlige Untauglichkeit, die chilenischen Arbeiter und Bauern wirklich zum Sieg über die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht zu führen.

Im ARBEITERKAMPF Nr. 27 (April 73) schrieben wir zum Ausgang der März-Wahlen, in denen der bürgerliche Block sein Ziel einer parlamentarischen Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht und die Unidad Popular im Gegenteil an Stimmen gewonnen hatte:

„Nachdem der Versuch eines ‚legalen‘ Umsturzes vorerst gescheitert ist, bleiben zwei Schlußfolgerungen für die Reaktion, mit denen die chilenischen Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Erstens eine Fortführung der Sabotage und Obstruktion, um die Unidad Popular zu weiteren Rückzügen zu zwingen. Die Allende-Regierung würde so immer weniger die Schwierigkeiten des Landes lösen können und schließlich ihr Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Nicht nur die chilenische, sondern darüber hinaus die internationale Reaktion hätte dann ihren „endgültigen Beweis, daß der Sozialismus ins Chaos führt“. Zweitens eine weitere Anheizung der Spannung und des Terrors im Land, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen und die Unidad Popular gewaltsam zu stürzen. Die Tatsache, daß das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei vorerst auf ‚legalem‘ Weg sein Ziel nicht erreichen konnte, verringert nicht, sondern erhöht diese Gefahr eines militärischen Umsturzes. Mit beiden Schlußfolgerungen ist zu rechnen, und es ist wahrscheinlich, daß die Reaktion in einem Spiel mit verteilten Rollen von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen wird.“

Diese Einschätzung hat sich leider als sehr richtig erwiesen. Die chilenische Konterrevolution hat das „Spiel mit verteilten Rollen“ gerade in den letzten Wochen und Monaten unnachgiebig und zielstrebig geführt. Wirtschafts-sabotage und Obstruktion auf der einen Seite, Anheizung der Spannung und Terror auf der anderen Seite. Der monatelangen Zurückhaltung von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern durch zahlreiche Groß- und Einzelhändler und dem damit verbundenen Aufblühen eines ausgedehnten Schwarzmarkts (und der ungeheuren Inflation) folgte der Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna Ende vergangenen Junis. Dieser wiederum war das Signal für

eine erneute Lahmlegung des Versorgungsnetzes durch die privaten Transportunternehmen. Und parallel dazu eine neue Welle faschistischer Terroranschläge im ganzen Land.

Während die einen die Allende-Regierung im „zivilen“ parlamentarischen Schauspiel zu immer weitergehenden Abstrichen vom Programm der Unidad Popular erpressen (die chilenischen Christdemokraten, die übrigens von der westdeutschen CDU kräftige Finanzhilfe für ihre Aktivitäten erhalten), suchen die anderen (faschistische Organisationen wie „Patria y Libertad“, ultra-reaktionäre Militärkreise und auch die Nationale Partei) der Allende-Regierung und den mit ihrem Programm sympathisierenden Arbeiter- und Bauernmassen mittels offenem Terror und Putschversuchen das Genick zu brechen. Regisseur und Profiteur ist in allen Fällen die chilenische Bourgeoisie, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Und mit ihnen im Bunde die internationale Konterrevolution der imperialistischen und reaktionären Staaten, gleichfalls unter Anwendung verschiedener Methoden.

Unter Einsatz ihrer ökonomischen Macht streichen die imperialistischen Staaten und Konzerne der chilenischen Wirtschaft lebenswichtige Kredite, beschlagnahmen und rauben sie chilenische Konten in internationalen Finanzinstituten, manipulieren sie den Weltmarktpreis für Chiles wichtigstes Exportgut, das Kupfer, um fast 30 % in die Tiefe, usw. Daneben gewähren die reaktionären Regimes von Brasilien, Argentinien und Uruguay den alten Großgrundbesitzern Chiles Exil, wo sie ungestört mit den Chefs der faschistischen Terrororganisationen in Chile gegen die Unidad Popular konspirieren und Putschpläne ausarbeiten können. In Bolivien, wo das Regime des Oberst Banzer selbst im August 1971 mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA an die Macht gehievt wurde, werden unter dem Kommando von zwei entlassenen Offizieren chilenische Söldner für eine eventuelle Invasion nach Chile trainiert. Bei der Freizügigkeit, mit der der CIA in Bolivien und in fast allen Ländern Lateinamerikas seine imperialistische Untergrundarbeit betreibt, dürfte er hierbei wohl ebenso seine Finger direkt im Spiel haben. Das wäre ja auch in bezug auf Chile nur eine konsequente Fortführung der verbrecherischen Traditionen des

US - Imperialismus: Die ersten Putschpläne, noch in der Zeit zwischen dem Wahlsieg der Unidad Popular und dem Regierungsantritt Allendes, waren bekanntlich vom US-Großkonzern ITT unter Hilfeleistung des US-Außenministeriums ausgearbeitet worden.

Unidad Popular auf dem Marsch nach rückwärts

Unserer Einschätzung nach sieht das Kräfteverhältnis für die Unidad Popular angesichts dieser gesteigerten Offensive der chilenischen Re-

monaten wieder zur politischen Offensive übergehen“ könne (Zitate aus Springers „Welt“ vom 2.7.73). Aber diese übereifrigen Cassandra-rufe unserer einheimischen Reaktion, die voller Wut über das Scheitern der faschistischen Offiziere von Tacna nur noch „rot“ sah, bewahrheiteten sich nicht. Leider!

Nicht die Allende-Regierung erhielt eine Atempause und ging in die politische Offensive über, sondern die chilenische Reaktion steigerte ihre Offensive noch und die Allende-Regierung krümmte ihren Buckel nur noch



Allende beschwichtigt und entwaffnet das Volk gegen die Angriffe der Bourgeoisie

aktion und des Imperialismus nicht günstig aus. Zwar hat die bürgerliche Presse nach dem Scheitern des Armeeaufstands Ende Juni in ihren Kommentaren davon gesprochen, daß die Allende-Regierung damit eine „Atempause“ erreicht habe – und sie heuchelte sogar davon, daß diese „kurzsichtigen Militärs“ mit ihrer „stümperhaften Planung“ Allende obendrein noch „Schützenhilfe“ geleistet hätten, und daß die Volksfront „im Siegestaumel der mobilisierten Straße ... nun zum erstenmal seit

weiter, anstatt sich aufzurichten: sie nahm Gespräche mit den feindlichen Christdemokraten auf und bot ihnen eine Regierungsbeteiligung an; sie ernannte wieder einige Militärs zu Ministern (womit sie einem „Rat“ ihrer Feinde folgte, nämlich der Christdemokraten und der Militärs selbst, wobei die Christdemokraten allerdings inzwischen gemeinsam mit anderen Kräften der schwärzesten Konterrevolution ein reines Militärregime fordern);

sie stattete das Militär mit umfang-

reichen Befugnissen aus, worunter das wichtigste wohl die **Entwaffnung** der Arbeiter- und Bauernmilizen ist, die sich zur Abwehr der faschistischen Verbrecherbanden und der weißen Garden der alten Großgrundbesitzer gebildet haben. Daß diese Maßnahmen der Allende-Regierung nicht von einer politischen Offensive gegen die in- und ausländische Konterrevolution zeugen, ist offensichtlich. Daß diese Maßnahmen im Gegenteil sogar eine **Ermutigung** der Konterrevolution darstellen, sich nur noch dreister zu gebärden, das kann ebenso jeder feststellen, der die Entwicklung in Chile gegenwärtig aus der Presse aufmerksam verfolgt. Allerdings ist dies bereits eine jahrzehntealte Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung; und das wiegt umso schwerer, weil die Parteien der Unidad Popular, zumindest die Kommunistische (in Wahrheit revisionistische) und die Sozialistische Partei, sich ja zu einem Bestandteil dieser internationalen Arbeiterbewegung zählen.

Es genügt demnach zur Erklärung der gegenwärtigen Situation nicht, auf die Offensive der Konterrevolution hinzuweisen, auf ihre ungeheuren Verbrechen; die Wirtschaftssabotage, die auf eine Aushungierung der Bevölkerung abzielt, damit diese gegen die Unidad Popular rebelliert; die unzähligen Bombenanschläge gegen Produktionsanlagen, Brücken, Ölleitungen und Büros der Gewerkschaften und der Parteien der „Volkseinheit“; die faschistischen Morde wie z.B. am Militäradjutanten Allendes und an einem führenden Vertreter der Transportarbeiter - Gewerkschaft; usw.

Sondern es erhebt sich gerade angesichts dieser Offensive die Frage danach, welche Mittel die Unidad Popular und die Allende-Regierung zum Kampf gegen die Konterrevolution ins Feld führen – und wir haben schon gesehen, daß ihr hauptsächlichstes Mittel darin besteht, vor der Konterrevolution zurückzuweichen. Nicht so sehr in Worten, als in Taten. Es mangelt natürlich nicht an Appellen, die Konterrevolution zu schlagen, den „revolutionären Prozeß“ voranzutreiben, die „Einheit des Volkes“ herzustellen usw. Aber kann man die Konterrevolution durch Appelle schlagen? Kann man den „revolutionären Prozeß“ und die „Einheit des Volkes“ dadurch voranbringen, daß man sie bloß wie eine heiße Kartoffel, die man

am liebsten selber ausspucken möchte, im Mund rumwälzt?

Der Unsinn von der „Produktionsschlacht“

Was beinhalten die Appelle der Unidad Popular? Wozu fordert sie die werktätigen Massen **konkret** auf, um die Konterrevolution zu schlagen? Vor allem sollen die Arbeiter und Bauern die Produktion steigern, um die von der Konterrevolution durch Sabotageakte, Warenhortung, Schwarzmarkt, Schmuggel rarer Güter ins Ausland usw. verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Aufforderung ist angesichts der wirklichen Situation in Chile blanker Zynismus und eine völlige Irreführung über die Hauptaufgaben

des Kampfes. Derartige Aufforderungen hat die Unidad Popular schon seit Anbeginn ihrer Regierungszeit (Ende 1970) ausgegeben, aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht weniger, sondern mehr geworden – obwohl, wie die DKP-Zeitung UZ Mitte August dieses Jahres triumphal meldete: *„Die Werktätigen arbeiten täglich bis zu zwölf Stunden, um die Produktion zu halten.“* Eine wahrhaft beachtliche „Erfolgsmeldung“ im Kampf gegen die Konterrevolution!!

Wie ist aber die wirkliche Situation, auf deren Boden die Unidad Popular zum „Kampf für die Produktionssteigerung“ aufruft? Die Unidad Popular hat sich hier auf ein Wettrennen eingelassen, bei dem sie und die Arbeiterklasse von vornherein als **Verlierer** feststehen – gegenüber der Konterrevolution, die sich dabei nur ins Fäustchen lachen kann. Rund 60 % der Industrieproduktion und 75 % des Handels befinden sich noch in **privatem** Besitz, der Rest in den Händen des Staates. Die Mehrheit der Arbeiter sind **Lohnarbeiter** in kapitalistischen Betrieben. Sollen diese die Konterrevolution (d.h. die Bourgeoisie, die Kapitalisten!) dadurch schlagen, daß sie die Produktion in den Betrieben der Kapitalisten erhöhen?? Ein Witz, und die DKP hätte das als Rätselaufgabe im „uzetchen“ veröffentlichen können, wenn die Situation in Chile nicht so ernst wäre!

Und die Arbeiter in den staatlichen Betrieben? Können die Arbeiter einer **Minderheit** von Betrieben (nicht nur der Anzahl, sondern auch dem Pro-

duktionsumfangs nach) durch eine Steigerung der Produktion die konterrevolutionären Umdriebe der Bourgeoisie, die immer noch die Mehrheit der Betriebe in ihren Händen hält, ernsthaft besiegen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten; man sieht, daß der Appell zur „Produktionsschlacht“ allein schon auf **ökonomischer** Ebene falsch ist.

Die Frage ist indes auch nicht **ökonomisch**, sondern **politisch** zu stellen. Trotz der Regierungsbildung durch die Unidad Popular besteht der bürgerliche, d.h. kapitalistische Staatsapparat fort, ist die Bourgeoisie in Chile beileibe noch nicht ihrer politischen, administrativen und militärischen Herrschaftsmittel beraubt. Die Konterrevolution verfolgt auch mit ihrer Sabotage auf wirtschaftlichem Gebiet vor allem **politische** Ziele, nämlich den Sturz der Unidad Popular von der Regierung und die Verdrängung der Arbeiter und Bauern aus ihren Kampfpositionen, die sie sich unter der Allende-Regierung errungen haben.

Bei alledem ist der Appell zur „Produktionsschlacht“ nicht nur auf **ökonomischer** Ebene falsch; sondern er führt vor allem politisch zu verheerenden Folgen, zu einer Demobilisierung und politischen und ideologischen Entwaffnung der Arbeiterklasse, wenn die Unidad Popular im Kampf gegen die Konterrevolution wesentlich auf eine „Steigerung der Produktion“ orientiert. Die Hauptaufgabe ist die, die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu führen, d.h. der Bourgeoisie ihre Herrschaftsinstrumente zu entreißen, mit denen sie immer wieder versuchen wird, das Blatt zu ihren Gunsten, zum Fortbestehen von Ausbeutung und Unterdrückung zu wenden.

Wir werden nie bestreiten, daß die Arbeiterklasse auf dem Weg in den Sozialismus energisch den Hebel der Verbesserung und Steigerung der Produktion ansetzen muß, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, die sowohl aus der Sabotage der Konterrevolution als auch aus der anfänglichen Unerfahrenheit der Arbeiterklasse in der selbständigen Leitung der Produktion herrühren. Aber dazu bedarf es erstens bestimmter Voraussetzungen (nämlich die politische Macht erobert und die Enteignung der Produktionsmittel durchgeführt zu haben, zumindest des wichtig-

sten und überwiegenden Teils) und zweitens kann dies nicht als Hauptparole im Kampf gegen die weiterhin verbleibenden bürgerlichen Elemente, die die Konterrevolution betreiben, ausgegeben werden.

Ist das chilenische Militär ein „loyaler Bündnispartner“?

Wir haben die Frage des bürgerlichen Staatsapparates und der Mobilisierung der Arbeiter und Bauern angeschnitten. Allgemein ist festzustellen, daß die Unidad Popular in ihrer nun mehr als zweidreiviertel-jährigen Regierungszeit den bürgerlichen Staatsapparat in seinem Wesen völlig unangetastet gelassen hat.

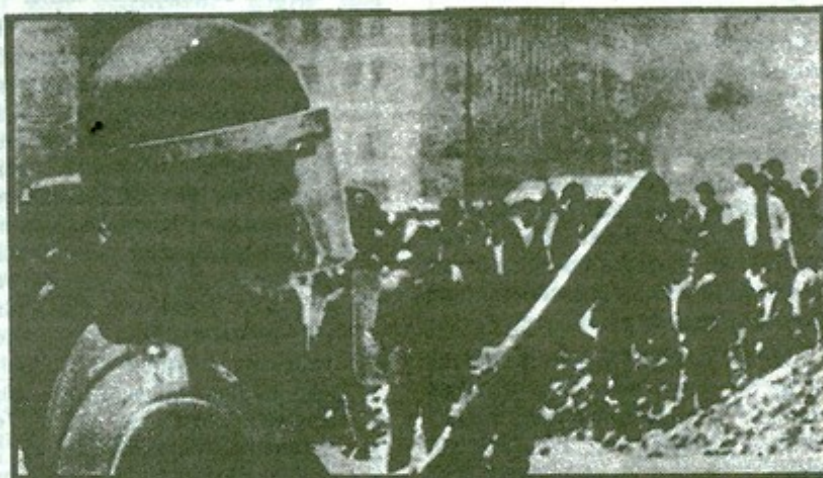
In diesem Rahmen ist die Haltung der „Volkseinheit“ gegenüber dem chilenischen Militär besonders aufschlußreich. Bereits im November 1972 haben wir in einer Sondernummer unserer Zeitschrift UNSER WEG ausführlich anhand von Resolutionen und Äußerungen einzelner Führer der Unidad Popular diese theoretisch völlig illusionistische und praktisch kapitulantenhafte Haltung deutlich gemacht. (Chile: „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus?; 1 DM) Es sei nur noch einmal an die dort zitierte Auffassung des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, erinnert, der zwar „Umgestaltungen auch in den militärischen Institutionen“ für notwendig hält, aber: „...man kann sie nicht aufzwingen. Sie müssen von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen (!). Das Übrige werden die Zeit und das Leben zeigen.“

Nun haben „die Zeit und das Leben“ inzwischen reichlich gezeigt, w e l c h e Umgestaltungen „von den Militärs selbst ausgehen“ und „ihrer eigenen Überzeugung entspringen“. Das augenfälligste Beispiel aus der jüngsten Zeit ist der gescheiterte Putschversuch des Panzer- und Infanterieregiments von Tacna, eine sogenannte „Eliteeinheit“ der chilenischen Streitkräfte.

Dieses Regiment stand ehemals unter dem Kommando des Generals Viaux, der bereits Ende 1970 in die vom US-Konzern ITT ausgearbeiteten Pläne zur Verhinderung des Amtsantritts von Allende verwickelt war, und seitdem im Gefängnis sitzt. Der konterrevolutionäre Geist seiner Truppen blieb erhalten. An der Führung dieses jüngsten Putschversuchs waren nicht nur hohe Offiziere der chilenischen Armee beteiligt, sondern beispielsweise auch Figuren wie Pablo Rodriguez, Präsident der

faschistischen Terror-Organisation „Patria y Libertad“ („Vaterland und Freiheit“), der nach dem Mißlingen zusammen mit einigen Mitverschwörern Unterschlupf in der Botschaft von Ecuador gefunden hat.

Zwei Tage vor dem gescheiterten Putschversuch am 29. Juni wurde bereits ein geplantes Attentat rechter Kreise auf den Oberkommandierenden des chilenischen Heeres, General Prats (der auch in die Regierung aufgenommen wurde), vereitelt. Dies sollte offenbar das Signal für den nachfolgenden Militäraufstand sein, ähnlich wie es im Oktober 1970 beabsichtigt war, als



Demonstration in Santiago: der Streik von 125 000 Kaufleuten wird zum Startsignal einer Großoffensive der Bourgeoisie gegen die Volksfront

der damalige Armeechef General Schneider im Auftrag der Rechten ermordet wurde.

Die Unidad Popular hat im Verlauf ihrer Regierungszeit mehrere Militärpläne für einen rechten Staatsstreik aufgedeckt. So im Dezember 1971, wo der Leiter der Militärschule von Santiago, Colonel Labbe, wegen Vorbereitung eines Putsches zum Rücktritt gezwungen wurde. Heute ist er einer der Führer der Nationalen Partei. Ende März 1972 wurde der Armeegeneral Greene Baquedano im Zusammenhang mit Putschplänen festgenommen. Nach knapp einer Woche wurde Baquedano dann wieder auf freien Fuß gesetzt ... auf Beschluß eines Militärgerichts, was nur ein bezeichnender Beweis für die tatsächliche Macht des Militärs und der in diesen Kreisen eingeborenen reaktionären Gesinnung ist. Im September 1972 wurde dann der Armeegeneral Canales in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, weil er den Sturz der Allende-Regierung plante.

Diese Beispiele zeigen erstens, daß das bürgerliche Militär alles andere als ein „loyaler“ Bündnispartner beim „friedlichen Übergang zum

Sozialismus“ ist. Zweitens zeigt sich hier die kapitulantenhafte Haltung der Allende-Regierung. In fast allen Fällen wurden lediglich einige Häupter der Verschwörung in den vorzeitigen Ruhestand versetzt oder vorübergehend verhaftet. Die Unidad Popular beschränkte sich jedesmal darauf, die Verschwörer wortgewaltig „anzuklagen“ – weitere Konsequenzen wurden nicht gezogen, und die meisten der „Angeklagten“ setzten ihre konterrevolutionären Umtriebe unvermindert fort. Teilweise operieren sie nun vom angrenzenden Ausland, wie z.B. Bolivien. Dort trainieren zwei in den Ruhestand

versetzte Offiziere, wie die Zeitung der Sozialistischen Partei „Ultima Hora“ vor mehreren Wochen aufdeckte, ungefähr 3 000 chilenische (!) Söldner für eine mögliche Invasion in Chile. (Das gleiche Kapitulanten-tum der Unidad Popular zeigt sich im übrigen auch gegenüber den faschistischen Organisationen wie „Patria y Libertad“, die trotz unzähliger Beweise für ihre konterrevolutionären Mord- und Terroraktionen noch nicht einmal verboten ist. Völlig im Stil des „unbeteiligten Beobachters“ und des „Hüters der Unvoreingenommenheit“ versunken, schrieb die UZ Anfang Juli dazu: „Immer stärker wird die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Banden der ‚Patria y Libertad‘ und Säuberung des Verwaltungsapparats.“ Ja, und w a r u m tut die Allende-Regierung denn n i c h t s, wenn doch die Forderungen „immer stärker“ werden? !)

Die Allende-Regierung nutzt nicht die bürgerliche Legalität, die ihr mit ihrem Wahlsieg vom September 1970 „zugefallen“ ist, sondern sie betet sie an. Die Abhängigkeit der sogenannten „neutralen“

chilenischen Streitkräfte vom US-Imperialismus (sowohl in der Ausbildung als auch in der Technologie) setzt sich auch unter der Allende-Regierung fort. Beispielsweise beteiligten sich die chilenische Luftwaffe und Marine an 15-tägigen gemeinsamen Seemanövern mit der US Task Force. Im März 1972 wurde der Chef der US-Luftwaffe, General John Ryan, als „besonderer Gast“ von der chilenischen Luftwaffe zur Feier ihres „Luftwaffen-Tages“ nach Chile eingeladen. Auch Allende ließ es sich nicht nehmen, an dieser Feier teilzunehmen und Ryan herzlich zu begrüßen. Offiziere der chilenischen Streitkräfte nehmen weiterhin an „Lehrgängen“ in den USA teil; und wie die bürgerliche Presse kürzlich meldete, führen die USA auch ihre „Militärhilfe“ für die chilenischen Streitkräfte fort. Es bedarf auch keiner großen Überlegungen, warum der US-Imperialismus wohl die wirtschaftlichen Kredite für die Allende-Regierung eingefroren hat, seine Militärhilfe für die chilenischen Streitkräfte aber nicht.

In der jetzigen Situation, wo die Krise im Land sich aufs schärfste zuspitzt, nimmt auch die „Unruhe“ in den Streitkräften zu. Dennoch hält die Unidad Popular daran fest, daß die Streitkräfte (abgesehen nur von einigen „unverbesserlichen“ Offizieren!) „neutral“ seien und der Regierung „loyal“ gegenüberstünden. Als „Beweis“ dafür dient ihr die Tatsache, daß der Putschversuch des Regiments von Tacna von der Armee selbst niedergeschlagen wurde, und die Bereitschaft hoher Militärs zur Teilnahme an der Regierung. Aber dies sind absolut keine „Beweise“ dafür. Es zeigt sich gerade, daß die Unidad Popular sich damit noch mehr zum Gefangen des bürgerlichen Militärs macht, daß sie noch weniger etwas gegen dessen Willen durchzusetzen vermag. Die Militärs haben indes auch für ihre „Loyalität“ ihren Tribut gefordert: vor allem die Vollmacht, die Arbeiter- und Bauernmilizen zu entwaffnen, und gegen militante Demonstrationen der Arbeiter und Bauern und gegen revolutionäre linke Gruppen mit Waffengewalt vorzugehen. Man muß diesen „Übergang zum Sozialismus“ schon fast mit dem Weg der Sozialdemokratie in unserem Land vergleichen, die ebenfalls „im Namen des Sozialismus“ Ende des ersten Weltkriegs mit dem bürgerlichen Militär zusammenarbeitete, um die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte zu entwaffnen und zu zerschlagen.

Super-Optimismus und Verzicht auf Massenmobilisierung

So wie die Unidad Popular auf der einen Seite die bürgerliche Legalität anbetet und den bürgerlichen Staatsapparat (mitsamt dem Militär) unangetastet läßt, so verzichtet sie andererseits auf eine konsequente Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen gegen die Konterrevolution und zur Eroberung der politischen Macht. Es handelt sich hier in der Tat auch nur um zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Es sei noch einmal daran erinnert, daß die Unidad Popular die von der in- und ausländischen Konterrevolution drohenden Gefahren besonders in der ersten Phase ihrer Regierungszeit mit einer geradezu kindlichen Naivität heruntergespielt hat. Da war die Rede davon, daß in Lateinamerika „die Welle der Reaktion rasch abebbt“ (jawohl, in ganz Lateinamerika!), daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Chiles bereits nach 14 Monaten Allende-Regierung „gründlich umgekrempelt“ sei, daß die durchgeführten Veränderungen „nicht wieder ausradiert werden können“, daß die Pläne des US-Imperialismus zur Unterdrückung der lateinamerikanischen Völker bereits „völlig gescheitert“ seien, daß der US-Imperialismus und die lateinamerikanische Reaktion sogar „gezwungen sind, sich mit der in Chile entstandenen Lage abzufinden“, usw. usw. (alles Zitate des Generalsekretärs der KP Chiles, Luis Corvalan, und des Politbüro-Mitglieds Volodia Teitelboim). Insbesondere wandten sich die Führer der Unidad Popular aber immer wieder gegen die Notwendigkeit eines gewaltsamen, bewaffneten Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie, was Corvalan sogar mit dem Anspruch weltweiter Allgemeingültigkeit folgendermaßen formulierte:

„Die (!) Kommunisten sind gegen die These der Unausweichlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes, welche von einigen ultralinken Elementen unterstützt wird. Wir sind der Meinung, daß diese These eigentlich reaktionär ist, da sie dazu bestimmt ist, den Kampf der Massen zu lähmen und, in Erwartung des letzten Kampfes, die laufende Aktivität zu schwächen.“

Es bleibt demgegenüber nicht nur festzustellen, daß alle bisherige Erfahrung lehrt (seien es die russische Revolution, die chinesische Re-

volution, die Befreiungskämpfe in Indochina und Palästina oder in anderen Ländern), daß die Herrschaft der Bourgeoisie nicht anders als bewaffnet niederzuringen ist; — sondern die chilenische Entwicklung zeigt darüberhinaus, daß es die Unidad Popular selbst ist, die mit ihrem selbstmörderischen Herunterspielen der konterrevolutionären Gefahr die Vorstellung verbreitet, als ob der „letzte Kampf“ schon gelaufen sei, und damit die „laufende Aktivität“ der Massen schwächt. Wenn man lange Zeit eine Propaganda betreibt, daß „die Welle der Reaktion rasch abebbt“, daß die Reaktionäre sich mit der Situation in Chile „abfinden“, weil die Veränderungen ohnehin „nicht wieder ausradiert werden können“ usw. — wenn man in derartiger Weise einen himmelschreienden und realitätsblinden Super-Optimismus predigt, dann zimmert man sich natürlich auch das „theoretische“ Alibi für den Verzicht auf die Massenbewegung; dann erweckt man bei den Massen selbst ein bürgerliches Sicherheitsgefühl, das vor allem auf die wackelige Regierungsgewalt und auf die „Gunst der Stunde“ vertraut, und sowohl das Bewußtsein und die Entwicklung der eigenen Kraft der Massen lähmt. Die Massenbewegung muß auf diese Weise zu einem großen Teil eine spontane Bewegung bleiben, die nur hin und wieder von der Unidad Popular zu Kundgebungen zusammengerufen wird, wie beispielsweise nach dem gescheiterten Militärputsch Ende Juni. Regelmäßig ruft die Unidad Popular dann dazu auf, die „Wachsamkeit zu erhöhen“ und sich enger zusammenzuschließen gegen die Konterrevolution. Aber ebenso schnell ist sie dann auch schon wieder mit einem Aufruf zur Hand, „die Ruhe zu bewahren“ — und daß die Regierung und die „loyalen“ Militärs die Situation wieder „unter Kontrolle“ haben. Praktisch führt ihre Politik stets zur Verstärkung der Militärs gegenüber der Massenbewegung.

In der Praxis führt die Politik der Unidad Popular auch zur Spaltung der Massenbewegung. Dies entspringt notwendig daraus, daß die Unidad Popular nur gegen Teile der Bourgeoisie vorgeht. Auf diesen Zusammenhang hat Miguel Enriquez, Generalsekretär der MIR, einer revolutionären Organisation außerhalb der Unidad Popular, im August letzten Jahres in einem Interview mit der Zeitung „Chile Hoy“ hingewiesen:

„Bei der Auswahl der Gegner irrt sich die UP, indem sie nur Teile der herrschenden Klasse schlägt. Sie schlägt sie nicht als Gesamtes und nicht als Klassenfeinde. Ein großer Irrtum der UP ist, daß sie einige Sektoren zerschlägt, andere nur verletzt und andere sogar effektiv schützt. Mehr sogar, sie nimmt sich im Moment vor, einige Teile der Bourgeoisie zu kräftigen. Bei der Wahl der führenden Kräfte und ihrer Alliierten begehen sie zwei Fehler: der eine liegt darin, eine falsche Konzeption über die wirklichen Volksfeinde zu haben. Die Tatsache, daß sie nur kleine Teile der Agrarbourgeoisie als Feinde betrachten (nämlich diejenigen, die mehr als 80 ha bewässertes Land besitzen; Anm. der AK-Red.) und den Rest schützt, verhindert die Mobilisierung des (gesamten) Agrarproletariats, der Unterbeschäftigten, des Semiproletariats und der armen Bauern. Man verzichtet auf die ungeheuerliche revolutionäre Kraft dieser Teile der Bevölkerung. Dasselbe passiert mit den Arbeitern in der Stadt, sogar der großen Industrie. Man mobilisiert nur die Arbeiter der 91 staatlichen Unternehmen. Die übrigen Arbeiter der Groß-, Mittel- und Klein-Industrie werden nicht mobilisiert. Auf der anderen Seite findet man die abgegebenen Erklärungen und die Pläne, die den Unternehmern der Klein- und Mittelindustrie vorgeschlagen werden (d.h., daß die Unidad Popular diese als „feste Bündnispartner“ ihres „revolutionären Prozesses“ betrachtet, worauf wir schon ausführlicher in unserer erwähnten Sonderbroschüre eingegangen sind; Anm. d. AK-Red.).

Der zweite Fehler entstand aus der typisch europäischen Art, mit der die UP die führenden Klassen analysiert (offenbar ist mit der „typisch europäischen Art“ gemeint, daß die Unidad Popular die Analyse der Klassenverhältnisse in den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten Westeuropas schematisch auf die chilenische Situation überträgt; Anm. d. AK-Red.). Das bringt die UP dazu, große arme Schichten der Stadtbevölkerung zu ignorieren und nicht zu führen (vor allem die „Pobladores“, eine arme und vielfach beschäftigungslose Bevölkerungsschicht in den Slums der Stadtrände; AK-Red.). Mit diesen Schichten kann und muß das Industrieproletariat ein permanentes Bündnis eingehen.“

Miguel Enriquez führte in diesem Interview weiter zur Frage der Massenbewegung aus:

„Wenn man die Macht nicht erobert hat, wenn man nur einen Teil des Staatsapparates hat, dann ist man in vielfacher Weise beschränkt; dann gibt es andere Elemente des Staatsapparats, die einem absolut feindlich gegenüberstehen, dann hat man ein ungünstiges Kräfteverhältnis. Man muß die Ziele festlegen. Welches ist unser Ziel? Die Eroberung der Macht. Dafür benötigen wir Kraft. Das Problem ist, wie man Kraft sammelt. Man entdeckt, daß man zwei große Instrumente in der Hand hat. Einen Teil des Staatsapparates und die Verankerung in der Massenbewegung. Nun gut, was ist aber geschehen? Kräfte sind nicht gesammelt worden, weil die Forderung der Einheit des Volkes nicht erhoben wurde, weil die Massenbewegung nicht genügend mobilisiert wurde und weil man sich auf die parlamentarischen Abmachungen beschränkte. Den Teil des Staatsapparats, den man innehatte, stellte man nicht in den Dienst der Massenbewegung. Somit bleibt die alte Rolle des Systems und damit der Widerspruch in der Gesamtheit des Staatsapparates bestehen.“

Das Problem des Bürgerkriegs: Sieg oder Niederlage

Es ist von hier aus schwer einzuschätzen, wie weit sich in Chile revolutionäre Kräfte der Arbeiter- und Bauernbewegung tatsächlich entwickelt und gefestigt haben, die über die zum offenen Kapitulantentum gewandelte reformistische Politik der Unidad Popular hinausgehen.

Die Tagesmeldungen der bürgerlichen Presse geben darüber natürlich keinen oder nur wenig Aufschluß. Die revisionistische Presse, die UZ der DKP, hüllt sich angesichts der Zuspitzung der Krise entweder in betretenes Schweigen oder bringt nur gelegentlich Berichte, die in verantwortungsloser Weise Schönfärberei betreiben und keineswegs den Namen einer ernsthafte Analyse und Auseinandersetzung mit den dortigen Vorgängen verdienen.

Bekannt ist, daß es in Chile einige Ansätze von Arbeiter- und Bauernmilizen gibt, die von der MIR unterstützt und teilweise auch von ihr initiiert werden (und nun im Auftrag der Unidad Popular von den Militärs entwapnet werden sollen). Außerdem liegen uns Informationen vor, daß in einigen Bereichen Formen von Arbeiterräten (Concejos Comunales de Trabajadores) gebildet wurden, die offenbar auch von Teilen der Unidad Popular mit-

getragen und initiiert wurden, und die Keimformen einer alternativen Macht zum bürokratischen bürgerlichen Staatsapparat darstellen. Welche Bedeutung diese Räte aber heute schon im Kampf gegen die Konterrevolution und für die Eroberung der Macht haben, wissen wir noch nicht.

Man kann aber davon ausgehen, daß im Verlauf der gegenwärtigen Entwicklung auch eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Unidad Popular stattfindet. Am weitesten scheint sich dies innerhalb der Sozialistischen Partei abzuspielen, während uns für die Kommunistische Partei keine Anzeichen dafür vorliegen. Verschiedentlich ist es zu gemeinsamen Aktionen von Grundorganisationen der Parteien der Unidad Popular mit revolutionären Kräften außerhalb gekommen, und zwar ausdrücklich gegen Direktiven der UP-Führung (in unserer Sonderbroschüre vom vergangenen November berichteten wir darüber anhand der Demonstration im Mai 72 in Concepcion). Für die Sozialistische Partei kann gesagt werden, daß es dort auch vor dem Wahlsieg von 1970 noch recht unterschiedliche Auffassungen über den Weg der „chilenischen Revolution“ gegeben hat. Auf dem SP-Kongreß 1967 in Chillán erklärte Carlos Altamirano den bewaffneten Kampf für den einzig gangbaren Weg der chilenischen Revolution, da die Bourgeoisie niemals freiwillig ihre Herrschaft aufgeben werde.

Dies wurde damals sogar vom Kongreß der Sozialisten gebilligt. Gleichzeitig beschloß der Kongreß aber auch, noch einmal an den Wahlen von 1970 teilzunehmen, wobei es Allende gelang, dies als eine Alternative darzustellen; d.h. ein Erfolg bei diesen Wahlen sollte die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfs widerlegen, und nicht nur als eine mögliche Verbesserung der Kampfpositionen verstanden werden. Der tatsächlich erreichte Wahlerfolg wurde dann auch in diesem Sinne innerhalb der Sozialistischen Partei (und natürlich nicht nur dort) von der Allende-Gruppe ausgeschlachtet. Carlos Altamirano übernahm im übrigen 1971 das Amt des Generalsekretärs der SP.

Die tatsächliche Entwicklung in Chile hat die Konzeption der Reformisten von ihrem „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus allerdings mittlerweile aufs Sterbebett gedrängt — ohne daß diese dadurch etwas an ihrer Politik ändern

würden. Heute noch in Chile von einer „friedlichen Situation“ und von einem „friedlichen Übergang“ zu reden, ist blinder Zynismus. Allende behauptet, die Aufnahme der Militärs in die Regierung sei die „letzte Möglichkeit, um den Bürgerkrieg zu verhindern“. Aber der Bürgerkrieg ist in Chile schon keine

bloße Frage der Zukunft mehr; er hat sich bereits in die gesellschaftliche Entwicklung des Landes eingeknistet. Auch zur Verhinderung des Bürgerkriegs wäre die bewaffnete Arbeiterklasse und Bauernschaft der einzige Garant. Heute geht es aber immer weniger um die Verhinderung des Bürgerkriegs (und neuer

Putschversuche), sondern darum, daß die Arbeiter und Bauern Chiles den von der Konterrevolution gewollten Bürgerkrieg gewinnen müssen. Das können sie aber nur, wenn sie über die Waffen verfügen, die ihnen die Führung der Unidad Popular vorenthält. ■



Kollegen, abonniert den

Jahresabonnement (12 Ausgaben)

DM 9,60 incl. Porto

Für 6 Ausgaben DM 4,80 incl. Porto

Bestellungen an:

Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35



Hiermit bestelle ich den ARBEITERKAMPF ab Nr.

☐ zum Abonnementpreis von 9,60
incl. Porto für 12 Ausgaben.

☐ zum Abonnementpreis von 4,80
incl. Porto für 6 Ausgaben.

Zahlung bitte im voraus auf das
Postscheckkonto Hamburg 240 595
(J. Reents)

Name:

Adresse:

Beruf:

Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 33 / 26. Sept. 73

Militärputsch in Chile

US-Imperialisten und chilenische Reaktion stürzen Regierung der „Volkseinheit“

In Chile ist am 11. September die Regierung der Unidad Popular („Volkseinheit“) unter Präsident Allende mit Hilfe putschender Militärs gestürzt worden. Die bisherigen bürgerlichen Oppositionsparteien – Nationalisten und Christdemokraten – haben den Putsch begrüßt. Nun herrscht in Chile der faschistische Terror. Zahlreiche Mitglieder der Regierung, der Parteien der Unidad Popular und der revolutionären Linken außerhalb der UP sind verhaftet und zum Teil auf der Stelle erschossen worden.

Aufgrund der bisherigen Politik der UP-Regierung (vgl. dazu u.a. den Artikel im letzten AK) müssen Chiles Arbeiter und Bauern den Kampf unter ungünstigsten Bedingungen führen. Dennoch wird immer noch an vielen Stellen des Landes den Faschisten erbitterter Widerstand entgegengesetzt. Sender der Volkskräfte haben das Programm aufgenommen. Die Faschisten versuchen, jeden Widerstand mit Massenmord zu unterdrücken: von den Arbeitern besetzte Fabriken werden bombardiert, Wohnungen gesprengt, Gefangene erschossen. Die Zahl der Toten wird am vierten Tag nach dem Putsch bereits mit weit über 5 000 angegeben und dürfte noch höher liegen. Allein 500 Arbeiter sollen in einer besetzten Textilfabrik niedergemacht worden sein. Schon jetzt ist zu erkennen, daß – unabhängig vom Ausgang des Kampfes – die chilenische Arbeiterbewegung einen schweren Rückschlag erlitten hat, von dem sie sich nur langsam wieder erholen wird.

Die blutige Hand des Imperialismus

Die Regierung der Unidad Popular wurde im Herbst 1970 nach Wahlen gebildet. In der UP sind mehrere Parteien zusammengeschlossen, u.a. die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei.

Wesentliche Programmpunkte der UP waren die Nationalisierung des chilenischen Kupfers, Verstaatlichung von Banken und Großkonzernen, eine Bodenreform sowie viele Verbesserungen für das Leben der Volksmassen. Dieses Programm wurde von den chilenischen Arbeitern und Bauern in ihrer überwiegenden Mehrheit begeistert unterstützt.

Dem US-Imperialismus war insbesondere die Nationalisierung des chilenischen Kupfers ein Dorn im Auge. Chile verfügt über etwa ein Drittel des Weltvorkommens an Kupfer, und das chilenische Kupfer war vor der UP-Regierung zum größten Teil unter US-Kontrolle. Außer dem wirtschaftlichen Interesse am chilenischen Kupfer war der US-Imperialismus auch generell nicht damit einverstanden, daß in Chile ein anti-imperialistischer, sich zum Sozialis-

mus hin entwickelnder Staat entsteht oder entstand.

Es wurde aufgedeckt, daß der US-Konzern ITT es sich viel Geld kosten ließ, um die UP-Regierung schon vor dem offiziellen Regierungsantritt an putschenden Militärs und einem inszenierten wirtschaftlichen Chaos scheitern zu lassen. Das mißlang damals. Wenn nur dieser eine Fall aufgedeckt wurde, dann bedeutet das bestimmt nicht, daß dies auch der einzige Fall dieser Art war!

Über den jetzigen Militär-Putsch wurde bekannt, daß die US-Regierung zumindest einen Tag vorher über die Putsch-Pläne informiert worden war. Möglicherweise werden die Einzelheiten dieses Komplotts – Zusammenspiel von US-Geheimdienst CIA, US-Regierung, US-Monopolen, Putschisten und chilenischer Reaktion – noch ans Licht kommen.

Das ist der letzte einer langen Kette von reaktionären Staatsstreich, die in den letzten Jahren vom US-Imperialismus – im Zusammenspiel mit der einheimischen Reaktion – organisiert wurden:

Kongo, Dominikanische Repu-

blik, Griechenland, Ghana, Kambodscha, Bolivien, Uruguay u.a.

Das zeigt nochmals, mit welcher brutaler Verzweiflung der untergehende US-Imperialismus immer noch versucht, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, den Befreiungskampf der Völker der Welt blutig zu unterdrücken. Auch nach der formalen Beendigung des Vietnam-Kriegs und Abgabe heuchlerischer „Friedens“-Erklärungen hat der US-Imperialismus sich nicht im geringsten verändert.

Freude bei der westdeutschen Bourgeoisie

Bei Axel Springer und seiner faschistischen Bande dürften nach dem Bekanntwerden des Militärputsches die Sektkorken geknallt haben. „Alle Roten umbringen!“ – das ist genau die Politik, auf die diese Leute auch in der BRD systematisch hinarbeiten.

„Drei Jahre Marxismus – und Chile war kaputt!“ hetzte „Bild“ am Morgen des 12. September. Volles Verständnis für die putschenden faschistischen Militärs, die jetzt ein Blutbad unter Chiles Arbeitern und Bauern anrichten. „Jetzt hat die Armee nicht mehr länger stillgehalten. Drei Jahre Marxismus sind ihr genug.“

Und mit brutalem Zynismus: „Vor Nachahmung wird daher gewarnt“ !!

Die Logik der Faschisten ist eindeutig: „Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann.“ – Nein, das stand nicht in der „Bild“, sondern das sagte Hitler 1926 in einer Rede vor Hamburger Kapitalisten im Hotel „Atlantic“.

Hitler, Springer und die chilenischen Putschisten: sie reden von der „Zerschlagung des Marxismus“, und

sie meinen den faschistischen Terror gegen die werktätigen Massen.

Diese Haltung wird zweifellos von einem großen Teil der westdeutschen Bourgeoisie geteilt. Es ist doch bezeichnend, wenn Politiker der CDU/CSU den tausendfachen Mord an chilenischen Arbeitern und Bauern gleichsetzen mit den läppischen Querelen der Herren Solschenizyn und Sacharow (die in der Sowjetunion unbehelligt als wohlhabende Bürger leben), und sich dann noch darüber beklagen, daß Bundeskanzler Brandt überhaupt ein paar klägliche „kritische“ Worte zu den Vorgängen in Chile gefunden

Konterrevolution in Chile – ein historischer Einschnitt

Chile sollte zum Parade-Beispiel der Reformisten aller Schattierungen werden für die Möglichkeit, den Sozialismus auf „friedlichem“, „legalem“, parlamentarischem Weg zu erreichen, und damit zugleich zum Beweis gegen die Vertreter des „überholten Dogmas“ vom bewaffneten Kampf.

Besonders die SPD hat sehr gut begriffen, was es heißt, daß dieses Parade-Beispiel jetzt von Faschismus und Reaktion in einem Meer von

wie Allende. Viele von ihnen werden sich gewiß wieder der vermeintlichen (!) Alternative Volksbefreiungskrieg zuwenden. Und was das bedeutet, können Millionen Gräber in Vietnam bezeugen.“

Die zynische Logik dieses Spezialdemokraten ist: auf dem parlamentarischen Weg geht es nicht zum Sozialismus. Der bewaffnete Kampf wiederum ist auch nur eine „Scheinalternative“, wobei der drohende Hinweis auf „Millionen Gräber“ nicht fehlen darf. Also soll die Arbeiterklasse am besten die Finger ganz vom Sozialismus lassen und sich ein für alle mal mit den Ver-



Demonstration der MIR vor dem Militärputsch

hat.

Die BRD ist allerdings (noch) nicht Chile, wie sich die bürgerlich-liberale „Frankfurter Rundschau“ festzustellen beeilte. Aber jeder Genosse, jeder Arbeiter muß wissen und sich immer wieder vor Augen halten, daß die westdeutsche Bourgeoisie den militärischen Sturz einer demokratisch gewählten „marxistischen“ Regierung, die Entfesselung eines Bürgerkrieges und den tausendfachen Mord an den Arbeitern und Bauern für eine akzeptable Maßnahme hält. Diese Leute sind unsere Todfeinde.

Blut ertränkt wird. Nicht zufällig beeilen sich jetzt sozialdemokratische und liberale regierungstreue Journalisten, die Ereignisse zu kommentieren in dem Sinn, „daß die BRD nicht Chile ist“.

Der stellvertretende Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“ (SPD), Siemon-Netto, schrieb am 13. September:

„Nach dem Militärputsch im einst so verfassungstreuen Chile ist ja wohl kaum anzunehmen, daß Marxisten in anderen Entwicklungsländern so schnell noch einmal den gleichen Weg beschreiten werden

sprechungen der SPD auf kommende Reförmchen begnügen.

Aus den Sätzen von Siemon-Netto spricht deutlich die Sorge, daß bei dem faschistischen Putsch in Chile die reformistische Ideologie Schaden genommen haben könnte. Und das wohl nicht nur in den „Entwicklungsländern“, sondern sogar in den imperialistischen Ländern. Denn wenn die Bourgeoisie so augenfällig zeigt, was sie von der Achtung „demokratischer Spielregeln“ hält, dann wird man in Zukunft nur noch von Narren und Selbstmördern erwarten können, daß sie

ihrerseits diese „Spielregeln“ einhalten.

Der faschistische Staatsstreich in Chile ist für die internationale Arbeiterbewegung ein bedeutsamer historischer Einschnitt, ein Punkt, an dem es notwendig wird, Bilanz zu ziehen – wie die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution, der Spanische Bürgerkrieg, die chinesische Revolution.

Was sich als Ergebnis zeigt, sind im Grunde keine neuen Lehren, sondern ist nur die Bestätigung dessen, was von Marx, Engels und Lenin her schon lange zur gesicherten Erfahrung der Arbeiterbewegung zählen mußte und was Lenin einmal so ausdrückte:

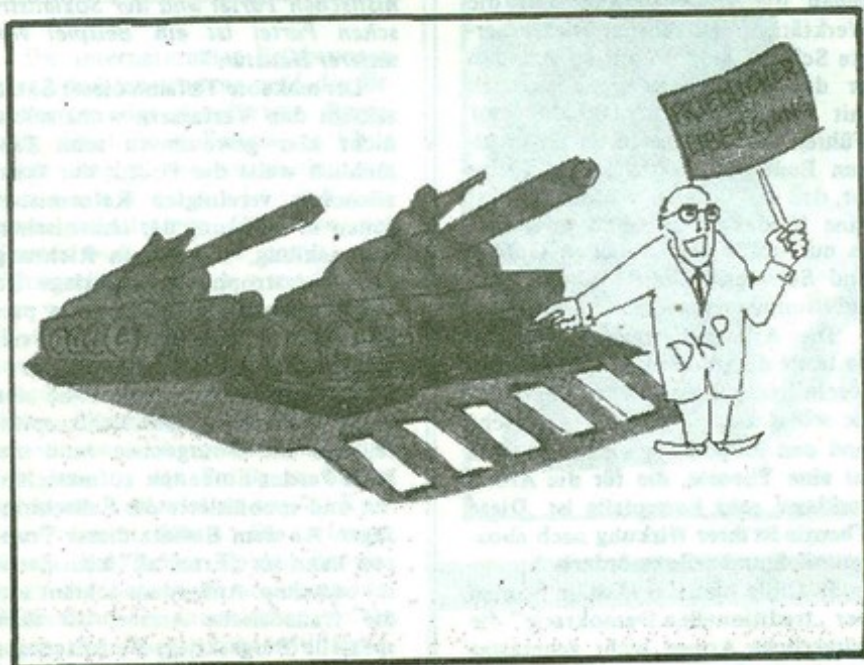
„Jetzt kann man nicht mehr davon sprechen, daß man die kapitalistische Gesellschaft, die Hunderte Milliarden Rubel für den Krieg ausgegeben hat, durch Reformen ummodellieren könne, kann man nicht davon sprechen, daß man die Gesellschaft ohne eine revolutionäre Staatsmacht, ohne Gewalt, ohne riesige Erschütterungen umgestal-

irrezuführen, sind grauenvolle Katastrophen, tiefgehende Niederlagen der Arbeiterbewegung unvermeidlich.

Lenin „nicht mehr zeitgemäß“?

Der moderne Revisionismus versucht zu begründen, daß die leninistische Theorie der bewaffneten Revolution heute bereits „überholt“ sei und sich heute ganz neue Perspektiven für die gesellschaftliche Entwicklung eröffneten. Die Gründe dafür sind zum Teil außerordentlich kennzeichnend:

Die DKP Hamburg argumentiert z.B. in einem speziellen Schulungspapier für Funktionäre gegen den KB, daß in der BRD ja erstens die proletarische Revolution **verboten** und deshalb jede Kritik am „parlamentarischen Weg“ eine „Provokation“ sei und zweitens ein Bürgerkrieg in der BRD mit großer Wahrscheinlichkeit einen atomaren Weltkrieg auslösen würde.



ten könne! Wer so redet und denkt, sinkt zur völligen Bedeutungslosigkeit herab.“ (Lenin, Rede in einer Festsitzung des Moskauer Sowjets, 6. März 1920, Werke Bd. 30.)

In einem Punkt hat Lenin unrecht. Bedeutungslos sind diese Leute durchaus nicht. Vielmehr sind es heute noch Millionen von Arbeitern, die den Predigern des Reformismus folgen. Die verheerende Rolle dieser Leute wird gerade am chilenischen Beispiel wieder besonders sichtbar. Solange sie es schaffen, die Arbeiter mit dem „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“

Allgemein wird von den Revisionisten betont, daß ein Bürgerkrieg doch mit großen Opfern für die Arbeiterklasse verbunden ist. Das ist nicht zu leugnen. Das chilenische Beispiel zeigt aber, daß die Arbeiterklasse gerade auf dem Weg des Legalismus und Parlamentarismus einen Bürgerkrieg unter den allerschlimmsten Bedingungen bekommt.

Gerade in den kapitalistischen Staaten schreckt die Arbeiterklasse aufgrund ihrer ganzen Lebenslage sehr stark vor einem Bürgerkrieg zurück, solange jedenfalls der Kapi-

talismus noch imstande ist, den Werktätigen ein halbwegs erträgliches Leben zu gestatten. Hier fällt es deshalb den Revisionisten besonders leicht, ihre Illusionen vom „parlamentarischen Weg“ zu verbreiten.

Nimmt man einen „gewöhnlichen“ kapitalistischen Staat, wo die Gewerkschaften und „Arbeiterparteien“ ihre Rechte haben, wo kommunistische Zeitungen erscheinen dürfen, wo Rede-Freiheit, Demonstrations-Freiheit etc. relativ weitgehend eingeräumt wird, dann scheint es in der Tat gar nicht recht „in die politische Landschaft“ zu passen, eine beharrliche revolutionäre Propaganda zu entfalten und die parlamentarischen Illusionen zu zerpfücken, statt ihnen selbst zu erliegen.

Sehen wir aber das andere Gesicht, das ein „gewöhnlicher“ kapitalistischer Staat offenbart, sobald die Ausbeuter-Herrschaft ins Wackeln kommt. Dann werden die demokratischen Rechte weggewischt und der offene faschistische Terror regiert.

Es gibt keinen Grund, warum das heute anders sein sollte. Hinter dem „modernen“ Gesicht des Kapitalismus steckt wie eh und je die unverhüllte Barbarei und Menschenverachtung, die „über Leichen geht“, wenn der Profit es erfordert.

Der „chilenische Weg“

Lateinamerika ist ein Kontinent, wo die Frage des bewaffneten Kampfes immer wieder auf der Tagesordnung steht.

Die Unidad Popular vertrat jedoch die Ansicht, daß Chile in dieser Frage eine Ausnahme bildet.

Ein wesentliches Schein-Argument war dabei, daß Chile eben „traditionell demokratisch“ ist. So sagte Präsident Allende in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ (13.6.72):

„... Das ist auch deshalb möglich, weil Chile Merkmale hat, die sich von anderen Ländern unterscheiden. Worin bestehen diese Unterschiede? In den tiefgehenden Wurzeln seiner institutionellen Stabilität. Das chilenische Parlament hat 120 Jahre ununterbrochen gearbeitet. Nur zwei Staaten haben eine ältere legislative Gewalt: die Vereinigten Staaten und England. Das scheint mir ein wichtiges Merkmal zu sein.“

Es ist nicht auszuschließen, daß Allende selbst der Illusion erlag,

als ob der bürgerliche Staat Chiles wegen seiner „traditionellen“ Demokratie etwas anderes als ein gewöhnlicher bürgerlicher Staat sei. Jedenfalls hat diese von der UP verbreitete Illusion den Kampf des chilenischen Volkes geschwächt und desorientiert.

Zur Illusion über den bürgerlichen Staat allgemein kam die Illusion über die Rolle der chilenischen Armee in dem genannten Interview:

„Den anderen Unterschied sehe ich in den Streitkräften, den Carabinieri (?) und der Polizei, die rein chilenische Qualität haben, in einer Welt, wo es Militärregierungen im Überfluß gibt. Mit großer Befriedigung kann ich sagen, daß unsere Streitkräfte professionell und technisch effizient sind, und vor allem, daß sie den an den Wahlurnen ausgedrückten Willen zu respektieren wissen.“

Im selben Interview wendet sich Allende ausdrücklich gegen die „linksextremistischen“ Gruppen wie die MIR, die seine Auffassungen kritisierten. Allende sagte dazu:

„Sie dürfen nicht vergessen, daß die Polizei heute ein Organ ihrer Regierung ist, der Arbeiterregierung, einer Regierung, die weiterhin den Weg der Legalität geht.“

Das waren nicht allein die Illusionen Allendes. Die „KP“ Chiles hatte schon auf ihrem XIV. Parteitag 1969 verkündet, sie sei „nicht einseitig in unseren Ansichten über die Armee“. Die „KP“ Chiles verkündete auch solche Auffassungen, daß die Armee Chiles „im Unabhängigkeitskrieg geboren“ sei, daß ihre Basis „aus armen sozialen Schichten“ kommt etc., um zu demonstrieren, „daß man an die Einschätzung der Armee nicht dogmatisch herangehen darf“.

Es zeigt sich, daß die UP vor dem Hintergrund angeblicher „besonderer chilenischer Bedingungen“ die leninistische Theorie von Staat und Revolution fallen ließ und eigene, ganz neue und ganz und gar unrealistische Theorien aufbrachte.

Deshalb ist Allende für uns auch kein „Held“, zu dem ihn jetzt die Revisionisten hochstilisieren wollen. Zweifellos ist sein Tod – ob er nun Selbstmord beging oder im Kampf fiel – tragisch und verdient Respekt. Wir können darüber jedoch nicht die Rolle übersehen, die Menschen wie Allende objektiv in der Arbeiterbewegung spielen, nämlich die Arbeiterbewegung in die Irre zu führen und Niederlagen zu organisieren.

Die **Helden** Chiles, das sind die Arbeiter und Bauern, die jetzt

unter denkbar ungünstigen Bedingungen und schwersten Opfern den Kampf aufgenommen haben.

Der „parlamentarische Weg“ – Selbstmord der Arbeiterbewegung

Die legalistische Theorie der UP läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Chile ist ein traditionell demokratisches Land. Die UP wird im Rahmen der Demokratie und Legalität bleiben. Da die Armee auch traditionell demokratisch ist, bestehen gute Aussichten, auf diesem Weg schließlich ohne einen Bürgerkrieg zum Sozialismus zu kommen. Falls es aber nicht so sein sollte, d.h. falls etwa die Armee einen Staatsstreich macht, so wird das Volk den Putsch niederschlagen.

Das bedeutet faktisch, der Bourgeoisie das Gesetz des Handelns zu überlassen. Es bleibt der Bourgeoisie überlassen, den „ersten Schlag“ gegen die UP-Regierung und die Werktätigen zu führen. Dieser „erste Schlag“ jedoch fällt so aus, daß er die Arbeiterbewegung sogleich mit großer Härte trifft, sie ihrer Führer beraubt, sie unter ungünstigen Bedingungen trifft. Die Folge ist, daß das Volk entweder zunächst eine Niederlage erleidet, oder daß es nur unter unglaublichen Opfern und Schwierigkeiten die Konterrevolution niederzuringen vermag.

Die Arbeiterbewegung hat also so lange die „demokratischen Spielregeln“ zu achten, bis die Bourgeoisie selbst diese „Spielregeln“ bricht und den Bürgerkrieg entfesselt. Das ist eine Theorie, die für die Arbeiterklasse sehr kostspielig ist. Diese Theorie ist ihrer Wirkung nach abenteuerrisch und selbstmörderisch.

In Chile hieß das, daß im Namen der „traditionellen Demokratie“ die bürgerliche Armee nicht angetastet wurde und die Bewaffnung der Arbeiterklasse unterblieb, daß nicht entschieden gegen die faschistischen Organisationen und Verbände geschlagen wurde, daß die Wirtschaftssabotage reaktionärer Kleinbürger nicht entschlossen gebrochen wurde.

In Würdigung der Pariser Kommune von 1871 schrieb Lenin:

„Der zweite Fehler war der übermäßige Großmut des Proletariats: Es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es ließ die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürger-

krieg außer acht, und statt seinen Pariser Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versailler Regierung Zeit, die finsternen Mächte zu sammeln.“ (Lenin, Die Lehren der Kommune, März 1908).

Denken wir immer daran: die Bourgeoisie, und sei sie noch so „zivilisiert“ und „modern“, hat keine Skrupel, tausende von Arbeitern abschlachten zu lassen, wenn es um ihren Profit und ihre Herrschaft geht.

Gilt das auch für Westeuropa?

In einem Flugblatt, das der AStA der Hamburger Uni (SHB und MSB) zum Militärputsch in Chile verteilte, wird frohgemut verkündet: *„Es zeichnet sich ab, daß die Entwicklung, wie sie sich in Chile vollzieht, auch in anderen Staaten verwirklicht wird. Das Bündnis in Frankreich zwischen der französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei ist ein Beispiel vor unserer Haustür.“*

Der makabre Tiefsinn dieser Sätze scheint den Verfassern wohl selbst nicht klar gewesen zu sein. Tatsächlich weist die Politik der französischen vereinigten Reformisten genau in Richtung der chilenischen Entwicklung, nämlich in Richtung einer katastrophalen Niederlage. Zu anderen Ergebnissen kann die parlamentarische Strategie auch in Westeuropa nicht führen.

Als sich im Mai-Juni 1968 der Klassenkampf in Frankreich zuspitzte, ließ die Bourgeoisie rund um Paris Panzer-Einheiten aufmarschieren und mobilisierte die Fallschirmjäger. An dem Einsatz dieser Truppen kann im „Ernstfall“ kein Zweifel bestehen. Außerdem scheint uns die französische Armee, die über spezielle Bürgerkriegs-Einheiten aus Berufssoldaten verfügt, noch besser als die chilenische Armee für solche Einsätze geeignet.

In Italien sind Putsch-Versuche bereits wiederholt nur daran gescheitert, daß die Bourgeoisie den Zeitpunkt für ungünstig hielt und die Entwicklung des Klassenkampfes sich „entspannte“.

In beiden Fällen kann die Konterrevolution zusätzlich zur Armee auf sehr militante, zum Teil bewaffnete, faschistische Verbände und auf Teile des Kleinbürgertums zurückgreifen. Faschisten in Frankreich ermorden ausländische Arbeiter, Faschisten in Italien legen Bomben,

überfallen Streikposten.

Der faschistische Terror würde es erfordern, den Gedanken der Organisierung des Proletariats zum Selbstschutz bewußt zu propagieren und diese Organisierung voranzutreiben. Stattdessen wendet sich z. B. die „KP“ Italiens an den bürgerlichen Staat. Überhaupt ähneln die Illusionen der „KP“ Italiens sehr denen der chilenischen UP.

In diesen Zusammenhang gehört schließlich auch der Militärputsch Griechenland.

Das unterstreicht, daß sich die Methoden der Konterrevolution Westeuropas im Prinzip von den jetzt in Chile angewandten kaum unterscheiden. Eine Strategie, die nicht gerade auf diese Entwicklung vorbereitet, wird die Arbeiterklasse in Niederlagen führen.

Niederlage einer Illusion

Die internationalen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der dreijährigen Regierung der Unidad Popular in Chile selbst haben von vornherein die Unausweichlichkeit einer gewaltsamen Offensive der Konterrevolution und damit die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bezeugt. Die Unidad Popular hat dies hingegen immer bestritten und an ihrem illusorischen Konzept eines „friedlichen Übergangs“ festgehalten, was in der Praxis zu immer offenerer Kapitulation vor der Konterrevolution führte. Die reformistische Politik der Unidad Popular trägt die Schuld daran, wenn der Widerstand des chilenischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur heute nicht über die nötige Organisiertheit und über die nötigen Waffen verfügt, um die Bourgeoisie und deren Junta zu besiegen. Der Preis, den das chilenische Volk heute mit seinem Blut bezahlen muß, ist durch das opportunistische Zurückweichen der Unidad Popular und durch die mangelhafte Vorbereitung auf diese Situation in die Höhe getrieben worden.

Der Kampf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft wird überall, in allen Ländern Opfer auf Seiten des Volkes kosten. D a r a n werden die Völker den Imperialismus nicht hindern können. Aber die

Revolutionäre haben vor der Arbeiterklasse und dem Volk die Verantwortung zu tragen, durch die Wahl der Kampfmittel die Opfer möglichst gering zu halten, und vor allem: daß diese Opfer den Weg des Sieges und nicht den der Niederlage bereiten. Die gegenwärtigen Tausende von Opfern in Chile sind aber Ergebnis der Niederlage einer Illusion: der Illusion vom „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus.

Anmerkungen: Auf die Entwicklung in Chile sind wir im Einzelnen nicht eingegangen, da wir dazu schon sehr viel veröffentlicht haben. Wir geben hier die Übersicht darüber: KAB-AZ Nr. 2: Zur Lage in Chile KAB-AZ Nr. 3: Anmerkungen zur Politik der KP Chiles AK 19: Chile: „Friedlicher Übergang“ zum Sozialismus? AK 23: Unidad Popular in Gefahr



Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 33 / 26. Sept. 73

Woher kam das „wirtschaftliche Chaos“?

Die bürgerliche Presse hat immer behauptet, daß die „sozialistische“ Politik der Allende-Regierung Chile ins „wirtschaftliche Chaos“ geführt hätte. Die Tatsachen sind genau umgekehrt: Das „wirtschaftliche Chaos“ wurde von der in- und ausländischen Bourgeoisie herbeigeführt, um das Vertrauen der Arbeiter in den Sozialismus zu zerstören und den Sturz der Unidad Popular vorzubereiten.

Der nachfolgende Text wurde bereits vor einiger Zeit von uns als Teil eines größeren Artikel-Entwurfs geschrieben, der damals aber nicht veröffentlicht wurde.

Eine gewisse Zeit, in der ersten Phase der Allende-Regierung bis spätestens zur ersten Hälfte 1972, konnten die Führer der Unidad Popular auf tatsächliche Anfangserfolge ihrer Politik verweisen: Während das Bruttonationalprodukt 1970 im letzten Jahr der christdemokratischen Frei-Regierung nur ein Wachstum von knapp 2,5 % verzeichnete und auch in den drei Jahren zuvor nicht höher als 2,7 % kletterte, erreichte es 1971 im ersten Jahr der UP-Regierung eine Rate von 8,5 %. Die industrielle Produktion vergrößerte sich 1970 nur um knappe 0,8 %. 1971 erreichte die Steigerung der Industrieproduktion erstmals seit zehn Jahren wieder 12,5 %. Auch im ersten Halbjahr 1972 war die Industrieproduktion noch um 12,7 % größer als in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit konnte von 8,3 % im November 1970 auf 3,7 % im Juni 1972 gesenkt werden. Die Inflationsrate fiel um 34,9 % im Jahr 1970 auf 22,7 % 1971. Gleichzeitig stieg das Realeinkommen der Werktätigen um 20 % und ihr Konsum um 13 %. Der Anteil der Werktätigeneinkommen am Bruttonationalprodukt stieg damit von 51% (1970) auf 60% (1971).

Spürbare Verbesserungen wurden auch in anderen Sektoren erzielt, wie der Gesundheitsfürsorge, der Bekämpfung des Analphabetentums und der allgemeinen und kulturellen Bildung, der Wohnungssituation usw. Im ersten Regierungsjahr Allendes wurden beispielsweise 50.000 neue Wohnungen fertiggestellt, gegenüber 12.000 im Jahr 1970 unter dem christdemokratischen Regime. Nach wie vor erhalten alle Kleinkinder kostenlos 1/2 Liter Milch täglich. Und im August 1972 feierte die Unidad Popular das Ende der La-

tifundienherrschaft in Chile. (Alle Zahlen nach: E. Boris/H. Hausteil, Die Unidad Popular und die Offensive der Reaktion in Chile, Blätter für deutsche und internationale Politik 1973; und: L. Corvalan, Zwei Jahre danach: Was geht in Chile vor?, Probleme des Friedens und des Sozialismus 11-1972).

Diese Anfangserfolge wurden aber im zweiten Jahr der Allende-Regierung mehr und mehr von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten überlagert, als sich die Auswirkungen der Obstruktions- und Sabotage-Politik der in- und ausländischen Konterrevolution durchzusetzen begannen. Besonders offensichtlich wurde dies an der zunehmenden Knappheit vor allem der kurzfristigen Konsumgüter und Lebensmittel und der wieder enorm angestiegenen Inflation. Die internationale bürgerliche Presse schlachtete dies weidlich als „Beweis“ dafür aus, daß „die sozialistische Politik der Allende-Regierung ins wirtschaftliche Chaos führt“. Aber wie steht es tatsächlich damit? Was sind die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Chile?

Die Unidad Popular hat die Regierungsgeschäfte in einer Zeit übernommen, als das Land sich in einer tiefen Krise befand, wovon die eben genannten Zahlen bereits ein deutliches Bild liefern. Infolge der rigorosen Ausplünderung durch die imperialistischen Konzerne, die ungeheure Summen dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft entzogen, wuchs die Verschuldung gegenüber ausländischen Mächten. Bei Amtsantritt der Allende-Regierung war Chile mit vier Mrd. US-Dollar Auslandsschuld hinter Israel das am meisten verschuldete Land der Welt. Die imperialistische Ausbeutung des Landes hat auch dazu geführt, daß

Chile etwa seit Ende der 30er Jahre keinen Überschuß mehr in der Landwirtschaft produzierte, sondern sich vom Exporteur zum Importeur landwirtschaftlicher Produkte wandelte — bei Ende der christdemokratischen Regierung belief sich der jährliche Lebensmittelimport auf etwa 200 Millionen Dollar.

Die Lebensmittelimporte kann Chile nur aus dem Erlös seiner Exportgüter und aus Krediten bestreiten, da es dazu Devisen, d. h. ausländische Zahlungsmittel benötigt. Mehr als 70 % des chilenischen Exports, und damit des Deviseneinkommens, wird durch das Kupfer erzielt, das unter der Unidad Popular verstaatlicht wurde. Seit Amtsantritt der Allende-Regierung ist aber der Kupferpreis auf dem Weltmarkt durch Spekulation und direkte Intervention der imperialistischen Mächte von 68 auf 48 Cent pro Pfund gesenkt worden. Die Senkung um einen einzigen Cent bedeutet schon den Verlust von zwölf Mio. Dollar jährlich; d.h. Chile büßt dadurch im Jahr 240 Mio. Dollar ein. Nach Angaben von Luis Corvalan könnte dieser Verlust nur durch eine 40 %ige Produktionssteigerung wieder aufgeholt werden. Darüberhinaus wurden gleichzeitig die Preise für Nahrungsmittel und Erdöl, also Einfuhrgüter für Chile, auf dem Weltmarkt erhöht.

Kredite wurden von den imperialistischen Ländern und den unter ihrer Kontrolle stehenden Institutionen eingefroren oder stark reduziert. Die USA kürzten ihre Kredite von 80 Mio. Dollar 1970 auf ca. 22 Mio. Dollar 1972. Insgesamt standen Chile Ende 1970 noch 220 Mio. Dollar Kredite zur Verfügung; 1972 waren es nur mehr 25 Millionen. Im September 1972 wies der Präsident der chilenischen Zentralbank, Alfonso Inostroza, darauf hin, daß die unter US-Kontrolle stehende Weltbank seit 22 Monaten keine Kredite mehr an Chile genehmigt, sondern nur noch einige alte Darlehen ausgezahlt hat.

Nach der Enteignung der Kupfermine „El Teniente“ verlangte die „Braden Copper Company“ vor US-Gerichten die Rückzahlung eines

Kredits in Höhe von 92,9 Mio. Dollar, Die US-Gerichte sprachen natürlich „Recht“ im Sinne des Konzerns und verfügten die Beschlagnahme von sieben staatlichen chilenischen Konten in den USA. Diesem Beispiel folgte dann auch sofort ein anderer US-Konzern, die „Andes Copper Mining“, die nach gleichem Muster 171,3 Mio. Dollar einklagte. Die „Kennecott Copper Corporation“ wiederum versuchte per Gerichtsbeschluß zu erreichen, daß Schiffsladungen von chilenischem Kupfer nach Frankreich und in die Bundesrepublik beschlagnahmt werden, was jedoch wegen gemeinsamer Boykottandrohung der kupferexportierenden Länder Chile, Sambia, Zaire und Peru nicht gelang. Für die internationale reaktionäre Presse ist es natürlich nur „gerecht“, wenn die US-Kupferkonzerne der Enteignung „ihrer“ chilenischen Minen durch Raub und Piratenakte begegnen, wobei ebenso natürlich der „kleine Unterschied“ verschwiegen oder verdreht wird, daß Chile mit der Nationalisierung der Kupferminen nur das unter seine Kontrolle bringt, was dem eigenen Land gehört und was die US-Konzerne seit Generationen widerrechtlich sich angeeignet und zu ihrem privaten Nutzen ausgeplündert haben.

Von Spekulationen und Preisdiskriminierungen auf dem Weltmarkt, über Kreditboykottierungen bis hin zum offenen wirtschaftlichen Raub – das alles sind Hebel der ökonomischen Macht des Imperialismus, mit denen er die chilenische Wirtschaft in tiefe Krisen treibt. Zum anderen geht die gegenwärtige Krise aber auf das Konto der inländischen Konterrevolution, die sich ebenfalls vielfältiger Mittel offener und verdeckter Sabotage bedient: von der Schaffung von Versorgungslücken durch Warenhortung (und dem Aufblühen des Schwarzmarkts), über den Schmuggel rarer Güter ins Ausland (so wurden ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien getrieben), bis hin zur Zerstörung von Produktionsanlagen, die die Arbeiter in ihren Besitz genommen haben.

In dem schon erwähnten Aufsatz von E. Boris und H. Haustein wird aus einem unveröffentlichten Manuskript aus Santiago zitiert, das ein einfaches Schema der Schaffung von Versorgungslücken beschreibt:

„Eine massive Pressekampagne bereitet die Bevölkerung darauf vor, daß in nächster Zeit ein beliebiges Produkt auf dem Markt nicht mehr vorhanden sein wird . . . durch-

schlagender Erfolg: alles stürzt in den nächstliegenden Laden, um so viel wie möglich von der betreffenden Ware zu erstehen, und der Versorgungsengpaß tritt wie „angekündigt“ ein. Gleichzeitig dienen Kleinanzeigen in den Rechtsblättern als Schaltstelle für den Schwarzmarkt . . .“

Gleichfalls wird in diesem Aufsatz ein Autohändler aus Chile zitiert, der offen erklärte: „Ich habe praktisch noch alles auf Lager. Aber ich verkaufe nur gegen doppelten Preis. Und je mehr man die Sachen zurückhält, desto besser werden die Preise.“

Die Regierung hat dieser Entwicklung u.a. auch dadurch entgegenzuwirken versucht, daß sie erstmals im August 1972 die offiziell festgelegten Preise für eine ganze Reihe von Gütern dem Schwarzmarktpreis anglich. Nachdem die Inflation im ersten Jahr der Allende-Regierung auf 22,7 % heruntergedrückt werden konnte, betrug sie im Zeitraum Januar bis August 1972 nach Angaben von Corvalan wieder 63,5 %. In der bürgerlichen Presse ist inzwischen die Rede von einer noch weit höheren Inflationsrate, wobei dies aber für uns nicht nachprüfbar ist. Für die Werktätigen wurden gleichzeitig wieder die Löhne erhöht (kürzlich berichteten bürgerliche Zeitungen von einer Erhöhung um 100 %), aber es ist offensichtlich, daß sich das Problem auf diese Weise, nämlich mit kapitalistischer Lohn-Preis-Politik, nicht lösen läßt.

Solange sich die Allende-Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik im „legalen“ Rahmen der bürgerlichen Gesetze hält, wird sie die von der in- und ausländischen Konterrevolution angelegten Fesseln nicht sprengen können. Insofern ist auch die Politik der Unidad Popular ein Faktor, der für die wirt-

schaftlichen Schwierigkeiten des Landes mitverantwortlich ist. Dies zeigt sich beispielsweise an der Agrarreform. Die Besitzzugewinnung der Latifundienherrschaft konnte bislang nicht zu einer wesentlichen Steigerung der bebauten Landwirtschaftsfläche führen. Hier liegen zum einen objektive Faktoren zugrunde, die keine kurzfristigen Erfolge erwarten lassen, nämlich vor allem die Tatsache, daß das Landproletariat sich seine Erfahrungen zur selbständigen Landwirtschaftsführung überhaupt noch mühsam erarbeiten muß. Derartige Schwierigkeiten treten notgedrungen immer auf, wenn die bisherige Ordnung umgewälzt wird.

Hinzu kommt die Flucht von industriellen und agrarischen Fachkräften aus dem Kleinbürgertum und die Sabotage der alten Großgrundbesitzer, wovon wir bereits als ein Beispiel den Viehschmuggel außer Landes erwähnten. Um diese Schwierigkeiten möglichst schnell zu überwinden, reicht es nicht aus, die Arbeiter (das gilt auch für den Industriesektor) zu größerer Produktion anzuspornen, wie es die Hauptmethode der Unidad Popular ist. Zum einen ist eine intensive und energiegelade Ausbildung der Arbeiter nötig, d.h. die allgemeine Ausbildung und die Heranziehung von wissenschaftlichen Fachkräften aus der Arbeiterklasse selbst. Es gibt einige Hinweise, daß in dieser Richtung gearbeitet wird, ohne daß uns gegenwärtig nähere Angaben dazu vorliegen.

Zum anderen aber wäre es die Aufgabe der Unidad Popular, alle vorhandenen landwirtschaftlichen Produktionsmittel in die Hände der Landarbeiter zu überführen und gegen jede Art von Sabotage der Konterrevolution energisch vorzugehen und die Arbeiter dagegen zu mobilisieren. Hier genau liegt aber die selbstgesetzte Grenze des „legalen Weges“ der Unidad Popular. Bei der Agrarreform stützt sie sich auf ein Gesetz, das schon unter der christdemokratischen Frei-Regierung verabschiedet wurde, dort aber nur in der Schublade verstaubte. Dieses Gesetz sieht wohl die Enteignung des Bodens der Latifundisten vor, nicht aber die Enteignung der Gebäude und Produktionsmittel. Die Allende-Regierung hält sich daran – mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter über unzureichende technische Ausrüstungen verfügen, obwohl bessere vorhanden sind. Und es ist auch klar, daß es auf diese Weise kurzfristig zu Produktionseinbußen kommen muß. ■

Anzeige

Zur Wohnungsfrage:

Wohnungsprobleme in Westdeutschland

erhältlich im
Arbeiterbuch
Hamburg 13
Grindelhof 45

DM 1,-

Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 33 / 26. Sept. 73

Besserwisser und Schlechterwisser

Auf einer Demonstration des KB in Hamburg gegen den Militärputsch und zur Bekundung der Solidarität mit den chilenischen Arbeitern und Bauern ließ die DKP ein recht allgemein gehaltenes Flugblatt verteilen, in dem jedoch folgender demagogischer Angriff „versteckt“ war:

„Wer in dieser Situation versucht, den Kampf des chilenischen Volkes zu verleumden, die arrogante Position eines Besserwissers bezieht, stellt sich einmal mehr, außerhalb der Reihen der Solidaritätsbewegung, fälschlich dem Kampf des chilenischen Volkes in den Rücken.“

Wir fragen uns, woher die Verfasser dieses Flugblatts ihre verblüffende Schamlosigkeit beziehen.

Es ist bekannt und nachprüfbar,

daß die DKP in der Vergangenheit nicht nur den „chilenischen Weg“ propagiert hat, sondern dieselbe selbstmörderische Strategie auch für die Arbeiterbewegung der BRD vorschlägt. Das Ergebnis dieser Strategie könnte in der BRD kaum besser aussehen als in Chile.

Es ist außerdem bekannt und nachprüfbar, daß wir schon frühzeitig aufgezeigt haben, wohin der „chilenische Weg“ ebenso wie die „demokratische Erneuerung“ der DKP führen wird: nämlich in die Katastrophe.

Nachdem die von ihnen selbst gepredigte revisionistische Strategie in Chile auf eine für die Arbeiterbewegung furchtbare Weise widerlegt worden ist (übrigens nicht zum

ersten Mal!), hat die DKP noch den traurigen „Mut“, sich als Hüter und Richter über die Interessen der chilenischen Arbeiter und Bauern aufzuspielen.

Jawohl, die chilenischen Arbeiter und Bauern kämpfen, sie kämpfen heldenhaft. Und das unter jenen ungünstigen Bedingungen, zu denen die Strategie des „chilenischen Weges“ geführt hat.

Aber die DKP ist schamlos genug, ausgerechnet mit dem Hinweis auf den Kampf der chilenischen Arbeiter und Bauern, sich um die gründliche Selbstkritik ihrer ganzen bisherigen Politik herumzudrücken. Das zeigt, wie sehr diese Leute auch moralisch auf den Hund gekommen sind.

Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 33 / 26. Sept. 73

Lenin zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates

„Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen Staat, wie ihn die Bourgeoisie braucht, in dem die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee, der Bürokratie (der Beamtenschaft) vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden. Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine nur vervollkommen, sie nur aus der Hand der einen Partei in die einer anderen Partei übertragen.“

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution festhalten und weitergehen, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erkämpfen will, diese „fertige“ Staatsmaschinerie, um

mit Marx zu sprechen, „zerschlagen“ und sie durch eine neue ersetzen, in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk eins sind. Das Proletariat muß den Weg gehen, den die Erfahrungen der Pariser Kommune 1971 und der russischen Revolution 1905 gewiesen haben, muß alle armen, ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie selber unmittelbar die Organe der Staatsmacht übernehmen, selber die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.“

(„Über die proletarische Miliz“, März 1917)

arbeiterbuch



2 Hamburg 13
Grindelhof 45
Tel. 45 38 01



Eins teilt sich in zwei

2. Auflage 10 000 209 S. 6,50 DM

Die Schrift enthält 100 Geschichten aus dem China von heute. Sie sind von Arbeitern, Bauern und Soldaten geschrieben und illustrieren die lebendige Anwendung revolutionärer Dialektik auf die Probleme des alltäglichen Kampfes in China. Ihre einfachen und klaren Lehren geben auch für unsere Verhältnisse konkrete Ratschläge.

Ivan Popov:

Als die Nacht verging

Teil 1 und Teil 2 je 6,- DM

Ein spannender Roman aus der Zeit der russischen Revolution. Er umfaßt den kurzen Zeitraum gegen Ende der stalinistischen „Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die bürgerliche Revolution von 1905 folgte.

Wir geben den Roman wegen seines hohen politischen Niveaus heraus und auch um der Lehren willen, die für den Klassenkampf in Westdeutschland daraus zu ziehen sind.

Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 33 / 26. Sept. 73

Im Hintergrund immer der US-Imperialismus

Militärputsch und Militärdiktatur sind „gewöhnliche“ Waffen der Kapitalisten und der Reaktion, um die von den Werktätigen gewonnenen Positionen zurückzuerobern, um sie ihrer politischen Rechte zu berauben und ihre wirtschaftliche Ausbeutung zu verstärken.

Hier eine unvollständige Übersicht:

1953 wurde der Ministerpräsident des Iran, Mossadegh, durch einen vom CIA organisierten und finanzierten Putsch gestürzt. Er hatte gewagt, das iranische Erdöl verstaatlichen zu lassen. Nach dem Sturz Mossadeghs wurden zahlreiche Mitglieder seiner Regierung hingerichtet oder zu Tode gequält. Hunderte von Anhängern Mossadeghs und Kommunisten wurden ermordet oder eingekerkert.

1954 wurde der Präsident Guatemalas, Arbenz Guzman, gestürzt. Vom US-Imperialismus organisierte Söldnergruppen waren vom benachbarten Honduras aus nach Guatemala eingefallen. Die „Schuld“ Guzmans war es, daß er u.a. den Grundbesitz der mächtigen United Fruit Co. nationalisieren ließ.

1961 fielen 1500 Konterrevolutionäre von Nikaragua aus nach Kuba ein. Ihre Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung hatte der US-Imperialismus besorgt. Das kubanische Volk schlug den Angriff zurück.

1964 wurde der brasilianische Präsident Goulart durch reaktionäre Militärs gestürzt. Auch er hatte die Interessen des US-Kapitals angetastet und außerdem eine Bodenreform vorbereitet. Brasilien nimmt in der Strategie des US-Imperialismus in Lateinamerika

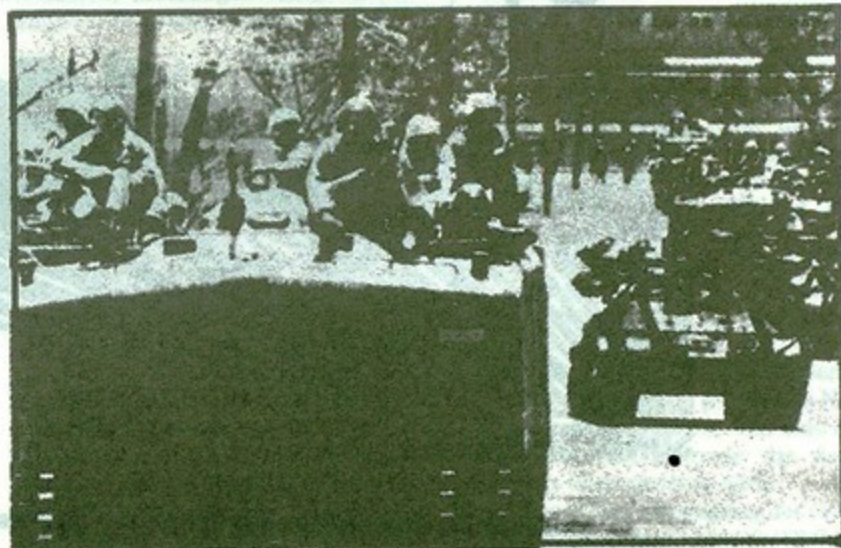
eine „Schlüsselstellung“ ein und ist heute das stärkste Bollwerk der Konterrevolution auf dem Kontinent.

1964 wurden 42 000 US-Soldaten gegen die Dominikanische Republik eingesetzt. In diesem Land hatten 1963 reaktionäre Militärs den Präsidenten Juan Bosch gestürzt. Als sich 1964 eine Rück-

te, und errichteten eine faschistische Terrorherrschaft. Zehntausende wurden umgebracht – Schätzungen sprachen von 500 000 Opfern des faschistischen Terrors! Mindestens ebensoviel Gegner des Regimes wurden in „Konzentrationslager“ und Gefängnissen eingekerkert.

1966 wurde der Präsident von Ghana, Nkrumah, von reaktionären Militärs gestürzt. Er hatte eine Außenpolitik des Anti-Imperialismus und der Freundschaft zur Volksrepublik China und der Sowjetunion betrieben.

1967 wurde in Griechenland – mit Unterstützung des US-Imperialismus – eine faschistische Militärdiktatur errichtet. Tausende wurden verhaftet und auf den be-



1965: US-Truppen haben die Dominikanische Republik überfallen und sind mit Panzern in der Hauptstadt aufmarschiert um die einheimische Reaktion bei der Unterdrückung des Volkes zu unterstützen.

kehr Bosch's an die Regierung abzeichnete, griff der US-Imperialismus ein und zerschlug im Bund mit der einheimischen Reaktion den bewaffneten Widerstand des Volkes.

1965 stürzten Militärs in Indonesien unter Mitwirkung des US-Imperialismus die Regierung Sukarnos, der eine anti-imperialistische Außenpolitik betrieben hat-

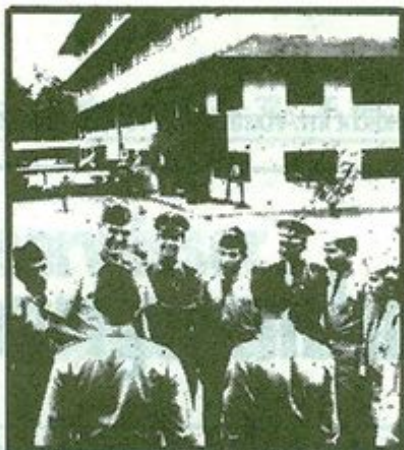
te, und errichteten eine faschistische Terrorherrschaft. Zehntausende wurden umgebracht – Schätzungen sprachen von 500 000 Opfern des faschistischen Terrors! Mindestens ebensoviel Gegner des Regimes wurden in „Konzentrationslager“ und Gefängnissen eingekerkert.

1966 wurde der Präsident von Ghana, Nkrumah, von reaktionären Militärs gestürzt. Er hatte eine Außenpolitik des Anti-Imperialismus und der Freundschaft zur Volksrepublik China und der Sowjetunion betrieben.

1967 wurde in Griechenland – mit Unterstützung des US-Imperialismus – eine faschistische Militärdiktatur errichtet. Tausende wurden verhaftet und auf den be-

rüchtigten KZ-Inseln gefangen gehalten. Der Putsch hatte zum Ziel, die Abhaltung freier Wahlen, von denen US-Imperialismus und griechische Reaktion ein ungünstiges Ergebnis befürchteten, zu verhindern. Der Putsch erfolgte nach Plänen, die im Rahmen der NATO ausgearbeitet worden waren.

► 1970 organisierte der US-Imperialismus einen Militärputsch in Kambodscha, um die Regierung Sihanouk zu stürzen und eine rechtsgerichtete, pro-imperialistische Regierung einzusetzen. Dabei ging es für die US-Regierung in erster Linie darum, für ihre imperialistische Kriegspolitik in Indochina bessere Voraussetzungen zu schaffen und Kambodscha in ein Aufmarsch-Feld der US-Armee zu verwandeln. — Seit dem Putsch hat sich der Volksbefreiungskrieg in Kambodscha soweit entwickelt, daß große Teile bereits befreit sind und der Sieg über die Militärdiktatur nahe ist.



Schon 1970 wurden jährlich 3500 lateinamerikanische Offiziere und Unteroffiziere in der Land- und Kanalzone von US-Militärs für Bürgerkrieg und Guerilla-Bekämpfung ausgebildet. („Spiegel“, 39/70)

► 1971 stürzten putschende Militärs in Bolivien die Regierung

des Präsidenten Torres. Diese hatte — wenn auch sehr zaghaft und halbherzig — begonnen, die Privilegien der US-Konzerne in Bolivien abzubauen und den Arbeitern und Bauern mehr Rechte zuzugestehen. Der bewaffnete Widerstand der bolivianischen Werktätigen, mit den Bergleuten an der Spitze, gegen den Putsch wurde brutal unterdrückt und eine Militärdiktatur unter Oberst Banzer errichtet.

► Seit Anfang dieses Jahres ging auch in Uruguay die Macht schrittweise von der ohnehin reaktionären Regierung Bordaberry an rechtsgerichtete Militärs über. Das führte schließlich zur Auflösung des Parlaments und zum Verbot der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Die Gewerkschaftsführer wurden verhaftet — soweit sie nicht „untertauchen“ konnten —, der finanzielle Besitz der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien beschlagnahmt, Büros und Gewerkschaftshäuser besetzt. ■



ANKÜNDIGUNG!



Unser Weg

SONDERNUMMER

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

Wir bereiten eine weitere Chile-Broschüre vor, in der wir die vom Kommunistischen Bund auf einer Informationsveranstaltung gehaltenen Reden abdrucken werden. Diese Veranstaltung fand am 20.9.1973 statt und wurde von gut 2 000 Menschen besucht.

erhältl. über: J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 33 / 26. Sept. 73

Es lebe der Kampf des chilenischen Volkes!

Das chilenische Volk hat die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur nicht kampflos hingenommen. Die reaktionäre bürgerliche Presse spricht zwar von einer „Normalisierung der Lage“ (einer „Normalisierung“ auf dem Berg Tausender von Ermordeten!) und davon, daß der Widerstand „fast gebrochen“ sei. Aber ihre eigenen Meldungen sind sehr widersprüchlich. Und trotz der von der Militärjunta kontrollierten und gesteuerten „Informationsweitergabe“ sind einige Nachrichten aus dem Land gekommen, die den heldenhaften Kampf des chilenischen Volkes bezeugen.

In Santiago, Valparaiso, Concepcion, Punta Arenas, Antofagasta, Los Andes, Las Cuevas und anderen Städten und auf dem Land leistet das chilenische Volk der Militärjunta bewaffneten Widerstand. Der grausame Terror des Militärs hat bereits blutige Lücken in die Reihen der revolutionären Kämpfer gerissen, aber der Widerstand konnte bisher nicht gebrochen werden. Tausende von Menschen wurden ermordet, Tausende verhaftet, Tausende auf Kriegsschiffe und auf zu KZs umgewandelte Inseln deportiert.

Die Bergarbeiter von El Teniente stellten sich den Panzern mit Dynamitstangen entgegen. 500 Kumpel wurden vom Militär niedergeschossen. Die Arbeiter der Textilfabrik Sumar leisteten ebenfalls erbitterten Widerstand. Auch hier ließ das Militär 500 von ihnen bestialisch niedermetzeln. In Santiago sollen sofort nach dem Militärputsch 40 Betriebe von den Arbeitern zur bewaffneten Verteidigung besetzt worden sein. Die Technische Universität von Santiago wurde von 600 Studenten mit der Waffe in der Hand verteidigt. Erst nach langem erbitterten Kampf räumten sie das Gebäude vor den stürmenden Soldaten.

Teilweise sollen auch chilenische Soldaten gegen den Putsch rebelliert und sich dem kämpfenden Volk angeschlossen haben. In Valparaiso wurden deswegen 100 Soldaten erschossen. Die Meldung, wonach der ehemalige Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, General Prats, der zeitweise an der Regierung unter Allende beteiligt war, an der Spitze des 5. Armeekorps und zwei Kolonnen bewaffneter Arbeiter und Abtei-

lungen der MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) auf Santiago zumarschierte, um die Militärjunta zu stürzen, scheinen aber nicht zu stimmen. Prats soll inzwischen erklärt haben, daß er sich nicht am Kampf gegen die Militärjunta beteiligen und stattdessen nach Argentinien auswandern will, wo er nach neuesten Meldungen auch schon eingetroffen sein soll.

Die Militärjunta sendet über die von ihr beherrschten Radio- und Fernsehstationen Falschmeldungen und Lügen, um das Volk vom Kampf abzuhalten. Eine der offenkundigsten Fälschungen wurde am 14.9. im chilenischen Fernsehen gesendet: es war eine Ansprache von Godoy, Arbeitsminister unter der Allende-Regierung, der die Arbeiter aufforderte, „mit den Anstrengungen der Behörden, die ökonomische Lage zu verbessern, zusammenzuarbeiten“. Allerdings handelte es sich dabei um die Aufzeichnung einer Ansprache, die Godoy vor längerer Zeit unter der Allende-Regierung, und nicht der Militärjunta gehalten hatte.

Wie die italienische Zeitung „Corriere della Sera“, eine bürgerliche Zeitung, am 14.9. schrieb, beschränken sich die bewaffneten Widerstandskräfte nicht nur darauf, sich gegen die Angriffe des Militärs zu verteidigen, sondern sie sollen auch in einigen Orten initiative Aktionen durchgeführt haben. Es hieß, daß sie einige Polizeikommissariate und Militärstellen angegriffen haben, um sich Waffen zu beschaffen. Die Bewaffnung des Volkes reicht gegenwärtig nicht aus, um

die faschistische Diktatur zu besiegen, da die Unidad Popular das Volk auf diese Konfrontation nicht ausreichend vorbereitet hat, sondern im Gegenteil in der letzten Zeit ihrer Regierungsführung das Militär sogar beauftragt hatte, bestehende Arbeiter- und Bauernmilizen, die sich schon damals gegen den Terror faschistischer Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zur Wehr setzen mußten, zu entwaffnen.

Nach weiteren Meldungen aus Argentinien haben bewaffnete Widerstandskräfte den faschistischen Militärsender „Agricultura“ angegriffen und zerstört. Es soll ihnen auch gelungen sein, einige Geheimsender in Betrieb zu nehmen, mit denen sie den Lügen der Militärpropaganda gerüsteten Massen vom Militär zusammengeschossen werden.

Die Militärjunta selbst hat Meldungen herausgegeben, wonach sie damit rechnet, daß die Widerstandskräfte sich mit dem Aufbau einer Stadt- und Landguerilla (Chile hat ca. 70 % Stadtbevölkerung) auf einen langen Kampf einrichtet.

Die vielen politischen Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern, die unter der Allende-Regierung politisches Asyl in Chile erhalten hatten, haben sich dem bewaffneten Widerstand angeschlossen. Viele von ihnen wurden schon vom Militär als „ausländische Extremisten“ erschossen. Auch die kubanische und mexikanische Botschaft wurden vom Militär beschossen. In Argentinien und in Mexiko haben linke Gruppen zur Bildung internationaler Brigaden nach dem Vorbild des spanischen Bürgerkrieges aufgerufen. Auf der Solidaritätsveranstaltung des KB am 20.9. in Hamburg berichtete ein Genosse des lateinamerikanischen Studentenverbandes, daß sie gerade die Nachricht erhalten haben, daß eine erste argentinische Kolonne die Anden bereits überschritten hätte.

Die MIR („Bewegung der revolutionären Linken“) hatte in Chile von Anfang an die Auffassung vertreten, daß ein bewaffneter Kampf zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie unvermeidlich ist. Deswegen wurde sie von der Führung der Unidad Popular, die das reformistische und illusorische Konzept eines „friedlichen Übergangs“ vertrat, heftig angegriffen – und in der letzten Zeit der Allende-Regierung auch offen vom Militär verfolgt.

Die MIR hat sich am Aufbau von Räteorganisationen in den Betrieben, in den städtischen Wohn-Oktober 1972, also seit einem Jahr,

als die Transportunternehmer damals mit einer ersten großen Sabotageaktion die gesamte Versorgungslage des Landes lahmzulegen versuchten und der Terror faschistischer Gruppen zunahm. Diesen Räteorganisationen hat sich im letzten Jahr bereits ein großer Teil der Arbeiter und Bauern angeschlossen, wobei die politischen Vorstellungen darin natürlich unterschiedlich sind. Ein Genosse der italienischen Organisation „Lotta Continua“ führte noch wenige Tage vor dem Militärputsch, am 6.9., ein Interview mit dem Genossen Hernan Ortega, Präsident der Cordones von Santiago und Mitglied der Sozialistischen Partei (offensichtlich zu deren linkem Flügel gehörig), in dem Ortega u.a. ausführte:

„Allgemein sind die Cordones ziemlich in Ordnung, aber man spürt auch in ihnen die Schwankungen der Widersprüche innerhalb der Linken. Einige sind dafür, die Cordones Industriales und alle Organisationen der Poder Popular (Volksmacht) als eine Klassenorganisation zu verstärken, die parallel und autonom dem bürgerlichen Staat gegenüber sein soll (nicht nur der Regierung, sondern der Gesamtheit des bürgerlichen Staates). Andere versuchen, diesen Prozeß zu bremsen.“

Zu den Widersprüchen innerhalb der Räte sagte Hernan Ortega weiter:

„Solange es möglich ist, sind wir dafür, daß die Einheit der Klasse die Natur der Entwicklung (in Chile) endgültig verändert. Wir wollen jetzt nicht Spaltungen verursachen.“

Diese beiden Zitate geben natürlich selbst eine bestimmte politische Auffassung des Meinungsspektrums innerhalb der Cordones wieder. Wenn wir aber davon ausgehen, daß Ortega der von den Arbeiterdelegierten gewählte Vorsitzende der Cordones von Santiago ist, so repräsentiert seine Auffassung sicherlich auch einen großen Teil der Meinungen in den Räten. Diese Auffassung zeigt zweierlei: einmal den Willen, über die von der Allende-Regierung verfolgte Politik hinauszugehen; zum anderen die Begrenztheit, in dem die politischen Vorstellungen einer Alternative noch befangen sind.

Die Räte sollen sich nach Ortega zu einer „parallelen“ Organisation zum bürgerlichen Staat entwickeln, ihn also nicht ersetzen, aber „autonom“ davon sein. Dies kann aber natürlich niemals ein dauerhafter Zustand sein, sondern kennzeichnet das Stadium einer „Doppelherrschaft“, wie

sie beispielsweise in Rußland für wenige Zeit vor der sozialistischen Revolution bestand. Dieser Zustand drängt entweder zum Zerschlagen des bürgerlichen Staates durch die organisierte Arbeiterklasse, oder umgekehrt zum (vorläufigen) Zerschlagen der Räteorganisation durch den bürgerlichen Staat. In Rußland konnte unter der Führung der Bolschewiki, die das russische Proletariat in jahrelanger Arbeit auf die bewaffnete Revolution vorbereitet und organisiert hatten, das erstere erreicht werden: der Sturz der Bourgeoisie. In Chile hat nach unserer Einschätzung dieses Stadium der „Doppelherrschaft“ unter der Allende-Regierung noch kaum existiert; und die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur, die einen (vorläufigen) Sieg der Bourgeoisie darstellt, wird die Ansätze der Räteorganisation zunächst wieder zurückwerfen und eventuelle sogar vorläufig ganz zerstören.

Auch die Einheit der Arbeiterklasse, die nach Ortega die „Natur der Entwicklung (in Chile) endgültig verändert“, stellt sich immer als Frage der Einheit auf der Grundlage eines bestimmten politischen Programms; entweder eines revolutionären Programms, das auf den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und auf die Errichtung der proletarischen Klassenherrschaft zielt, oder eines reformistischen Programms, das den bürgerlichen Staat letztlich nur „demokratisieren“ will, was sich in Chile erneut als ein völlig aussichtsloses Unterfangen erwiesen hat. Ortega scheint diese beiden unterschiedlichen Programme, die einander ausschließen, miteinander versöhnen zu wollen (vielleicht hat ihn der Militärputsch von der Unmöglichkeit dieses Versuchs überzeugt?). Diese Auffassung spricht auch aus anderen Stellen des erwähnten Interviews, wo seine nicht von der Wirklichkeit ausgelöschte Hoffnung zum Ausdruck kommt, daß die Allende-Regierung sich eines Tages doch noch auf die revolutionäre Mobilisierung der Massen stützen und zum Niederwerfen der Konterrevolution führen wird.

Das Rückgrat der Räteorganisation und das Instrument zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse für den Sieg über die Herrschaft der Bourgeoisie ist der Aufbau einer starken kommunistischen Partei, die nicht ein reformistisches, sondern ein revolutionäres Programm zur Grundlage ihrer Politik macht. Das hat gerade die sozialisti-

sche Oktoberrevolution 1917 in Rußland gezeigt; und sowohl diese als auch die chinesische Revolution und die Befreiungskämpfe der indochinesischen Völker und in anderen Teilen der Welt zeigen darüber hinaus, daß dies ein langer Kampf ist, der zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Situationen mit unterschiedlichen Mitteln, ausgefochten wird, und der über viele Rückschläge (und auch Erfolge!) geht, bis er den endgültigen Sieg erringt.

In Chile hat die revolutionäre Bewegung durch die Errichtung der faschistischen Militärjunta eine vorläufige Niederlage erlitten, die das Blut vieler Tausender von proletarischen Kämpfern kostet. Aber das chilenische Volk wird weiterkämpfen, und die vorläufige Niederlage wird – auch wenn sie den Kampf gegenwärtig unter die schwierigsten



Miguel Enriquez,
Generalsekretär der MIR

Bedingungen stellt – den endgültigen Sieg des Volkes in einem langwierigen Kampf nicht verhindern können.

Das erste Flugblatt, das der chilenische Widerstand nach dem erfolgten Militärputsch laut der linken italienischen Zeitung „il manifesto“ herausgegeben hat, trägt die Parole:

WIR HABEN EINE SCHLACHT VERLOREN, NICHT ABER DEN KRIEG!

ZITAT-NACHWEIS

- (1) Luis Corvalan, 50 Jahre Kampf für das Glück des Volkes; Nachgedruckt in: Informationsbulletin (Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien), Nr. 2 - 1972, S. 27 (Wien)
- (2) zit. n. Heinz Rudolf Sonntag, Revolution in Chile; Ffm. 1972, S. 213
- (3) L. Corvalan, a. a. O., S. 21
- (4) vgl. Informationsbulletin, Nr. 6/7 - 1972, S. 51 f
- (5) Programm der Volkseinheit vom Dezember 1969 (Auszüge), in: H.R. Sonntag, a. a. O., S. 239 ff
- (6) ebd., S. 247
- (7) Resolution des XIV. Parteitages der KP Chiles, nachgedruckt in: Anti-imperialistisches Informationsbulletin (Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas), Marburg, Nr. 5, November 1970, S. 5 - 10
- (8) V. Teitelboim, zit. nach H.R. Sonntag, a. a. O., S. 215
- (9) zit. nach H.R. Sonntag, a. a. O., S. 218
- (10) Resolution...., a. a. O., S. 7
- (11) Programm.... (Auszüge), in: Antimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 5/1970, S. 11
- (12) zit. nach H.R. Sonntag, a. a. O., S. 139
- (13) zit. nach Antimperialistisches Informationsbulletin, 5/1970, S. 11
- (14) ebd.
- (15) V. Teitelboim, Die Besonderheiten unserer Revolution; Informationsbulletin, Nr. 4- 1972, S. 46/47
- (16) zit. nach H.R. Sonntag, a. a. O., S. 138
- (17) s. Anm. (5)
- (18) zit. nach H.R. Sonntag, a. a. O., S. 143
- (19) ebd., S. 145/146
- (20) Grundlagen des Marxismus - Leninismus, Lehrbuch, Berlin (DDR), 1960, S. 323
- (21) Programm.... (Auszüge), in H.R. Sonntag, a. a. O., S. 245/246
- (22) L. Corvalan, 50 Jahre Kampf für das Glück des Volkes, a. a. O., S. 20
- (23) ebd., S. 26
- (24) ebd., S. 19

- (25) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 247
- (26) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 231/232
- (27) ebd. S. 232
- (28) ebd. S. 233
- (29) Resolution.... a.a.O., S. 6
- (30) zit. nach H.R. Sonntag, a.a.O., S. 222
- (31) L. Corvalan, Chile: Das Volk kommt an die Macht; nachgedruckt in :
Einheit (hrsg. vom ZK der SED), Nr. 1 - 71, S. 92
- (32) Juan Bosch, Der Pentagonismus oder Die Ablösung des Imperialismus?,
Reinbek 1969, S. 74
- (33) L. Corvalan betont sogar ganz ausdrücklich, daß sich die Unidad Popular
dafür einsetzt, den "nationalen und professionellen Charakter (der Armee)
zu festigen". Vgl. L. Corvalan, Chile: Das Volk kommt an die Macht,
a.a.O., S. 92
- (34) Lenin, Briefe aus der Ferne, Brief 13: Über die proletarische Miliz;
Werke Band 23, S. 240
- (35) Lenin, Offener Brief an die Delegierten des Gesamtrussischen Kongresses
der Bauerdeputierten; Werke Bd. 24, S. 369
- (36) vgl. Boris/Ehrhardt, Ein Jahr Unidad Popular in Chile; in: Blätter für
deutsche und internationale Politik, Heft 10/1971, S. 1040
- (37) zit. bei Manuel Cabieso Donoso, Von Lo Curro zu den Gewerkschaftswahlen,
nachgedruckt in: Beilage zur Arbeiterpolitik Nr. 4/72
- (38) Pedro Fuentes, Die Warnung Allendes; in: Die Weltbühne, Berlin (DDR)
Nr. 10/1972, S. 310
- (39) Jorge, Texier, Kleinbürgerlicher Revolutionarismus in Chile, in: Probleme des
Friedens und des Sozialismus, Nr. 7 - 1972, S. 943
- (40) Stellungnahme des Generalsekretariats der MIR, Okt. 1970; nachgedruckt
in: Rotes Blatt München, Nr 23/24 (1971), S. 22.
- (41) ebd., S. 16/19
- (42) ebd., S. 24
- (43) ebd., S. 20
- (44) ebd., S. 18/19

IMPRESSUM

1. Auflage : 5000

2. erweiterte
Auflage: 5000-7000

Druck und Verlag : Jürgen Reents

VERLAG ARBEITERKAMPF

2 Hamburg 13

Rutschbahn 35

Verantwortlicher Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse

Kampf dem Faschismus



Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zum Thema Faschismus

Aus dem Vorwort:

„Neben den konkreten Untersuchungen über die heutige Wirklichkeit erscheint es uns besonders wichtig, das wir uns heute wieder ernsthafte und gründliche auch mit den Untersuchungen der Kommunisten der zwanziger und dreißiger Jahre auseinandersetzen. Schon 1923 hat Giulio Aquila, dessen Schrift wir als ersten Beitrag in diesem Band nachdrucken, in der Zeitschrift 'Kommunistische Internationale' die damals landläufige Fehleinschätzung des Faschismus – wie sie sich auch heute noch bei kleinbürgerlichen Faschismus-Theoretikern wiederfinden – durch eine konkrete und systematische, historische Untersuchung bekämpft und widerlegt:

„Am besten werden wir diese Urteile widerlegen können und eine richtige Vorstellung vom Wesen des Faschismus bekommen, wenn wir ihn durch seine Entwicklungsphasen hindurch verfolgen.“

Die anschließend hier abgedruckten Texte stammen aus den Jahren 1931 bis 1934. Der 'Rote Aufbau' war eine Halbmonatsschrift, die sich besonders den antifaschistischen Kampf in Verbindung mit der Bündnispolitik zum Kleinbürgertum hin widmete.

Unser Nachdruck gibt nur einen kleinen Ausschnitt dieser umfangreichen Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen des Faschismus wieder.

Der 'Rote Aufbau' wurde Anfang 1933 in Deutschland verboten, erschien von Prag aus weiter und wurde in Deutschland illegal verbreitet, später unter dem Titel 'Unsere Zeit'.

Diese hier abgedruckten Schriften stellen uns mitten in den antifaschistischen Kampf der Zeit vor 1933. Sehr plastisch erkennt man, was das konkret heißt: Faschismus.“

HITLERS 25
Programmpunkte

Kampf dem Betriebsfaschismus!

GIULIO AQUILA

Faschismus an der Macht

Inhalt

Vorwort des KB

Giulio Aquila,

Faschismus an der Macht
Die Kommunistische Internationale, Nr. 24/25, 1923

Rudolf Feistmann,

Die gelbe Gefahr
Der Rote Aufbau, Nr. 6, 1931

Um den Korporativstaat
Der Rote Aufbau, Nr. 8, 1931

Rudolf Feistmann,

Dinta – eine Propagandazentrale der Schwerindustrie
Der Rote Aufbau, Nr. 14, 1931

Rudolf Feistmann,

Die gelbe Arbeiterpresse,
Der Rote Aufbau, Nr. 18, 1931

Herbert Dewald,

Kampf dem Betriebsfaschismus!
Dietz Verlag, Berlin 1932

Bernhard Brentano, Felix Halle, Kurt Kersten, Alfred Kurella, Hans Jaeger, Willi Münzenberg, Heinz Pol, Rudolf Rehm, Ernst Reinhardt, Friedel Sauerland, K.A. Wittfogel, Walter Nettelbeck, H. Förster, Martha Arendsee, Edwin Hoernle, Johannes Resch, Leo Lania, Peter Masłowski

Hitlers 25 Programmpunkte
Der Rote Aufbau, Nr. 1, 1932

Willi Münzenberg,

Trotzkis faschistischer Vorschlag einer Blockbildung der KPD mit der SPD
Der Rote Aufbau, Nr. 4, 1932

Hans Jaeger,

Die Propaganda des Nationalsozialismus
Der Rote Aufbau Nr. 9, 1932

Rudolf Feistmann,

Die Versprechungen Hitlers an die Großindustriellen
Der Rote Aufbau, Nr. 10, 1932

Robert Mager,

Sozialdemokratie und Faschismus
Der Rote Aufbau, Nr. 10, 1932

Rudolf Feistmann,

Die Entlarvung des Nationalsozialismus
Der Rote Aufbau, Nr. 13, 1932

K.A. Wittfogel,

Warum Hitler seine Konkurrenz schlug
Der Rote Aufbau, Nr. 13, 1932

Hans Petersen,

Wer finanziert Hitler?
Der Rote Aufbau, Nr. 13, 1932

K.A. Wittfogel,

Ist Hitler der „Retter des Mittelstandes“?
Der Rote Aufbau, Nr. 14, 1932

K.A. Wittfogel,

Die Demagogie der Frühprogramme des Faschismus
Der Rote Aufbau, Nr. 16, 1932

Robert Merz,

Herrn Leys „Deutsche Arbeitsfront“
Der Rote Aufbau, Nr. 11, 1933

Hans Balzer,

Nationalsozialistische „Mittelstandspolitik“
Der Rote Aufbau, Nr. 11, 1933

Johanna Schumann,

Die Knechtschaft der Frau im „Dritten Reich“
Der Rote Aufbau, Nr. 13, 1933

XYZ,

Die soziale Zusammensetzung der SA
Der Rote Aufbau, Nr. 13, 1933

P. Messer,

„Wir sind Adolf Hitlers jüngste Soldaten“
Unsere Zeit, Nr. 15, 1933

L. Magyar,

Der Faschismus und seine Ideologie
Unsere Zeit, Nr. 1, 1934

S. Wolfsohn,

Die Ideologie des verfallenden Kapitalismus
Unsere Zeit, Nr. 1, 1934

G. Rest,

Die neue faschistische Arbeitsgesetzgebung
Unsere Zeit, Nr. 2, 1934

Willi Münzenberg,

Wir müssen die Jugend gewinnen!
Unsere Zeit, Nr. 10, 1934

Rudolf Feistmann,

Wo bleiben die Millionen der „Deutschen Arbeitsfront“
Unsere Zeit, Nr. 12, 1934

Anhang:

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.1.1934

Das faschistische Arbeitsgesetz

Zu bestellen bei
J. Reents
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35

Zu erhalten im ARBEITERBUCH
Preis 6,50 DM 340 Seiten

REVISIONISMUS KRITIK

INHALT

PROBLEME DER MARXISTEN-LENINISTEN DER BRD.

Das ist ein Papier der damals in der verbotenen KPD arbeitenden revolutionären Gruppe "Spartakus" (nicht identisch mit heute bestehenden Organisationen dieses Namens). Das Papier stammt vom September/Oktober 1967 und ist damit unseres Wissens die erste in der BRD erschienene grundlegende Kritik am modernen Revisionismus.

AUF KAUTSKYS UND TOGLIATTIS SPUREN:

Eine Auseinandersetzung mit dem 1968 vorgelegten Programmentwurf der KPD.

"DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT".

Die DKP-Studentengruppe "AMS-Spartakus" (jetzt MSB) in Hamburg gab Anfang 1971 ein umfangreiches Papier mit dem Titel "Revisionismuskritik" heraus. Unter schein-"radikaler" und "orthodoxer" Umhüllung sollten die revisionistischen Ladenhüter noch geschickter an den Mann gebracht werden. Die Gruppe KAB Hamburg legte dazu damals die hier nachgedruckte Stellungnahme als "Revisionismuskritik 1" vor.

VR POLEN - KRISE DES REVISIONISMUS!

Artikel der "KAB-Arbeiterzeitung", Nr. 3, zur Dezember-Revolte des polnischen Proletariats 1970.

ANMERKUNGEN ZUR POLITIK DER KP CHILES.

2. Teil des Artikels der "KAB-Arbeiterzeitung" (erschieden in Nr. 3) zur Entwicklung in Chile.

DIE DKP AUF DEM WEG DES REFORMISMUS UND ÖKONOMISMUS!

Aus einem Artikel der "KAB-Arbeiterzeitung", Nr. 7. Der Artikel enthält u. a. einen Vergleich des DKP-Statuts mit dem Statut der KPD von 1951.

25 JAHRE SED!

Artikel der "KAB-Arbeiterzeitung", Nr. 6. Der Artikel geht besonders auf das in der DDR zu Anfang der 60er Jahre eingeführte sogenannte "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung" (NÖSPL) ein.

DIE THESEN DES DKP-PARTEIVORSTANDES.

Im Herbst 1971 als "Revisionismuskritik 2" der Gruppe KAB Hamburg erschienen.

DIE ENTWICKLUNG DER KPD NACH 1933.

DAS KPD-VERBOT UND SEINE FOLGEN.

Aus der "Revisionismuskritik 3" der Gruppe KAB Hamburg

160 Seiten Preis 4,50

Erhältlich im ARBEITERBUCH,
2 HH 13, Grindelhof 45 oder über
VERLAG ARBEITERKAMPF,
J. Reents, 2 HH 13, Rutschbahn 35



Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes



Nachdruck von Artikeln

GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELL- SCHAFT

Preis 4,50 DM 160 Seiten

Zu bestellen bei
J. Reents
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35

Zu erhalten im

arbeiterbuch

Bremerhaven
Burger 198

Hamburg 13
Grindelhof 45

Wir drucken in diesem Band erstmals aus unserer politischen Zeitung ARBEITERKAMPF eine Reihe von Artikeln nach, die das Ergebnis unserer Untersuchungs- und Propagandaaarbeit über einen längeren Zeitraum (März 1972 bis November 1972) und zu einem bestimmten Themen-Komplex sind. Hier zur Frage der 'schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft'.

Zum einen macht die Nachfrage nach einigen Nummern des ARBEITERKAMPF, die inzwischen vergriffen sind, den Nachdruck erforderlich, um so einem Teil unserer Leser bestimmte Artikel wieder zugänglich zu machen.

Daß wir mit einer Sammlung zum Thema: 'Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft' die Reihe von Nachdrucken des ARBEITERKAMPF beginnen, hängt mit der besonderen Bedeutung zusammen, die dieser Frage zukommt.

Selbst unter den kommunistischen Organisationen in der BRD bestehen gerade in dieser Frage die schwerwiegendsten Differenzen. Der KOMMUNISTISCHE BUND vertritt den Standpunkt, daß die Kapitalistenklasse seit Jahren dabei ist, die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft zu betreiben und zwar mit der einer herrschenden Klasse selbstverständlichen Langfristigkeit.

Die Gegner dieser Position, hauptsächlich NRF/KBB, leugnen diesen Sachverhalt glatt. Sie meinen, die Gefahr eines neuen Faschismus sei nicht akut. Wer davon rede, wolle die 'wachsende Kampfkraft der Arbeiterklasse' nicht sehen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß hinter diesen Auffassungen letztlich die gefährliche Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen steht, die man bei den meisten Super-, „Linken“ vorfindet. Genauer gesagt handelt es sich dabei um die Selbstüberschätzung der eigenen Kräfte auf der einen Seite und die Unterschätzung der Kräfte des Klassenfeindes andererseits.

Auffällig ist, daß das NRF in der Auseinandersetzung um diese wichtige Frage zum einen mit eindeutig kleinbürgerlich-antikommunistischen Theorien aufwartet (siehe Seite 1 bis 30 in diesem Band). Zum anderen fehlen beim NRF weithin die konkreten Untersuchungen der Sache. Wir sind der Ansicht, daß es von einem gerüttelt Maß Verantwortungslosigkeit vor der Arbeiterklasse zeugt, wenn das NRF zu einer so zentralen Frage zwar krause „Theorien“ zum besten gibt, jedoch zu glauben scheint, sich konkrete Untersuchungen für dermaßen weitreichende Behauptungen (keine faschistische Gefahr!) schenken zu können.

Mit diesem Band fassen wir gerade diejenigen unserer Arbeiten zusammen, die sich mit der konkreten Untersuchung der sich in der Wirklichkeit vollziehenden und langfristig von der Kapitalistenklasse und ihrem Staat angelegten Faschisierung befassen.

Daß die hier nachgedruckten Artikel zu bestimmten verschiedenen Zeitpunkten und mit teilweise stark eingegrenzten Schwerpunkten geschrieben wurden, ergab sich einfach aus den Bedingungen und Aufgaben der Zeitungsarbeit, sollte aber bei der Lektüre beachtet werden. Wir sind der Ansicht, daß der Nachdruck einer größeren Zahl solcher Artikel die Faschisierung gerade in ihren mannigfaltigen konkreten Erscheinungen in der Politik der Kapitalistenklasse und ihrer Handlanger in allen gesellschaftlichen Bereichen verdeutlicht und darüberhinaus Stand und Entwicklung der theoretisch-propagandistischen Arbeit der Kommunisten wiedergibt.

Die vorliegende Zusammenstellung bietet unseres Erachtens eine gute Möglichkeit, auf relativ breiter Ebene die Einschätzungen zur 'schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft', wie sie im ARBEITERKAMPF über den Zeitraum von fast einem Jahr entwickelt worden sind, zu überprüfen und erlaubt eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung mit diesen von uns entwickelten Positionen.